



Hessen will den Wechsel Das GRÜNE Regierungsprogramm 2014–2019

Inhaltsverzeichnis

- Seite 2 – Präambel: Hessen will den Wechsel**
- Seite 5 – Energiewende, Umwelt- und Verbraucherschutz: die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts**
- Seite 18 – Bildung und Betreuung: Chancen für alle durch bessere Förderung**
- Seite 28 – Forschung und Hochschule: bessere Qualität, für mehr Studierende, in eigenständigen Hochschulen**
- Seite 32 – Innen und Recht: Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt – anständig regieren**
- Seite 39 – Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr: ein sozial-ökologischer Aufbruch für Hessen**
- Seite 47 – Soziales, Wohnen, Gesundheit: für ein gerechtes Hessen, für Teilhabe für alle**
- Seite 52 – Integration und Europa in der Einen Welt: ein starkes, weltoffenes und vielfältiges Hessen**
- Seite 56 – Kultur und Medien: für ein kreatives und vielfältiges Hessen**
- Seite 61 – Frauen und Männer: mehr Geschlechtergerechtigkeit in Hessen**
- Seite 63 – Haushalt: solide Finanzpolitik für Hessen**

Präambel: Hessen will den Wechsel

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Hessinnen, liebe Hessen,

am 22. September 2013 liegt es in Ihrer Hand, Bilanz zu ziehen und eine Entscheidung zu treffen. Sie müssen die Arbeit der schwarz-gelben Landesregierung unter den Herren Bouffier und Hahn bewerten. Und Sie müssen sich entscheiden: weiter so – oder einen Wechsel zu einer im Stil und in Inhalten runderneuertem Politik.

Wie sieht Ihre Bilanz der Energiewende in unserem Bundesland aus? Ist sie wirklich vorangekommen? Was hat die schwarz-gelbe Landesregierung getan, um den Klimawandel zu stoppen? Wie ist es um den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen bestellt? Was halten Sie von der Bildungs- und Betreuungssituation in unserem Bundesland nach 15 Jahren CDU- oder CDU/FDP-Regierung? Sind die Schulen besser geworden? Gibt es ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot, das unseren Kindern guttut und es Ihnen erlaubt, Familie und Beruf zu vereinbaren? Fühlen Sie sich als Verbraucherin oder Verbraucher von der Politik gut unterstützt? Funktioniert der Verbraucherschutz in Hessen? Sind Sie einverstanden mit der Verkehrspolitik, mit dem Umgang mit Verkehrslärm und mit der Luftqualität? Haben Sie den Eindruck, dass das Land gute Rahmenbedingungen für Unternehmen setzt und ein fairer Moderator für Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist? Hat Hessen die Chancen des digitalen Wandels genutzt? Und wie beurteilen Sie das Verhältnis zwischen Politik und den Bürgerinnen und Bürgern? Fühlen Sie sich an Entscheidungen beteiligt und gut regiert?

Unsere Bilanz fällt in jedem Fall eindeutig aus: Diese Landesregierung ist nach 15 Jahren im Amt erschöpft und verbraucht. CDU und FDP in Hessen sind weder willens noch in der Lage, unser Land in die Zukunft zu führen. Es ist Zeit für eine andere Politik. Hessen will den Wechsel. Wir GRÜNE haben die Inhalte und Konzepte für diesen Wechsel.

Und es liegt in Ihrer Hand, diesen Wechsel durchzusetzen. Mit dem vorliegenden Regierungsprogramm machen wir Ihnen unser Angebot – und wir werben um Sie.

In den Mittelpunkt unserer Anstrengungen für Hessen stellen wir die zentralen Zukunftsfragen, in denen die aktuelle Landesregierung kläglich scheitert. Wir stehen für

- den konsequenten Aufbruch ins Zeitalter der erneuerbaren Energien – von Energiewende verstehen wir einfach mehr,
- eine Bildungs- und Betreuungsgarantie von 7:30 bis 17:00 Uhr für alle Grundschulkindern – damit das Betreuungschaos nach der Kita endlich aufhört,
- den Schulfrieden – damit endlich die Förderung der Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt steht und nicht immer neue Bürokratie aus dem Kultusministerium,
- mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung – weil der Staat nicht einzelnen Parteien gehört, sondern vom Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger lebt.

Wir haben in den vergangenen Jahren in allen Politikfeldern konkrete Konzepte für eine andere Politik entwickelt. Wir wollen Sie für einen Wechsel gewinnen, einen Wechsel

- hin zu einer Politik, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen, unsere Landschaften und Wälder sowie eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt für uns und unsere Kinder bewahrt,
- hin zu Bildungs- und Betreuungsangeboten, die allen Kindern und Jugendlichen Chancen eröffnen und sie individuell fördern – und zwar unabhängig vom Geldbeutel der Eltern,
- hin zu Hochschulen, die sich von der Landesregierung wieder ernst genommen fühlen, in denen in anregender Atmosphäre gelernt, gelehrt und geforscht werden kann sowie mehr Studierende einen Abschluss machen,
- hin zu einer Politik des Miteinanders, in der sich Bürgerinnen und Bürger mit der Politik auf Augenhöhe treffen und der Staat offen mit Informationen umgeht,
- hin zu einer Wirtschaft, die auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet ist und mit dem Umweltschutz im Einklang steht,
- hin zu einer Verkehrspolitik, die Barrieren überwindet und Mobilität für alle Menschen ebenso wie den Erhalt der Umwelt und lebenswerter Räume sichert
- hin zu einer sozialen Politik, die die Teilhabe aller Menschen in einer inklusiven Gesellschaft ermöglicht,
- hin zu einer toleranten und weltoffenen Politik, die die Chancen der Vielfalt und der europäischen Gemeinschaft anerkennt und stärkt,
- hin zu vielfältigen kulturellen Angeboten, die den Menschen offenstehen und in denen die Vielfalt Hessens sichtbar wird,
- hin zu einer Netzpolitik, die versteht, dass im IT-Sektor in Hessen mehr Menschen arbeiten als am Frankfurter Flughafen, die Voraussetzungen für eine Etablierung der digitalen Netze schafft und zugleich die Rechte der Nutzer stärkt,
- hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit und zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- hin zu einer soliden Finanzpolitik ohne immer mehr Schulden, die gewissenhaft und produktiv mit dem Geld der Steuerzahler umgeht und dafür sorgt, dass jeder gemäß seiner Leistungsfähigkeit seinen Beitrag für unser Gemeinwesen leistet.

Dieser Wechsel braucht starke GRÜNE. Und für diesen Wechsel brauchen wir Sie. Wählen Sie Schwarz-Gelb klipp und klar ab, schicken Sie die Herren Bouffier und Hahn in die Opposition. Ohne Ihre Stimme wird der Wechsel scheitern, denn wer den Wechsel will, muss ihn wählen. Und eine Stimme gegen Schwarz-Gelb allein ist noch keine Stimme für einen Wechsel, das haben wir in Hessen bei der Landtagswahl 2008 schmerzvoll erfahren. Nur eine Stimme für die GRÜNEN ist eine sichere Stimme für den Wechsel, für die Abwahl der schwarz-gelben Regierung und gegen eine große Koalition aus CDU und SPD.

Wir haben uns gut auf den Wechsel vorbereitet. Als Konzeptpartei haben wir in den vergangenen Jahren in der Opposition nicht nur gesagt, was die Regierung falsch macht.

Wir haben auch in allen Politikfeldern Konzepte entwickelt, wie es anders, wie es besser gehen könnte. Das Ergebnis halten Sie in Ihren Händen: das GRÜNE Regierungsprogramm für 2014 bis 2019. Das ist unser Angebot. Jetzt liegt die Entscheidung bei Ihnen. Wählen Sie am 22. September 2013 den Wechsel in Hessen.

Energiewende, Umwelt- und Verbraucherschutz: die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts

Hessen will den Wechsel – hin zu einer Politik, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen, unsere Landschaften und Wälder sowie eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt für uns und unsere Kinder bewahrt.

Umweltschutz ist und bleibt die Überlebensfrage der Menschheit. Ohne einen sorgsamen Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen werden wir weder unseren Wohlstand noch unsere Lebensqualität erhalten können. Wir müssen aufhören, über unsere natürlichen Verhältnisse zu leben. Kurzfristige Profite für wenige dürfen nicht wichtiger sein als gesunde Lebensbedingungen für alle. Es geht um einen Wandel hin zu einer ökologischen, nachhaltigen und sozialen Wirtschafts- und Lebensweise. Hierin liegen auch die Arbeitsplätze und sinnvolle Wachstumschancen der Zukunft.

Durch 15 Jahre schwarz-gelbe Regierungspolitik wurde der Umweltschutz in Hessen eklatant vernachlässigt. Naturschutzstandards wurden zurückgefahren, Bannwald abgeholzt, Tier- und Artenschutz ignoriert. Eine engagierte Politik zum Schutz unseres Klimas ist nicht zu erkennen. Die Energiewende weg von Kohle und Atom hin zu den erneuerbaren Energien wird weiter verschleppt. Über zwei Jahre nach der Atomkatastrophe von Fukushima gehört Hessen immer noch zu den Schlusslichtern bei der Energiewende. Aktiver Verbraucherschutz, der Einsatz für gesunde, natur- und artgerecht produzierte Lebensmittel und eine verbrauchernahe, bäuerliche Landwirtschaft sind Schwarz-Gelb fremd, die Interessen der großen Lobbyverbände hingegen sehr nah. Nach 15 Jahren Schwarz-Gelb hat Hessen zwar formal noch eine Umweltministerin, aber keine Umweltpolitik mehr. CDU und FDP sind erschöpft und verbraucht. Es ist Zeit für den Wechsel. Wir GRÜNE haben die Inhalte und Konzepte für diesen Wechsel.

Von Energiewende verstehen wir GRÜNE mehr

Seit unserer Gründung vor über 30 Jahren setzen wir uns für die Energiewende, für 100 Prozent erneuerbare Energien sowie aktiven Klima- und Umweltschutz ein. Nur durch den beharrlichen Druck der Umweltbewegung und von uns GRÜNEN sind die Atomreaktoren in Biblis nicht mehr am Netz und wurde Block 6 des Kohlekraftwerks Staudinger verhindert. Jetzt kommt es darauf an, die Energieversorgung von morgen zu bauen. Bis 2030 wollen wir in Hessen eine Stromversorgung zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien erreichen. Dies wird möglich durch den Ausbau der erneuerbaren Energien, der Steigerung der Effizienz und der Einsparung von Energie. Eine echte Energiewende bedeutet einen Systemwechsel auf allen drei Ebenen: der Stromversorgung, der Wärmeversorgung **und** des Verkehrs. Mit uns GRÜNEN bekommt Hessen einen Plan mit konkreten Zielen und Umsetzungsschritten für eine erfolgreiche Energiewende auf allen Ebenen. Nur so können wir die Kehrtwende beim Kampf gegen den Klimawandel erreichen. Bis 2020 müssen wir bundesweit 40% unseres CO₂-Ausstosses gegenüber dem Jahr 1990 reduzieren. Bisher sind lediglich knapp 10 Prozent geschafft und dass nur, wenn man den internationalen Flugverkehr ignoriert. Die CO₂-Bilanzierung des Landes soll zukünftig alle Energieverbraucher, einschließlich des Anteils für den internationalen Flugverkehr, ehrlich umfassen.

Energie muss dauerhaft bezahlbar bleiben. Gerade deshalb brauchen wir die Energiewende. Die Rohstoffpreise für fossile Energieträger sind drastisch gestiegen und werden es weiter tun. Nur wenn wir uns hiervon unabhängiger machen, werden wir die Preisentwicklung im Griff behalten. Deshalb ist in die Energiewende investiertes Geld gut

angelegt. Kurzfristig kann es zu Preissteigerungen kommen, aber schon mittelfristig sind die erneuerbaren Energien den fossilen Energieträgern auch wirtschaftlich überlegen. Wir wollen die Kosten für die Energiewende fair auf alle Schultern verteilen und dabei die starken Schultern mehr tragen lassen und gerade die schwachen Schultern mit speziellen Förderprogrammen, beispielsweise Austauschprogramme ineffizienter Geräte, kostenlose Energieberatung, Schwerpunkt von energetischer Sanierung im sozialen Wohnungsbau entlasten. Um die Kosten der Energiewende fair auf alle Schultern zu verteilen, müssen die unter schwarz-gelb ausgefertigten Befreiungen der Industrie im Erneuerbaren Energiengesetz zurückgenommen werden, so dass nur noch die stromintensive, im internationalen Wettbewerb stehende Industrie beim Strompreis entlastet wird.

Energiewende in Bürgerhände: mehr Information, mehr Mitbestimmung, mehr Gewinn vor Ort

Die Bürgerinnen und Bürger in Hessen haben ein berechtigtes Anliegen, bei der Energiewende mitzugestalten und mitzuwirken. Deshalb wollen wir GRÜNE aus Betroffenen Beteiligte machen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen und Gruppierungen frühzeitig in einen Dialog mit den Projektentwicklern von Energie- und Infrastrukturvorhaben vor Ort eingebunden werden. Gleichzeitig sollen mit neuen Beteiligungsformen wie Energiegenossenschaften oder Netzbeteiligungen Investitionen von Bürgern in Erneuerbare-Energie-Projekte ermöglicht werden. Viele Menschen sind bereit, in ihrem Haushalt oder Unternehmen die Energiewende voranzubringen, gerade weil sie wissen, dass sie dadurch mittelfristig Kosten sparen. Noch gibt es für die Bevölkerung ein großes Informationsdefizit in der Energieberatung. Wir wollen daher eine Beratungsoffensive für Energieberaterinnen und Energieberater und das Handwerk, damit man weiß, wo man in guten Händen ist und wie man eine passende Anschubfinanzierung gerade für energetische Sanierungsmaßnahmen erhält. Ohne eine aktive Rolle der Städte und Gemeinden wird die Energiewende ebenfalls nicht zu bewältigen sein. Aus diesem Grund soll den Kommunen einerseits die uneingeschränkte wirtschaftliche Betätigung in der Energieversorgung auch ohne private Partner (§ 121 Hessische Gemeindeordnung) und andererseits ein wirkungsvolles Satzungsrecht für den Klimaschutz ermöglicht werden. Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, ergänzend zu ihren Haushaltsplänen in einem Energiebericht auch Investitionen in und Erträge durch Erneuerbare Energien sowie die erzielten CO₂-Einsparungen auszuweisen. Wir fördern kommunale und regionale Klimaschutzkonzepte und deren Umsetzung. Nur eine dezentrale Energiewende ermöglicht es, die festgewachsenen Machtstrukturen der großen Energieunternehmen aufzubrechen und für einen gerechteren Wettbewerb im Energiemarkt zu sorgen.

Verlässlicher Strom zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien

Den wesentlichen Beitrag für eine Stromversorgung zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien bildet in Hessen die Windenergie im Binnenland. Dafür brauchen wir nach Meinung aller Expertinnen und Experten mindestens zwei Prozent der Landesfläche auf gut geeigneten windhöffigen Standorten. Um dies zu erreichen werden wir die unnötigen Hürden für Windkraft im Landesentwicklungsplan beseitigen und Eignungsgebiete als eine ergänzende Kategorie zu den Vorranggebieten und Ausschlussgebieten für Windkraft innerhalb der Landesplanung ermöglichen. In diesen Gebieten sollen Windräder errichtet werden können, wenn durch Lösungen vor Ort unter Einbezug externer Gutachter die besonderen Belange des Naturschutzes und die Belange der Anwohnerinnen und Anwohner berücksichtigt werden. Und natürlich gibt es auch Ausschlussgebiete, in denen Windkraftnutzung nicht sinnvoll ist. Bei neuen Windkraftanlagen im Staatswald werden wir

bevorzugt Kooperationsverträge mit den regionalen Akteuren abschließen und betroffene Kommunen an den Pachteinnahmen beteiligen.

Auch wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, muss immer genug Energie bereitstehen und schnell zugeschaltet werden können. Konkret benötigen wir dafür ein für Unternehmen attraktives Lastmanagement, flexible Erzeugungskapazitäten durch den Ausbau von Gaskraftwerken statt Kohlekraftwerken sowie den Ausbau der Speicherkapazitäten und der Stromnetze. Wir forcieren die Entwicklung eines Kapazitätsmarkts auf dem Energiemarkt, wodurch hocheffiziente, flexible und emissionsarme Kraftwerke für die Betreiber endlich rentabel werden. Darüber hinaus wollen wir in die Forschung und Entwicklung von Energiebereitstellungs-, Speicher- und Nutzungstechnologien verstärkt investieren. Biomasse soll gezielter als eine solche flexible Erzeugungskapazität eingesetzt werden. Statt Masse setzen wir auf nachhaltige Nutzung im Einklang mit der Erhaltung der biologischen Vielfalt. Dazu wollen wir Nachhaltigkeitsstandards für Anbau und Nutzung festlegen und vorrangig Abfall- und Reststoffe zur Energieerzeugung verwenden. Daneben soll die Erzeugung von Strom durch die Erhaltung und den Ausbau von Wasserkraftanlagen im Rahmen der neuen europäischen Wasserrichtlinien gefördert werden. Der Netzausbau ist für eine dezentrale Energiewende nötig und muss so kosteneffizient und umweltverträglich wie möglich erfolgen. Dabei gilt für uns GRÜNE das Prinzip „NOVA“ (Netz-Optimierung vor Verstärkung vor Ausbau). Wir werden die Ausbaupläne im Bundesbedarfsplan und deren Trassenverläufe in Hessen konstruktiv begleiten, die Erdverkabelung an sensiblen Stellen forcieren und uns für eine echte Bürgerbeteiligung einsetzen.

Hessen wird Energiesparland Nummer 1

Jede Kilowattstunde, die nicht verbraucht wird, ist die klimaschonendste und die kostengünstigste. Diese einfache Wahrheit werden wir zum Kern des Handelns der Landesregierung machen. Nur wenn wir mit Energieeinsparung und Energieeffizienz endlich ernst machen, wird eine für alle bezahlbare Energieversorgung aus erneuerbaren Energiequellen gelingen. Vor allem im Bereich der Wärmeversorgung gibt es ein erhebliches Energie-Einsparpotenzial. Bei der Förderung der wärmetechnischen Gebäudesanierung werden wir einen Schwerpunkt auf Quartierssanierungen setzen, wobei Sanierung und effizienteste Wärmeversorgung kombiniert angegangen werden. Zentrale und dezentrale Wärme- und Speichersysteme sollen dabei klug vernetzt werden, um den Verbraucherinnen und Verbrauchern eine sichere und kostengünstige Versorgung mit Heizenergie zu ermöglichen. Einen wichtigen Beitrag wird hier die Kraft-Wärme-Kopplung leisten. Mit Förderung dieser Hocheffizienztechnologie kann man den Energieverbrauch in Hessen stark senken, weil nicht nur der produzierte Strom sinnvoll verwendet wird, sondern auch die Wärme, die sonst ungenutzt bleibt. Mit einem Erneuerbare-Energie-Wärme-Gesetz wollen wir Klimaschutz in Hessen auch durch die energetische Sanierung des Altbaubestands voranbringen und parallel Anreize durch das Land über einen Sanierungszuschuss und ein Austauschprogramm alter Heizungen bieten. Wir setzen uns für stärkere Anreize für ökologische Dämmstoffe ein. Wir wollen außerdem eine Kampagne starten, bei der Schornsteinfegerin und Schonsteinfeger nicht nur die Sicherheit und die Abgase des Heizsystems kontrolliert, sondern auch eine Aussage über die Effizienz macht. Ein Aufkleber auf der Heizung über den derzeitigen Verbrauch und die Einsparmöglichkeit bei einem Austausch wird sicher einige Hessinnen und Hessen zum Umdenken ermuntern.

Gerade die Potenziale für Energieeffizienz und -einsparung in hessischen Unternehmen sind beträchtlich. Viele zögern jedoch, in Modernisierungs- und Effizienzmaßnahmen zu

investieren, gerade wegen Unsicherheiten bei der Finanzierung der Investitionen. Wir GRÜNE wollen die Energieberatung für Unternehmen und Industrie intensivieren, Energiemanagementsysteme und Energieaudits attraktiv machen, Contracting-Modelle bewerben und günstige Kredite für Umbau- und Sanierungsmaßnahmen bereitstellen. Insgesamt wollen wir Wert darauf legen, dass es verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen gibt. Verlässlichkeit halten wir für den Schlüssel einer erfolgreichen Energiewende.

Energiewende als Jobmotor

Wir wollen die Energiewende mit einer klugen Hochschulpolitik verzahnen, um aus der Energiewende noch stärker einen Jobmotor zu machen. Studiengänge und Fachausbildungen im Bereich der erneuerbaren Energien brauchen eine stärkere Förderung, um dem Fachkräftemangel in diesen Berufen entgegenzuwirken.

Mit weniger Ressourcen zum besseren Ergebnis

Der ganzheitliche Schutz unserer Ressourcen muss so selbstverständlich werden wie das Wasser- und Stromsparen. Wir GRÜNE wollen Ressourcenschonung und -effizienz zu zentralen Themen machen. Dies kommt auch den Unternehmen und den Arbeitnehmern zugute. Denn in der verarbeitenden Produktion werden deutlich mehr Betriebskosten für Rohstoffe als für direkte Energie- und Personalkosten aufgewendet. Ressourceneffizienz dient also der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen sowie der Sicherheit von Arbeitsplätzen. Wir wollen eine ganzheitliche Ressourcenschutzstrategie für Hessen, die sämtliche Bereiche wie zum Beispiel Mobilität, Wohnen oder Ernährung in den Blick nimmt. Wir werden eine hessische Effizienzagentur einrichten, die Bundes- und Landesaktivitäten koordiniert und wichtige Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft vernetzt. Das hessische Beratungsangebot für Unternehmen PIUS (Produktionsintegrierter Umweltschutz) muss auf die gesamte Wertschöpfungskette vom Rohstoff über das fertige Produkt bis zur Abfallverwertung ausgeweitet werden. Das öffentliche Beschaffungswesen wollen wir vorbildhaft auf Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz ausrichten.

Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen und Anreize zum schonenden Umgang mit unseren Ressourcen geben. Wie andere Bundesländer wollen wir eine Förderabgabe auf den Abbau von heimischen Massenrohstoffen der Bauindustrie (Kies, Sand und Gesteine). Wir wollen einen Wassercent erheben, der für die Entnahme von Grundwasser und Wasser in großen Mengen aus oberirdischen Gewässern zu entrichten ist. Die Einnahmen werden zweckgebunden für Umwelt, Ressourcenschutz und Energiesparmaßnahmen verwendet.

Ohne Wasser kein Leben

Wir wollen einen umfassenden Schutz aller Gewässer und des Grundwassers. Unsere in einigen Regionen überdimensionierte Wasser-Infrastruktur wollen wir schrittweise umbauen. Wir werden Pilotprojekte beginnen, bei denen unterschiedlich belastete und verschmutzte Abwässer getrennt abgeleitet und behandelt werden. Dadurch sinkt der Aufwand zur Wasseraufbereitung und die Wärmeenergie des Abwassers kann deutlich effektiver genutzt werden. Kommunen, die hier vorangehen, wollen wir durch das Land finanziell unterstützen. Die Wasserversorgung gehört in die Hände der Kommunen, dies birgt die größten Chancen einer nachhaltigen Entwicklung.

Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie ist in Hessen bisher nicht ausreichend umgesetzt. Dies wollen wir GRÜNE in Hessen durch eine aktive Gewässerschutzpolitik mit zielgerichteten Förderungen ändern.

Noch immer gelangen zu viele Pestizide und Düngemittel durch die Landwirtschaft in unser Wasser. Den andauernden Konflikt z.B. um die Bewirtschaftung in Wasserschutzgebieten und Uferrandstreifen werden wir mit der Landwirtschaft aber für das Schutzgut Wasser lösen. Die von der EU bereitgestellten Mittel müssen sinnvoll abgerufen werden. Die Wasserschutzberatung für die Landwirtschaft werden wir ausbauen und ökologische Bewirtschaftungsformen in Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebieten mit Wasserversorgern fördern. Zur Wasserschutzberatung sollen verstärkt auch Projekte für mehr ökologischen Landbau gehören, wie sie in anderen Bundesländern schon üblich sind. Wir werden aus der europäischen Agrarreform frei werdende Landeshaushaltsmittel einsetzen, um Anreize für die Landwirte zu schaffen, Gewässerrandstreifen für den Wasserschutz stehen zu lassen.

Die Einleitung von laugenhaltigen Abwässern in die Werra und die Verpressung von Salzlaugen in den Untergrund durch das Unternehmen K+S müssen aufhören. Wir GRÜNE wollen, dass die Laugenverpressung spätestens 2015 endet. Die Abwassermenge des Unternehmens muss reduziert und nicht vermeidbare Abwässer müssen durch eine Fernleitung an die Nordsee gebracht werden. Dafür ist ein umweltverträglicher Einleitungspunkt zu suchen.

Fracking verhindern

Die GRÜNEN in Hessen lehnen Fracking ab, da es unabsehbare Folgen für Gesundheit und Umwelt birgt, zudem behindert Fracking die Energiewende sowie den Klimaschutz. Wir werden Experimente mit unserem Trinkwasser mit umweltgefährlichen Chemikalien unter allen Umständen verhindern. Schwarz-Gelb will Fracking mit Pseudo-Hürden den Weg frei machen. Wir lehnen den Einsatz von umwelttoxikologischen Substanzen generell ab. Und selbst wenn Fracking-Methoden in Zukunft ohne Chemikalieneinsatz auskommen könnten, bleibt die ungelöste Frage der Entsorgung der giftigen Abwässer. Diese enthalten Wasser aus der Tiefe, das mit schwermetallhaltigen oder radioaktiven Verbindungen belastet sein kann. Deswegen sprechen wir uns in Hessen und bundesweit gegen diese Hochrisikotechnologie aus.

Den Boden nicht unter den Füßen verlieren

Intakte Böden und Flächen sind lebensnotwendig. Ihre Bedeutung für eine intakte Umwelt wird oft unterschätzt. Unser Ziel ist es, den Bodenverbrauch auf „Netto null“ zu senken. Das heißt, für jede neu genutzte und versiegelte Fläche wird der Natur eine gleichwertige zurückgegeben. Wir GRÜNE wollen ein kommunales Bodenmanagement, bei dem alle Brach- und Freiflächen sowie Baulücken in einer öffentlichen Datenbank erfasst und auf ihre ökologische Qualität hin transparent beurteilt werden. Flächen im öffentlichen Eigentum sollen für jedermann nachvollziehbar in dieser Datenbank gekennzeichnet werden. Die Neufassung des Grundsteuerrechts wollen wir unter den Aspekten der ökologischen Lenkung und des Flächensparens von Hessen aus initiieren beziehungsweise unterstützen.

Natur- und Artenschutz in Hessen stärken

Wir wollen die Natur um ihrer selbst Willen und für uns Menschen erhalten. Der Schutz der in Hessen bedeutsamen oder seltenen Arten und der Lebensräume ist von besonderer Bedeutung und durch europäisches Recht alleine nicht möglich. Eine naturraumtypische Vielfalt von Lebensräumen soll im Rahmen eines funktionsfähigen ökologischen Netzwerkes über ein gestaffeltes System aus Nationalparks, Biosphärenreservaten, Naturschutzgebieten und Landschaftsschutzgebieten dauerhaft gesichert werden. Funktionsfähige ökologische Wechselbeziehungen sollen bewahrt, über Wanderkorridore und Grünbrücken wiederhergestellt und entwickelt sowie der genetische Austausch zwischen Populationen gewährleistet werden. Wir GRÜNE wollen ein System vernetzter und geschützter Biotop. Es soll im Kontext zu den Nachbarländern stehen und über einen integrierten Managementplan, der die Schutzziele der Natura-2000-Gebiete (FFH- und Vogelschutzgebiete) und Artenschutzprogramme einbezieht, nachhaltig aufgestellt werden. Die Durchgängigkeit von Fließgewässern wollen wir verbessern und Renaturierungen durchführen, wo dies möglich ist. Artenschutzprojekte werden wir gezielt unterstützen, wie beispielsweise die Biotopvernetzung für Wildkatzen. Den Wildtierschutz im Straßenverkehr wollen wir spürbar verbessern.

Das UNESCO Biosphärenreservat in der Rhön ist ein einzigartiger Natur- und Lebensraum, den wir erhalten und weiter entwickeln wollen. Daher sollen Agrarumweltprogramme und die offizielle landwirtschaftliche Beratung auf die Ziele zum Erhalt dieser besonderen Landschaft ausgerichtet werden und ein nachhaltiges Grünlandmanagement sowie ein Monitoring der Grünlandflächen soll unterstützend wirken.

Zur Umsetzung der Nationalen Biodiversitätsstrategie wird eine hessische Landesstrategie für die Erhaltung der biologischen Vielfalt aufgelegt. Der Landesentwicklungsplan mit Landschaftsprogramm wird zur Erreichung der Ziele zur biologischen Vielfalt überarbeitet. Das Hessische Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz wird entsprechend überarbeitet. Für die Aufstellung von Landschaftsplänen und zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben im Natur- und Umweltschutz sollen die kommunalen Rahmenbedingungen verbessert werden.

Wir wollen die Natur in die Stadt zurückholen: Mehr Natur macht unsere Städte attraktiver, verbessert die Luftsituation, reduziert die Hitzebildung und steigert dadurch die Lebensqualität. Entsiegelung, Dach- und Fassadenbegrünung, mehr Bäume in urbaner Umgebung sind wichtig, um die Folgen des jetzt schon spürbaren lokalen Klimawandels abzumildern.

Wir setzen uns für eine angemessene personelle und finanzielle Ausstattung der Naturschutzbehörden ein. Die fachliche Kompetenz für Natur und Landschaft in den Naturschutzbehörden wollen wir bündeln und ihnen wieder eine echte Stimme geben. Fachbeiräte wollen wir wieder auf allen drei Planungsebenen einsetzen. Das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) wird um den Bereich Naturschutz ergänzt und zu einer Fachbehörde für Umwelt, Natur und Geologie ausgebaut.

Die Umweltbildung für professionelle und ehrenamtliche Akteure wird weiter entwickelt. Umweltbildung zur Vermittlung von Artenkenntnissen und Zusammenhängen des Umweltschutzes soll auch in den Schulen und in außerschulischen Projektstätten verstärkt angeboten werden können.

Fördermittel aus EU (zum Beispiel LIFE) und Bund sollen mit Blick auf den Natur- und Umweltschutz sinnvoll eingesetzt und vom Land Hessen kofinanziert werden. Der

Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) soll als ein zentrales Instrument eingesetzt werden. Die hessischen Förderbedingungen (EPLR) sollen mit wirkungsvollen Nachhaltigkeitskriterien versehen werden. Wir werden uns für die Einführung einer Umweltlotterie einsetzen, deren Erträge für den Naturschutz eingesetzt werden.

Tierschutz in Hessen verbessern

Die erfolgte Verankerung des Tierschutzes im Grundgesetz muss erkennbare Auswirkungen im alltäglichen Umgang mit Tieren haben. Dies gilt von der Züchtung über die Haltung und den Transport bis zur Schlachtung.

In der Nutztierhaltung müssen sich die Haltungsbedingungen an die Bedürfnisse des Tieres anpassen. Qualvolle Tiertransporte müssen vermieden werden. Dafür sind strengere Richtlinien auf Bundesebene überfällig. Unsere Möglichkeiten auf Landesebene wollen wir nutzen. Um lange und qualvolle Tiertransporte zu vermeiden, setzen wir uns für den Erhalt von Schlachtstätten in Hessen ein. Die Kontrolle der Tierschutzbestimmungen bei Transport und Schlachtung muss verstärkt werden.

Der engagierten Arbeit in den Tierheimen wollen wir mehr Beachtung schenken. Durch die Gründung einer Stiftung Hessischer Tierschutz kann Tierheimen in schwierigen Finanzsituationen geholfen werden.

Die Zahl der Tierversuche steigt stetig an. Dem wollen wir aus ethischen Gründen engagiert entgegen wirken. Wir streben an, Tierversuche langfristig durch alternative Verfahren vollständig zu ersetzen sowie Versuche an Affen zu unterbinden. Weitere Maßnahmen zur Reduzierung von Tierversuchen werden wir prüfen. Wir wollen Forschungsprogramme für alternative Verfahren zu Tierversuchen fördern. Im Rahmen der Autonomie der Hochschulen werben wir für die Einrichtung einer Stiftungsprofessur für sogenannte „3R-Verfahren“ (Replacement – Reduction – Refinement). Wir setzen uns für eine Stärkung und ein Klagerecht der nach dem Tierschutzgesetz in Hessen eingesetzten Tierversuchskommission ein.

Den Kommunen werden wir die Möglichkeit eröffnen, eine Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für frei laufende Katzen zu erlassen. Halterinnen und Halter von Haustieren wollen wir besser über den artgerechten Umgang informieren. Wir wollen Beißvorfälle mit Hunden reduzieren. Dafür halten wir die Verbesserung der Sachkunde der Hundehalterinnen und -halter, eine Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht sowie eine Überprüfung der Rasseliste für notwendig. Wir setzen uns für ein Verbandsklagerecht im Tierschutz für anerkannte Tierschutzorganisationen ein.

Wildtiere gehören nicht in den Zirkus, ein Verbot ist überfällig. Wir wollen die Haltungsvorgaben von Wildtieren in Zoos und in privater Hand verbessern und Wildtierbörsen entgegenwirken. Um dem gestiegenen Bedarf der Veterinärbehörden an fachlichen Informationen und Vorgehensweisen, zum Beispiel bei Exoten, gerecht zu werden, wird das Land stärker beratend und kontrollierend tätig werden.

Nachhaltige Politik für Wald und Jagd

Ziel GRÜNER Waldpolitik ist ein offener Bürgerwald. Wir wollen einen flächendeckend gesunden Wald mit einer naturgemäßen Waldwirtschaft auf Grundlage strukturreicher, altersgemischter Wälder. Wir werden eine Überprüfung des Hessischen Waldgesetzes mit

der Zielsetzung einer Reduktion des zulässigen Einschlags in Nutz-, Wirtschafts- und Erholungswäldern in unterschiedlichem Besitz auf den Weg bringen. Wir wollen eine heimische Holzproduktion unter kontrollierten Bedingungen, die Rohstoff auf kurzem Wege und Arbeitsplätze sichert und die gleichzeitig die Klima- und Naturschutzziele konsequent einbindet. Beim integrativen Ansatz werden Naturschutzziele konsequent in die Bewirtschaftungsstrategie eingebunden. Auf Kahlschläge sowie den Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln soll in unseren Wäldern verzichtet werden. Gentechnisch veränderte Organismen dürfen grundsätzlich nicht im Wald freigesetzt werden.

Die Aufweichung der Bannwaldverordnung werden wir GRÜNE zurücknehmen, damit Bannwald tatsächlich wieder unantastbar ist. Dies gilt auch für die sogenannte „vorübergehende“ Inanspruchnahme zum Zweck der Auskiesung.

Die Grundwasserentnahme im Hessischen Ried hat zu massiven Waldschäden geführt. Diese Entwicklung wollen wir stoppen und dafür sorgen, dass die Waldschäden ausgeglichen werden. Dazu muss die dringend notwendige Grundwasseraufspiegelung durchgeführt werden.

Der Wald hat für die Artenvielfalt als Lebensraum eine enorm wichtige Bedeutung. Gemäß der Nationalen Biodiversitätsstrategie soll der Anteil ungenutzter Wälder bei der gesamten hessischen Waldfläche auf 5 Prozent gesteigert werden. Der hessische Staatswald soll verantwortungsvoll und vorbildlich vorgehen und 10 Prozent seiner Flächen aus der wirtschaftlichen Nutzung nehmen. Großflächige Waldnaturschutzgebiete sollen mit kleineren vernetzt werden. Den Anteil an Bäumen in der Alters- und Zerfallsphase wollen wir zugunsten der Artenvielfalt in unseren Wäldern erhöhen. Im Durchschnitt sollen zehn Bäume pro Hektar im öffentlichen Wald als besonders schützenswerte Biotopbäume ausgewiesen werden. Für den Hessischen Staatswald wollen wir eine Zertifizierung nach den Kriterien des FSC-Deutschland erreichen. Wir bekennen uns zu der großen Verantwortung Deutschlands für den Erhalt und Ausbau der alten Buchenwälder, die Deutschland im Rahmen der Nationalen Biodiversitätsstrategie übernommen hat. Hessen ist zentral für die Umsetzung des Schutzes der alten Buchenwälder. Der Erhalt der biologischen Vielfalt ist eine bedeutsame Aufgabe, der wir uns in besonderem Maße verpflichtet fühlen. Der Verlust an Biodiversität schreitet weltweit rasant voran und ist besonders deshalb dramatisch, weil der Verlust unumkehrbar ist.

Der Landesbetrieb Hessen-Forst soll einen deutlichen Beitrag zum Naturschutz leisten. Dabei werden wir gewährleisten, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin eine qualitätsvolle Arbeit mit gut ausgebildetem Personal leisten können. Die berufliche Laufbahn bei Hessen-Forst muss auch für junge Menschen wieder attraktiv werden. Stellen in der Forstverwaltung mit überwiegend speziellen Aufgaben in den Bereichen Naturschutz, Pädagogik und geografische Informationssysteme sollen neben spezialisierten Forstleuten auch Absolventinnen und Absolventen der betreffenden Studien- bzw. Ausbildungsgänge offen stehen.

Den Nationalpark Kellerwald-Edersee wollen wir weiterentwickeln. Wir stehen für dessen Vernetzung mit den umliegenden Waldgebieten und werden die dort angesiedelte Waldforschung und Umweltbildung fördern.

Das Hessische Jagdgesetz wollen wir zugunsten einer nachhaltigen ökologischen Jagd verändern. Die Reduzierung des Wildbestandes soll unter anderem durch ein Verbot jeglicher Wildfütterung und eine am Bestand des Waldes und wildbiologischer Erfordernisse ausgerichtete Bejagung erfolgen. Die Fallenjagd und den Abschuss von

Haustieren lehnen wir ab. Wir setzen uns für ein Verbot von bleihaltiger Munition ein, um die Vergiftung von Greifvögeln und der Umwelt allgemein zu reduzieren.

Verbraucherschutz in Hessen: wissen, was drin ist

Wir wollen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher auf gleicher Augenhöhe mit Unternehmen und Dienstleistern agieren können. Aufgabe der Politik ist es, dass Informationen, Transparenz, Schutz und Wahlfreiheit für Verbraucherinnen und Verbraucher sichergestellt werden.

Wir setzen Verbraucherschutzpolitik ganz oben auf die Tagesordnung. Dabei soll sich Verbraucherpolitik nicht mehr wie bisher vor allem auf traditionelle Bereiche wie Lebensmittelsicherheit und –transparenz oder schadstofffreies Spielzeug beschränken, sondern auch Fragen wie sichere Finanzprodukte und die des Persönlichkeitsschutzes im digitalen Zeitalter umfassen. Dabei wollen wir die Kompetenzen der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und es ihnen ermöglichen, mit ihrer Marktmacht Einfluss zu nehmen für ein nachhaltiges Wirtschaften. Wir werden die von der CDU vorgenommenen Kommunalisierungen wie im Bereich des Verbraucherschutzes, der Lebensmittelkontrolle und der Agrarverwaltung einer äußerst kritischen Überprüfung unterziehen und ggf. rückgängig machen.

Wir GRÜNE wollen die Kontrolle von Lebensmitteln, Alltagsprodukten und Futtermitteln in Hessen schlagkräftiger machen. Hessen braucht eine deutliche finanzielle und personelle Stärkung der amtlichen Lebensmittelkontrolle. Mit uns GRÜNEN wird nicht nur auf die immer wiederkehrenden Lebensmittelskandale reagiert, sondern ein effektiver vorsorgender Verbraucherschutz betrieben werden. Nach dem Vorbild von Dänemark und von einzelnen Pilotprojekten in deutschen Städten wollen wir ein einfaches und verbindliches Kennzeichensystem für Lebensmittelbetriebe und Gaststätten einführen. Betriebe sollen verpflichtet werden, die Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen gut sichtbar in den Betriebsräumen beziehungsweise im Eingangsbereich aufzuhängen. Zusätzlich sollen diese Ergebnisse auf den Internetseiten der jeweiligen Ämter für Verbraucherschutz veröffentlicht werden. Die tagtägliche Abzocke von Verbraucherinnen und Verbrauchern durch Falschberatung oder zu hohe Dispozinsen wollen wir beenden. Gerade der Finanzplatz Hessen hat eine hohe Verantwortung, seriöse Finanzdienstleistungen bereit zu stellen.

Kinder müssen besser vor Gift im Spielzeug geschützt werden. Daher wollen wir dafür sorgen, dass Spielzeuge in Hessen öfter und umfassender kontrolliert und die Ergebnisse schneller der Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Wir setzen bei der Finanzierung von Kontrollen stärker auf das Verursacherprinzip und wollen prüfen, inwiefern die Verbraucherzentrale an Bußgeldern von Kartellbehörden beteiligt werden kann.

Damit die Verbraucherzentrale Hessen (VZH) den steigenden Herausforderungen fachlich und zeitlich gerecht werden kann, wollen wir sie finanziell und personell deutlich besser aufstellen. Die aufsuchende Verbraucherarbeit wollen wir stärken. Professionelle Verbraucherberatung muss zukünftig verstärkt in Kitas, Schulen, Gemeindehäuser, Stadtteile, Volkshochschulen, Seniorenheime und Betriebe gehen.

Verbraucherinnen und Verbraucher haben durch ihre Kaufkraft Macht und wir wollen, dass sie diese verantwortlich nutzen können. Immer mehr Menschen wollen gentechnikfreie, regionale Produkte wählen können.

Die Förderung der Marketinggesellschaft Gutes aus Hessen wollen wir auf ihre Effektivität überprüfen und entsprechend den Zielen unserer Agrarpolitik den bestehenden Vertrag nachverhandeln. Das wachsende Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher an ökologischen Erzeugnissen und Tierschutz muss sich auch im Agrarmarketing wiederfinden. Dazu ist es nötig den Einfluss des Landes in beauftragten Organisationen wie der Marketinggesellschaft Gutes aus Hessen zu stärken.

Wir wollen gesundes Essen für unsere Kinder von Anfang an. In Schulen, Universitäten und Betreuungseinrichtungen soll es eine gesunde, ökologisch und regional erzeugte Pausen- und Mittagsverpflegung geben. Dazu wollen wir die Kommunen und Landkreise ermuntern und diese unterstützen. Das Land Hessen soll weitere regional-ökologische Modellprojekte zur Schulverpflegung initiieren und die Essensverpflegung mit Besuchen auf landwirtschaftlichen Betrieben der Region verbinden. Zudem wollen wir auf die Caterer großer hessischer Unternehmen zugehen und diese ebenfalls für eine regional-ökologische Essensverpflegung gewinnen. Genussvolles Essen ist für uns Grüne nicht notwendigerweise mit Fleisch verbunden. Deshalb wollen wir die fleischlose Ernährung fördern. Öffentliche Kantinen und Mensen sollen Vorreiterfunktionen übernehmen, indem hier auch vegetarische/vegane Angebote zum Standard werden. Wir wollen freiwillige Projekte unterstützen, die für einen Wechsel zu einer pflanzlichen Ernährungsweise werben und einen Tag pro Woche als "Veggie-Day" initiieren.

Die Agrarwende in Hessen voranbringen

In Hessen werden etwa 43 Prozent der Landesfläche landwirtschaftlich genutzt. Wir wollen diese Flächen zusammen mit den Landwirtinnen und Landwirten erhalten, sie ökologisch und vielfältig weiterentwickeln. Wir stehen für faire Preise für gute landwirtschaftliche Produkte. Wir wollen, dass die Agrarförderung an die Erbringung gesellschaftlicher Leistungen geknüpft wird. Das gilt für Betriebe, die sich im Bereich Klima-, Umwelt-, Natur- und Tierschutz engagieren, die nachhaltig wirtschaften, artgerecht halten und Arbeitsplätze schaffen. Die Rationalisierung in der industriellen Agrarwirtschaft nach dem Prinzip des Wachsens oder Weichens ist nicht zukunftsfähig. Agrarpolitik geht alle an. Hier wird darüber entschieden, wie mit unserem Boden, unserem Wasser, unserer Luft und unserer genetischen Vielfalt umgegangen wird. Hier wird darüber entschieden, wie wir uns in Zukunft ernähren wollen und wie sich der ländliche Raum entwickeln wird. Daher werden wir zusammen mit den Landwirtinnen und Landwirten die Agrarwende einläuten.

Wir wollen der ansteigenden Intensivierung der Flächennutzung und Industrialisierung der Tierhaltung vor allem in Nordhessen mit einem Bündnis aller Beteiligten entgegenwirken. Die Haltung von Nutztieren soll sich am Tierwohl orientieren. Die Systeme sollen sich den Nutztieren anpassen und nicht die Nutztiere dem System der Haltung. Das Land Hessen soll sich für die Aufhebung der Privilegierung im Baurecht für landwirtschaftliche Bauten im Außenbereich einsetzen. Einrichtungen der industriellen Landwirtschaft wie Mastställe mit Massentierhaltung sollen über eine nachhaltige Bauleitplanung reguliert werden. Die Kommunen brauchen ein Mitspracherecht. Wir sind überzeugt: Nur artgerechte Tierhaltung ist langfristig zukunftsfähig.

Der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung wird zunehmend zu einem großen Problem. Wir wollen, dass nur Tiere mit Antibiotika behandelt werden, die tatsächlich krank sind. Umfassende Kontrollen und Sanktionen sollen den missbräuchlichen Einsatz von Antibiotika eindämmen. Ställe sollen so konzipiert sein, dass auf den massenhaften Einsatz von Antibiotika verzichtet werden kann. Mehr Platz, Licht und Luft im Stall werden wir fördern und fordern. Investitionsbeihilfen nach dem Hessischen Ländlichen

Entwicklungsprogramm soll es nur für Ställe geben, die den Standards der ökologischen Tierhaltung entsprechen. Wir wollen, dass nur Tiere mit Antibiotika behandelt werden, die tatsächlich krank sind. Ställe sollen so konzipiert sein, dass auf den massenhaften Einsatz von Antibiotika verzichtet werden kann. Mehr Platz, Licht und Luft im Stall werden wir fördern und fordern. Umfassende Kontrollen und Sanktionen sollen den missbräuchlichen Einsatz von Antibiotika eindämmen.

Der maßlosen Vergeudung von Lebensmitteln, die schon bei der Herstellung oder im Handel aussortiert oder aber von den Verbraucherinnen und Verbrauchern weggeworfen werden, wollen wir beispielsweise durch eine Änderung der Handelsnormen und eine intensive Verbraucheraufklärung begegnen. Denn ein stärkeres Bewusstsein für Lebensmittel aus regionaler ökologischer Produktion trägt dazu bei, dass weniger Lebensmittel als Müll vernichtet werden. Einer agrarindustriellen Landwirtschaft, die unsere Umwelt und Gesundheit extrem belastet und Massenerzeugnisse produziert, die anschließend im Müll landen, stehen wir kritisch gegenüber.

Die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln in Hessen ist eine riesige Chance für die heimische Landwirtschaft, die endlich genutzt werden sollte. Von der immensen Nachfrage sollen endlich mehr hessische Bäuerinnen und Bauern profitieren. Dafür braucht es regionale Wertschöpfungskreisläufe und eine Stärkung des ländlichen Raums. Unser Ziel ist es, den Flächenanteil des Ökolandbaus in Hessen bis zum Jahr 2020 auf 20 Prozent und den Marktanteil auf 10 Prozent zu steigern. Die Umstellung auf Ökolandbau wollen wir verlässlich fördern und bessere Absatzstrukturen in allen Regionen Hessens schaffen. Hierzu bedarf es eines Aktionsplanes, der auch Ausbildung, Wissenstransfer und Forschung berücksichtigt. Wir setzen uns auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass es öffentliches Geld nur noch für öffentliche Leistung oder den Ausgleich von naturbedingten Nachteilen gibt. Wir werden die Abwicklung und Organisation der Agrarförderung auf ihre Effizienz und Effektivität überprüfen und wenn nötig neu ordnen.

Wir wollen Hessen gentechnikfrei erhalten. Dem „Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen“ soll Hessen beitreten und sich damit zur Gentechnikfreiheit auf den landeseigenen Flächen verpflichten und für die rechtliche Absicherung von gentechnikfreien Regionen eintreten. Saatgut soll frei von Gentechnik bleiben. Die Hersteller von gentechnisch veränderten Pflanzen sollen die Haftung für Schäden übernehmen.

Wir wollen den Zukauf von importiertem, häufig gentechnisch verändertem Soja vermeiden und einen nachhaltigen Anbau eigener Futtermittel fördern. Dafür eignet sich gerade der Anbau von Eiweißpflanzen (Leguminosen). Mindestens die Hälfte des benötigten Futters für die Tierhaltung soll auf eigener Fläche erzeugt werden.

Wir wollen dafür sorgen, dass zum Schutz der Böden, des Wassers und der Artenvielfalt der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln in der Landwirtschaft deutlich reduziert wird. Hessen soll sich für ein Verbot von Totalherbiziden in erntereifen Kulturen einsetzen.

Imkerinnen und Imker tragen mit ihren Bienenvölkern wesentlich zum Erhalt unserer Kulturlandschaft bei. Die Bestäubungsleistung von Bienen und anderen Insekten ist enorm. Sie trägt zur Artenvielfalt bei und ist für einen Großteil des Ernteertrags unerlässlich. Wir wollen den Rahmen setzen für eine bienenfreundliche Landwirtschaft mit möglichst wenig Pestiziden, mit einer vielfältigen Fruchtfolge, mit der Förderung von

Bienenweiden und gentechnikfreier Landwirtschaft.

Wir unterstützen Landwirtinnen und Landwirte, die sich in Erzeugergemeinschaften zusammenschließen, um ihre Marktstellung zu verbessern und einen fairen Preis für ihre Produkte zu erzielen. Die hessischen Milchbauern werden wir im Rahmen unserer Möglichkeiten auf Landes-, Bundes- und Europaebene bei der Erzielung fairer Preise unterstützen.

Der Anbau und die Nutzung von Bioenergie dürfen nicht zu unverhältnismäßiger Belastung der Umwelt führen. Biomasseanlagen auf Grundlage von Maismonokulturen mit ihren negativen Wirkungen auf Umwelt, Biodiversität und Landschaft sollen nicht mehr länger einseitig gefördert werden. Die Förderkriterien werden wir überarbeiten und an ökologischen Zielen ausrichten.

Die Ausbildung in der Landwirtschaft muss dringend reformiert werden und sich an den Erfordernissen einer zukunftsgerichteten, nachhaltigen Landwirtschaft orientieren. Das Fachgebiet Ökolandbau muss wieder Bestandteil des Lehrplans für angehende Landwirte werden. Die Forschungs- und Bildungsstandorte für Ökolandbau werden wir stärken. Die Beratung für die Landwirtschaft sollte insbesondere vor dem Hintergrund für deren Verantwortung für den Umwelt-, Natur- und Tierschutz weiter intensiviert und gefördert werden.

Ländlicher Raum

Nachhaltige Regionalentwicklung muss verstärkt ökonomische und soziale Entwicklungen im Einklang mit biologischer Vielfalt fördern. Dabei sollen die ländlichen Räume durch einen kohärenten Maßnahmenmix aus den unterschiedlichen EU-Förderinstrumenten der Agrar- (EGFL und ELER) und Strukturförderung (EFRE und ESF) nachhaltig gestärkt werden. Über Arbeitgeber- und Ausbildungszusammenschlüsse wollen wir neue Beschäftigungsmodelle entwickeln. Förderprogramme sollen die Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum und die Diversifizierung der Wirtschaft unterstützen. Start-up-Unternehmen sollen gezielt gefördert und die Betriebsnachfolge im Handwerk begleitet werden. Unser Ziel ist es, die bestehenden Lücken in der Breitbandversorgung endlich zu schließen und auch im ländlichen Raum Übertragungsraten von 50 Mbit/s und mehr zu ermöglichen.

Um es den Kommunen zu erleichtern, attraktive Angebote bei wenigen Einwohnerinnen und Einwohnern und großen Entfernungen aufrechtzuerhalten, sind Angebote der Daseins-, Für- und Vorsorge erforderlich. Gleichwohl müssen wir uns den Herausforderungen des demografischen Wandels stellen und diesen als zu gestaltende Aufgabe begreifen. Dazu gehört eine ehrliche und transparente Analyse von Trends und Entwicklungen und eine echte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Es bedarf kleinräumiger Analysen, welche Maßnahmen in den nächsten Jahren notwendig sind, um eine gute Lebensqualität auch in Landesteilen mit sinkenden Bevölkerungszahlen zu gewährleisten. Dabei sehen wir es als Landesaufgabe an, diesen Prozess zu moderieren und zu unterstützen.

Genauso wie ein attraktives Kulturangebot in den Städten brauchen wir ein eigenes Kulturangebot auf dem Land. Deshalb halten wir eigenständige Kulturangebote im ländlichen Raum für unerlässlich. Die bisher von Vereinen und Ehrenamtlichen geleistete Arbeit erkennen wir besonders an.

Im Gesundheitsbereich ist unser Ziel eine dezentrale integrierte Versorgung guter Qualität. Dazu gehören eine gute hausärztliche Versorgung und vielfältige ambulante Angebote, zum Beispiel eine qualifizierte Gemeindepflege. Außerdem wollen wir den öffentlichen Gesundheitsdienst als Koordinator aller vorhandenen Angebote und Kompetenzen als „Haus der Gesundheit“ aufwerten. Schwerpunkte dabei sind die Förderung von Gesundheit für alle Generationen und regionale Kooperationen zur medizinischen und pflegerischen Versorgung. Die kommunalen Krankenhäuser wollen wir als Teil der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum durch eine solide Finanzierung durch Bund, Land und Kommunen und als attraktiven Arbeitgeber erhalten.

Wichtig für ländliche Gebiete ist ein vernünftiger Mix aus Individual- und öffentlichem Verkehr. Attraktiv als inklusiver Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum für alle Bevölkerungsgruppen ist der ländliche Raum nur, wenn Mobilität auch ohne eigenes Auto möglich bleibt bzw. wird. Hierfür sind bestehende Bahnstrecken zu sichern und gegebenenfalls vom Angebot her auszubauen. Attraktive Busverbindungen sind durch nachfrageorientierte Angebote (wie Anruf-Sammel-Taxis, Anruf-Linien-Busse, Mitfahrzentralen) zu ergänzen. Schulbezogener Verkehr ist zeitlich zu optimieren. Schülertickets, Studierendentickets und Seniorentickets fördern eine bessere Auslastung zu allen Zeiten. Hierdurch lässt sich bei vertretbaren Kosten ein qualitativ hochwertiges Angebot schaffen. Das Potenzial der eMobilität auf dem Fahrrad für Alltagsverkehr und Tourismus im ländlichen Raum wollen wir gezielt nutzen.

Wir wollen die Zusammenarbeit ländlicher Kommunen mit Verdichtungsräumen und Metropolregionen stärken und neue wirtschaftliche Verbindungen erschließen sowie Stadt-Land-Partnerschaften gründen.

Bildung und Betreuung: Chancen für alle durch bessere Förderung

Hessen will den Wechsel – hin zu Bildungs- und Betreuungsangeboten, die allen Kindern und Jugendlichen Chancen eröffnen und sie individuell fördern – und zwar unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Bildung entscheidet maßgeblich über die Möglichkeiten zur Teilhabe in unserer Gesellschaft. Der starken Abhängigkeit des Bildungserfolgs der Kinder vom sozialen Status der Eltern wollen wir entgegenwirken. Aufstieg durch Bildung muss wieder zu einem realistischen Versprechen werden. Bildung allein sorgt noch nicht für mehr Gerechtigkeit, aber ohne Bildungschancen für alle ist eine gerechte Gesellschaft nicht möglich. Deshalb legen wir einen Schwerpunkt auf Bildung und Betreuung von der Kita über die Schule, die Ausbildung bis zur Hochschule.

15 Jahre schwarz-gelbe Politik haben bei der Kinderbetreuung und in unserem Bildungswesen nicht die notwendigen Fortschritte gebracht. Der Rechtsanspruch auf Betreuung der unter 3-jährige Kinder ist nicht erfüllt. Es fehlen ganztägige Betreuungsplätze. Das sogenannte Kinderförderungsgesetz (KiföG) wird die Qualität der Betreuung verschlechtern statt verbessern. Der Ausbau der Bildungs- und Betreuungsangebote in der Grundschule wurde völlig verschlafen. Hessens Schulen landen in nationalen wie internationalen Vergleichsstudien weiterhin bestenfalls im Mittelfeld. CDU und FDP sind erschöpft und verbraucht. Es ist Zeit für den Wechsel. Wir GRÜNE haben die Inhalte und Konzepte für diesen Wechsel.

Auf den Anfang kommt es an – Kindergärten zu Bildungsgärten entwickeln

Hessen braucht ein qualitativ hochwertiges Bildungs- und Betreuungsangebot von Anfang an. Das ist gut, um allen Kindern die notwendigen Anregungen für die volle Entfaltung ihrer Talente zu geben. Es ist notwendig, um Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Alle Eltern haben so die Wahl, wie sie für ihre Kinder die beste Erziehung gestalten. Wir wollen dafür sorgen, dass der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung für unter 3-jährige Kinder in Hessen wirklich umgesetzt wird. Wir stehen dafür, die Zahl der ganztägigen Betreuungsplätze für Kinder bis 6 Jahren weiter auszubauen. Und wir wollen die Qualität der Kinderbetreuung verbessern, damit Bildungsprozesse für Kinder individuell, kontinuierlich und auf hohem Niveau gestaltet werden können. Kindergärten sollen sich zu Bildungsgärten und Familienzentren weiterentwickeln. In diesem Sinne werden wir das so genannte Kinderförderungsgesetz (KiföG) umgehend nach einem Regierungswechsel grundlegend überarbeiten und für eine faire Finanzierung aller Träger sorgen. Behinderte und nicht behinderte Kinder sollen gemeinsam aufwachsen können. Bei allen unseren bildungspolitischen Maßnahmen ist uns die Umsetzung des Ziels der Inklusion ein wichtiges Anliegen.

Qualität sichern, Fachkräftepotenziale erschließen

Eine gute frühkindliche Bildung setzt ausreichendes und qualifiziertes sowie angemessen bezahltes Fachpersonal voraus. Wir wollen die notwendigen Ausbildungskapazitäten schaffen und neue Konzepte – zum Beispiel für den Wiedereinstieg, für höhere Stundenkapazitäten für bereits eingesetzte Fachkräfte in Teilzeit – gemeinsam mit den Trägern von Einrichtungen erarbeiten. Ergänzend wollen wir Erfahrungen mit der „dualen“ Ausbildung auswerten und deren modellhafte Erprobung ausweiten. Der Erwerb von Genderkompetenz soll in die Ausbildung aufgenommen werden. Mit einer

Qualitätsoffensive wollen wir Kindertagespflegeangebote aufwerten und (gemeinsam mit den Kommunen) auf eine angemessene Vergütung der Tagespflegepersonen hinwirken.

Wir setzen klare Prioritäten: Erst wollen wir eine ausreichende Zahl von Betreuungsplätzen schaffen und die Qualität verbessern, erst danach kann für uns das Thema Beitragsfreiheit auf der Tagesordnung stehen.

Kindeswohl stärken

Alle Kinder haben das Recht auf bestmögliche Bildung, gesunde Ernährung und gewaltfreie Erziehung. Die Bekämpfung sexueller Gewalt gegen Kinder wollen wir intensiver geführt sehen als bisher. Wir werden den Landesaktionsplan gegen sexuelle Gewalt konsequent umsetzen. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass die Aktivitäten aller Ministerien endlich vernünftig koordiniert werden.

Kinder und Jugendliche verbringen einen großen Teil ihrer Freizeit in Vereinen oder Jugendverbänden. Ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort müssen unterstützt und qualifiziert werden, um Gefährdungen abzubauen und Kinder stark zu machen.

Kindertagesstätten und Grundschule stärken – Bildungs- und Erziehungsplan umsetzen

Kindertagesstätten und Grundschulen legen das Fundament für den gesamten weiteren Bildungserfolg von Kindern. Hier muss es gelingen, wirklich alle Kinder mitzunehmen und niemanden zurückzulassen. Wer nicht von Anfang an das richtige Rüstzeug mitbekommt, wird dies in der Regel sein ganzes weiteres schulisches Leben nicht mehr aufholen können. Hier liegt der Schlüssel für mehr soziale Gerechtigkeit in unserem Bildungswesen. Deshalb setzen wir hier einen Schwerpunkt. Wir wollen die Kindertagesstätten und Grundschulen in die Lage versetzen, den Bildungs- und Erziehungsplan tatsächlich umsetzen zu können. Die enge Zusammenarbeit, durch den Ausbau von sogenannten Tandems, zwischen beiden Institutionen und den Eltern muss selbstverständlich und durch ausreichend Zeit ermöglicht werden. Wir werden Grundschulen dabei fördern, den flexiblen Schulanfang umzusetzen. Dabei werden die ersten beiden Klassen zu einer pädagogischen Einheit zusammengefasst, die je nach Entwicklungsstand des Kindes in einem, zwei oder drei Jahren durchlaufen werden kann. Schülerinnen und Schüler werden nicht gelangweilt. Kinder, die mehr Förderung brauchen, bekommen die Zeit, die sie brauchen. So schaffen wir ein solides Fundament für alle. Sehr kleinen Grundschulen wollen wir durch individuelle Lösungen wie jahrgangsübergreifenden Unterricht oder den Verbund mit einer anderen Grundschule in ihrem Ort eine Perspektive geben.

Bildungs- und Betreuungsgarantie für Grundschul Kinder

Der Wunsch der Eltern nach qualitativ hochwertigen Bildungs- und Betreuungsangeboten hört nicht mit dem 6. Geburtstag ihrer Kinder auf. Im Gegenteil: Gerade dann erwarten die Mütter und Väter, dass ihre Töchter und Söhne nicht nur guten Unterricht in der Grundschule erhalten, sondern auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich ist. Viel zu oft ist es so, dass mit Beginn der Grundschule das mühsam gefundene Betreuungsarrangement komplett zusammenbricht. Mütter oder Väter müssen dann doch wieder zu Hause bleiben oder können nur noch Teilzeit arbeiten.

Die GRÜNE Bildungs- und Betreuungsgarantie ist darauf die Antwort. Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass an allen Grundschulen ein verlässliches Bildungs-

und Betreuungsangebot von 7:30 bis 17.00 Uhr angeboten werden kann. Selbstverständlich entscheiden die Eltern selbst, ob und wie lange sie ihr Kind über die Unterrichtszeit der Grundschule hinaus betreuen lassen wollen. Die Bildungs- und Betreuungsgarantie ist ein Angebot und kein Zwang.

Eine ganztägige Grundschule muss aber mehr sein als Schule. Sie muss sich an den Bedürfnissen der Kinder orientieren und mehreren Bildungsformen Raum bieten. Deshalb sollen ganztägig arbeitende Grundschulen Angebote der außerschulischen Bildung oder Freizeitangebote integrieren.

Zur Umsetzung der Bildungs- und Betreuungsgarantie werden wir im Laufe der kommenden fünf Jahre allen Grundschulen die Aufnahme in das Ganztagsschulprogramm des Landes ermöglichen. Als Land werden wir das Personal oder die Mittel zur Verfügung stellen, um an fünf Tagen die Woche von 7:30 bis 14:30 Uhr ein Ganztagsangebot an den Grundschulen bereitzuhalten. Für die Zeit von 14:30 bis 17:00 Uhr und für die Betreuung in den Schulferien sind im Gegenzug die Kommunen zuständig. Durch einen Vertrag zwischen Land, Schulträger und Kommunen werden wir sicherstellen, dass für die Eltern und ihre Kinder ein Bildungs- und Betreuungsangebot aus einem Guss von 7:30 bis 17:00 Uhr entsteht. In diesem Vertrag werden wir uns mit der kommunalen Ebene auch über die Finanzierung verständigen.

Unser Angebot für einen Schulfrieden: ermöglichen statt verordnen

Seit Jahren und Jahrzehnten wird in Hessen ein teilweise erbitterter Schulkampf um Schulstrukturen geführt. Die reale Qualitätsverbesserung jeder einzelnen Schule ist dabei oft zu kurz gekommen. Wir werden diesen Schulkampf nicht fortsetzen. Anders als in Ländern wie beispielsweise Finnland gibt es innerhalb unserer Gesellschaft keinen breiten Konsens über die Schulstruktur. Anhängerinnen und Anhängern des strikt gegliederten Schulsystems auf der einen Seite stehen Befürworterinnen und Befürworter eines stärker skandinavisch orientierten Schulsystems auf der anderen Seite gegenüber. Eine verantwortungsvolle Bildungspolitik sollte nicht versuchen, diesen Konflikt mit der Brechstange oder mittels knapper parlamentarischer Mehrheiten zu entscheiden. Eine Landesregierung mit GRÜNER Beteiligung wird der Opposition die Hand zu einem Schulfrieden reichen. Unser Ziel ist eine Vereinbarung zwischen den an Schule Beteiligten und den im Landtag vertretenen Parteien über die Schulentwicklung in Hessen für die nächsten zehn Jahre. So erhalten die Schulen endlich Planungssicherheit, um sich auf ihre eigentliche Arbeit konzentrieren zu können. Das ständige Rein-in-die-Kartoffeln-raus-aus-den-Kartoffeln hätte endlich ein Ende.

Ein solcher Schulfrieden ist auch in Hessen möglich, wenn alle politischen Parteien endlich den Elternwillen respektieren. Wir GRÜNE verpflichten uns: Wir wollen Garanten des Elternwillens sein. Mit uns wird es keine Zwangsbeglückungen für die Schulen geben. Wir wollen Veränderungen, aber wir werden sie nicht von oben verordnen. Wir setzen auf ermöglichen statt verordnen. Konkret bedeutet das: Eltern, die längeres gemeinsames Lernen für ihre Kinder wollen, sollen ein solches schulisches Angebot endlich auch in Hessen wohnortnah finden. Wer sein behindertes Kind an einer allgemeinen Schule statt an der Förderschule unterrichten lassen will, soll endlich auch in Hessen inklusive Schulen vorfinden. Es gilt aber auch: Wir werden keine von den Eltern vor Ort akzeptierte Schule des gegliederten Schulwesens abschaffen. Die Erfahrungen anderer Bundesländer zeigen, dass sich aufgrund der Entscheidungen vor Ort mittel- bis langfristig mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Zwei-Säulen-Schulsystem entwickeln wird. In ihm gibt es das

Gymnasium auf der einen und eine weitere leistungsfähige Schulform mit längerem gemeinsamem Lernen und allen Abschlüssen an einer Schule auf der anderen Seite.

Verlässlichkeit und Perspektiven für Hessens Schulen – echte 105 Prozent Lehrerversorgung und Sozialindex

Wir werden nach der Wahl an den Schulen nicht wieder alles komplett anders machen. Wir werden den Schulen jedoch pädagogische Weiterentwicklungen eröffnen und ermöglichen. Wir setzen auf Verlässlichkeit und Perspektiven. Wir werden allen Schulen eine echte 105-Prozent-Lehrerversorgung zuweisen und die Stellenzuweisung nach Sozialindex ausbauen. Die Mittel werden verstetigt und den Schulen so ein über mehrere Jahre verlässliches Budget geben. So können aus den Mitteln der zusätzlichen Lehrerversorgung auch verlässliche Arbeitsverträge beispielsweise mit Sozialpädagoginnen und -pädagogen, Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern, Schulassistentinnen und -assistenten oder Verwaltungskräften geschlossen werden.

Selbstständige Schule: mehr pädagogische Freiheit, weniger Bürokratie

Gute Schulen werden vor Ort gemacht. Wir wollen den Schulen vertrauen, ihnen etwas zutrauen und ihre Leistungen anerkennen. Deshalb werden wir den Schulen mehr Freiraum und Entscheidungskompetenzen geben. Unser Konzept der selbstständigen Schule gestattet ihnen selbst zu entscheiden, in welchen Schritten sie mehr Eigenverantwortung übernehmen wollen. Wir werden die selbstständigen Schulen von unnötiger Bürokratie befreien. Unser Schwerpunkt liegt auf einem Mehr an pädagogischer Freiheit, um Schülerinnen und Schüler individueller fördern zu können. Bildungsstandards eröffnen Chancen, den Unterricht stofflich zu entlasten und die nachhaltige Entwicklung von Kompetenzen zu stärken. Dabei verdienen die Schulen Unterstützung durch qualifizierte Fortbildungsangebote zur Unterrichtsentwicklung. Die Schulen müssen die Möglichkeit erhalten stärker in projektbezogenen Unterrichtsformen zu unterrichten. Die Schulgemeinde kann entscheiden, die Ziffernnoten bis zum Ende der Klasse 7 durch schriftliche Bewertungen zu ergänzen oder zu ersetzen. Zu einem Mehr an Selbstständigkeit gehört, dass die Schulen Rechenschaft über ihre Ergebnisse ablegen und ihre Arbeit evaluieren. Hierzu werden wir die Schulinspektion weiterentwickeln.

Demokratische Schule – Schule der Demokratie

In der Schule darf Demokratie nicht nur auf dem Lehrplan stehen, sie muss auch von der Schulgemeinde gelebt werden. Wir werden daher die demokratische Verfasstheit der Schule stärken. An den Entscheidungen werden Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sowie der Schulträger unter Einbeziehung des regionalen Umfeldes beteiligt. Dies stärkt die Identifikation mit der Schule und erzeugt eine höhere Verbindlichkeit der Entscheidungen.

Für eine echte Wahlfreiheit zwischen G8 und G9

Seit Jahren haben wir uns für die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 eingesetzt. Erst zum Schuljahr 2013/2014 ist Schwarz-Gelb unserem Vorschlag gefolgt. Neben den kooperativen Gesamtschulen können jetzt auch die Gymnasien wählen, ob sie G8 oder G9 anbieten wollen. Allerdings gibt es in weiten Teilen Hessens weiterhin keine echte Wahlfreiheit, weil eine ausreichende Zahl an G9-Schulen fehlt. Für eine echte Wahlfreiheit streben wir auch ein landesweites Schülerticket für Busse und Bahnen an, damit die Wahl der Schule nicht an der Schülerbeförderung scheitert. Wir stehen dafür, dass Eltern in

allen Regionen Hessens wählen können, ob sie G8 oder G9 für ihr Kind wollen. Unmittelbar mit Beginn der Regierungsbeteiligung werden wir im Dialog mit den Eltern der Grundschul Kinder in regionalen Konferenzen ermitteln, wie hoch der Bedarf an G8 und G9 ist. Anschließend werden wir gemeinsam mit den weiterführenden Schulen und den kommunalen Schulträgern versuchen, ein entsprechendes Angebot an G8- und G9-Schulen zu organisieren. Im Dialog mit den Eltern und den Schulen wollen wir auch für die Klassen 5 und 6 an bisherigen G8-Schulen Rückkehrmöglichkeiten zu G9 erarbeiten. Neben der Wahlfreiheit wollen wir auch die Ausgestaltung von G8 weiterentwickeln. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern wurde die verkürzte Gymnasialzeit in Hessen grottenschlecht eingeführt, worunter die Schulen noch heute leiden. Wir wollen die Erfahrungen anderer Bundesländer im Bezug auf Unterrichtsinhalte und -organisation für Hessen nutzen. Eine von oben verordnete generelle Rückkehr zu G9 lehnen wir ab. Ein solches Vorgehen würde dem von uns angestrebten Schulfrieden widersprechen. Wir stehen einer zeitlich flexiblen, modularisierten Gestaltung der Oberstufe mit Interesse gegenüber. Allerdings steht derzeit die Ausarbeitung eines konkreten und detaillierten Umsetzungskonzepts noch am Anfang. Auch müsste ein solches Modell zunächst an einzelnen Schulen erprobt werden. Eine weitere schlecht vorbereitete Reform der Gymnasialzeit wird es mit uns nicht geben.

Länger gemeinsam lernen: die Neue Schule ermöglichen

Wir GRÜNEN wollen längeres gemeinsames Lernen bis zum Ende der Mittelstufe. Wir sind überzeugt, dass damit in der Breite, bei den besonders Begabten und bei Schülerinnen und Schülern mit schulischen Schwierigkeiten bessere Ergebnisse als bislang erzielt werden können. Im Sinne des beschriebenen Schulfriedens werden wir diesen Weg aber nicht von oben verordnen oder einzelnen Schulen vorschreiben. Schulreformen müssen vielmehr von den Schulgemeinden vor Ort ausgehen und von ihnen getragen werden. In den kommenden fünf Jahren wollen wir es der Hälfte der weiterführenden Schulen auf freiwilliger Basis ermöglichen, sich zu Neuen Schulen weiterzuentwickeln. Dieser Weg steht allen bisherigen Gymnasien, Haupt- und Realschulen, kooperativen und integrierten Gesamtschulen offen, ist also nicht auf eine bestimmte Schulform begrenzt. Wir werden die personellen, sachlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, damit Schulen sich zu Neuen Schulen entwickeln können, ohne die Bedingungen für diejenigen Schulen zu verschlechtern, die diesen Weg nicht oder noch nicht gehen wollen. Die Initiative, eine Neue Schule werden zu wollen, liegt bei der Schulgemeinde – den Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern jeder einzelnen Schule – und natürlich beim Schulträger.

Die Neuen Schulen zeichnen sich durch folgende inhaltliche und qualitative Weiterentwicklung des schulischen Angebots aus:

- Alle Abschlüsse an einer Schule – die „Neuen Schulen“ bieten alle Bildungsabschlüsse der Sekundarstufe I und die allgemeine Hochschulreife (als G9 und nicht G8);
- länger gemeinsam lernen – in den „Neuen Schulen“ lernen Schülerinnen und Schüler in der Regel gemeinsam bis Klasse 9 beziehungsweise 10;
- keine Klasse mit mehr als 25 Schülerinnen und Schülern;
- bedarfsgerechtes Ganztagsangebot – gemäß der Ausweitung des Ganztags schulprogramms für alle Schulen;
- individuelle Förderung statt Querversetzung und Sitzenbleiben;
- Vernetzung von Schule, Jugend- und Sozialarbeit.

Ganztagsangebote ausbauen – Schulen als Lern- und Lebensort gestalten

Ganztägige Schulen ermöglichen mehr individuelle Förderung, Qualitätsentwicklung und Kooperation der Lehrkräfte untereinander, eine bessere Zusammenarbeit mit Eltern und Jugendhilfe sowie die verstärkte Öffnung zum schulischen Umfeld. Gerade Kinder aus benachteiligten Schichten profitieren von längeren Schultagen, in denen kindgerechte und effektive Lernrhythmen verwirklicht werden können. Ganztagschulen erleichtern Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und sind mehr als bloße Nachmittagsbetreuung. Bis zum Ende der Legislaturperiode werden wir deutlich mehr Ganztagsangebote an hessischen Schulen einrichten und dabei mit der Bildungs- und Betreuungsgarantie für Grundschulkindern einen besonderen Schwerpunkt auf die Grundschulen legen. Wir wollen erreichen, dass Vereine sowie soziale, kulturelle und interkulturelle Jugendarbeit im Umfeld der Schule stärker mit der Ganztagschule zusammenarbeiten können. Daher wollen wir auch diese außerschulischen Lern- und Freizeitangebote stärken und in ihrer Eigenständigkeit bewahren. Auch streben wir eine bessere Abstimmung zwischen Ganztagschulen und den Trainingszeiten von Sportvereinen an.

Inklusiver Unterricht: Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Wir wollen den inklusiven gemeinsamen Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf von der Ausnahme zur Regel machen. Die notwendigen personellen, sachlichen und baulichen Voraussetzungen müssen den Kindern an die wohnortnahe allgemeine Schule folgen. Heute ist es umgekehrt. Die Schülerinnen und Schüler müssen oft weite Wege zu einer Förderschule zurücklegen. Unser Ziel ist es, dass alle Eltern frei entscheiden können, ob sie ihr Kind an einer wohnortnahen allgemeinen Schule oder an einer Förderschule unterrichten lassen. Das wird nicht von heute auf morgen gelingen. Wir halten ein solches inklusives Schulsystem jedoch bis zum Schuljahr 2020/2021 für realisierbar. Als Zwischenschritte werden wir gesetzlich verankern, dass die Möglichkeiten für eine inklusive Beschulung in jedem Schulträgerbezirk jedes Schuljahrs spürbar besser werden muss. Die unabhängige Beratung von Eltern über den besten Förderweg für ihr Kind wollen wir ausbauen.

Chancen für alle: Schüler mit besonderem Bedarf besser fördern

Häufig führt eine Kombination von schulischen und außerschulischen Problemen dazu, dass Schülerinnen und Schüler ihr jeweiliges Bildungsziel nicht erreichen und unzureichend auf ihren weiteren Lebensweg und den Start in das Berufsleben vorbereitet sind. Oftmals landen diese Schülerinnen und Schüler nach der Schule in Programmen der Jobcenter oder der Bundesagentur für Arbeit, die nachträglich aufwendig versuchen, Qualifizierungsdefizite auszugleichen. Wir streben eine Vereinbarung mit der Bundesagentur für Arbeit an, mit der modellhaft präventive Förderansätze bereits in der allgemeinbildenden Schule erprobt werden, sodass Qualifizierungsdefizite möglichst gar nicht erst entstehen. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendberufshilfe ist anzustreben. Wir werden die Schulen durch die Lehrerzuweisung nach Sozialindex bei der Förderung dieser Schülerinnen und Schüler unterstützen. Wir streben den Erhalt und den Ausbau der Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Beteiligungspaket des Bundes an.

Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund verbessern

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund wollen wir besser unterstützen, indem wir die frühkindliche Bildung ausbauen und verbessern, Eltern in ihrer Erziehungskompetenz stärken und Sprachkompetenz – sowohl in der Herkunftssprache

als auch in Deutsch – systematisch fördern, individuelle Förderung ausbauen und weiter professionalisieren. Für Quereinsteiger mit Migrationshintergrund in das Schulsystem wollen wir die Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache verbessern. Wir werden uns dafür einsetzen, deutlich mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund für unsere Schulen und Kindertagesstätten zu gewinnen. Interkulturelle Kompetenz sowie Fähigkeiten in „sprachlicher Bildung“ muss stärker in der Lehreraus- und -fortbildung sowie bei der Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher verankert werden. Wir werden Schulen unterstützen, die verbreitete Herkunftssprachen (zum Beispiel Türkisch, Russisch) als reguläres Schulfach oder zweite Fremdsprache anbieten wollen.

Islamischer Religionsunterricht

Den islamischen Religionsunterricht werden wir vom Status eines Modellversuchs zu einem Regelangebot ausbauen.

Integrative Hochbegabtenförderung ausweiten

Wir halten die Integration der Hochbegabtenförderung in den Regelunterricht für den richtigen Weg. Ein solcher Ansatz benötigt ein angemessenes pädagogisches Förderkonzept sowie Freiräume und geeignete Rahmenbedingungen, um die Begabungs- und Leistungspotenziale aller Schülerinnen und Schüler entwickeln zu können. Wir werden die Breitenförderung von Hochbegabten ausweiten. In den bestehenden „Gütesiegel-Schulen“ wird Heterogenität bereits als Chance gesehen. Wir unterstützen diese Prozesse, halten wissenschaftliche Begleitung für hilfreich und wollen, dass die Erfahrungen im Sinne von „Best-Practice-Beispielen“ anderen Schulen zugänglich gemacht werden. Die begabungsdagnostische Beratungsstelle BRAIN werden wir stärker unterstützen, um die langen Wartezeiten für Ratsuchende zu verkürzen. Wir wollen die Internatsschule Schloss Hansenberg in eine freie Trägerschaft überführen.

Versuchsschulen als wichtige Impulsgeber

Versuchsschulen leisten im Rahmen ihrer Selbstverantwortung wichtige Beiträge zur Weiterentwicklung des Schulwesens. Ihre organisatorische und pädagogische Gestaltung liefert Impulse für die Förderung des selbsttätigen und selbstverantwortlichen Lernens der Schüler aller Schulformen. Diese Arbeit wollen wir erhalten. Eine Einschränkung auf reine Schulversuche lehnen wir ab.

Fortbildung und das Unterstützungssystem verbessern statt Monsterbehörde Landesschulamt

Die Aufgaben der Lehrerinnen und Lehrer und die an sie gestellten Erwartungen sind in den letzten Jahren stetig gestiegen. Wir werden daher ein leistungsfähiges Unterstützungssystem für unsere Schulen schaffen, um durch Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer sowie Einbeziehung anderer Professionen (zum Beispiel Schulpsychologinnen und -psychologen, Schulsozialarbeit) den Anforderungen an Schule gerecht werden zu können. Konkret werden wir

- die Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung ausbauen und stärker an den tatsächlichen Bedürfnissen orientieren;
- die bisherigen Unterstützungsleistungen der Staatlichen Schulämter und kommunalen Schulträger in kommunalen Bildungsbüros weitgehend zusammenfassen und ausbauen; so erhalten die Schulen Unterstützung und ein Budget aus einer Hand;

- die zentralistische Monsterbehörde Landesschulamt wo nötig und noch möglich rückabwickeln und eine wirkungsvolle, dezentrale Unterstützungsstruktur schaffen.

Kommunale Bildungslandschaften: Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen

Vor Ort werden die Übergänge zwischen Kindertagesstätte, Schule, Ausbildungs- und Arbeitswelt und lebensbegleitendem Lernen organisiert. Vor Ort verschränkt sich Jugend- und Sozialarbeit mit Schule. Vor Ort werden Projekte und innovative Konzepte entworfen wie beispielsweise die 6-jährige Grundschule in Marburg. Vor Ort gestalten die Schulen gemeinsam mit den kommunalen Schulträgern – und haben den guten Willen, dies noch stärker zu tun. Doch unsere Verwaltungsstrukturen hinken dieser Realität hinterher. Die Aufteilung der Aufgaben und Budgets zwischen den Staatlichen und kommunalen Schulämtern wird von den Schulen oftmals als Doppelstruktur mit hohen Reibungsverlusten empfunden. Aus unserer Sicht sollten die Aufgaben und Budgets weitgehend beim kommunalen Schulträger zusammengeführt werden. Die Lehrerversorgung bleibt dabei originäre Aufgabe des Landes und wird nicht kommunalisiert. Nur gemeinsam, vertrauensvoll und partnerschaftlich können Land und Kommune im Interesse der Schülerinnen und Schüler bestmögliche Ergebnisse erzielen. Deswegen wollen wir in einem konstruktiven Dialogprozess eine Vereinbarung über die künftige Aufgaben- und Finanzverteilung zwischen den beiden Ebenen treffen.

Zusammenarbeit mit anderen Ländern und dem Bund: Kooperationsverbot abschaffen

Wir setzen uns für die Abschaffung des Kooperationsverbots zwischen Bundes- und Landesebene in der Bildungspolitik ein. Maßnahmen wie das äußerst erfolgreiche Ganztagschulprogramm der damaligen rot-GRÜNEN Bundesregierung müssen wieder möglich werden. Auch sprechen wir uns für eine stärkere Abstimmung zwischen den Ländern aus. Es hat keinen Sinn, wenn 16 Bundesländern glauben, die Unterrichtsinhalte, die Lehrerausbildung und die Schulstruktur 16 Mal komplett neu erfinden zu müssen.

Schulen in freier Trägerschaft eine solide Grundlage geben

Schulen in freier Trägerschaft können eine Bereicherung der Bildungslandschaft sein und wichtige Impulse für die Schulentwicklung geben. Wir werden ihre Finanzierung auf eine solide Grundlage stellen und dabei die Vorschläge des Runden Tisches zur Neuorganisation der Ersatzschulfinanzierung schrittweise umsetzen. Dabei werden wir auch auf die Einhaltung des sogenannten Sonderungsverbots achten. Die Höhe des Schulgeldes darf nicht dazu führen, dass bestimmte Bevölkerungsteile von vornherein vom Schulbesuch ausgeschlossen sind.

Berufliche Bildung: jedem jungen Menschen eine Berufsausbildung

Wir wollen das duale Ausbildungssystem als tragende Säule der Berufsausbildung beibehalten und die Rolle und Bedeutung der beruflichen Schulen in diesem Kontext weiterentwickeln. Dabei muss die vorrangige Verantwortung der Wirtschaft für die Ausbildung erhalten bleiben. Die beruflichen Schulen haben eine Schlüsselrolle für Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe. Wir wollen ihnen die Möglichkeit geben, sich als eigenverantwortlich handelnde pädagogische Organisationen zu regionalen Kompetenzzentren zu entwickeln. Unabhängig von der Organisationsform der Schule

bleibt die öffentliche Verantwortung für die beruflichen Schulen und deren Finanzierung gewahrt.

Wir wollen, dass jeder junge Mensch in Hessen ein Angebot für eine Berufsausbildung erhält – auch diejenigen, die im dualen System keinen Platz gefunden haben. Keiner soll mehr in dem derzeitigen undurchsichtigen Förderdschungel verloren gehen. Unproduktive Warteschleifen wollen wir künftig vermeiden. Dabei orientieren wir uns an der bereits eingeleiteten Reform des Übergangssystems in Hamburg und Nordrhein-Westfalen sowie an guten Beispielen aus Hessen. Statt des derzeitigen Durcheinanders von vielen Förderprogrammen soll es künftig nur noch zwei mit öffentlichen Mitteln geförderte Grundtypen von Förderangeboten geben: erstens die voll qualifizierende Berufsausbildung für Schülerinnen und Schüler, die keinen Ausbildungsvertrag bekommen haben, zweitens ein Ausbildungsvorbereitungsjahr für Schülerinnen und Schüler, die für die Teilnahme an einer Ausbildung noch zusätzlichen Förderbedarf haben. Ziel einer jeden Förderung ist es, dass die jungen Menschen einen Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf machen. Die in einigen Regionen Hessens bereits sehr erfolgreich arbeitenden Produktionsschulen sollen als eine Möglichkeit des Ausbildungsvorbereitungsjahres verankert werden. Die Neugestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf muss bereits in der Mittelstufe beginnen. Entscheidend ist, dass den Schülerinnen und Schülern dort das Rüstzeug mitgegeben wird, um ein selbstbestimmtes Leben führen und sich in der Berufswelt zurechtfinden zu können. Zusätzlich soll es ab Klasse 7 eine systematische Beratung und Begleitung der Schülerinnen und Schüler geben. Diese Lebens- und Arbeitsweltberatung wird nahtlos an den beruflichen Schulen und der gymnasialen Oberstufe fortgesetzt und unterstützt die jungen Menschen kontinuierlich bis zum Abschluss ihrer Ausbildung oder Studienqualifizierung. Wir setzen uns dafür ein, diese Lebens- und Arbeitsweltberatung organisatorisch in Verantwortung der Landkreise beziehungsweise der kreisfreien Städte zu organisieren, da so eine kontinuierliche Begleitung unabhängig von der jeweils aktuell besuchten Schule beziehungsweise Fördermaßnahme bis zum Abschluss der Berufsausbildung sichergestellt werden kann. Die Neugestaltung des Übergangs Schule-Beruf muss nicht teurer sein als das derzeitige System mit seinen zahlreichen Reibungsverlusten. Entscheidend ist die Zusammenführung der Mittel für die unterschiedlichen Förderprogramme, um so eine Förderung aus einem Guss zu erreichen. Die anstehende neue Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF) ab dem Jahr 2014 soll genutzt werden, um die unterschiedlichen Fördertöpfe von Europäischer Union, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene im Rahmen des hessischen ESF-Programms soweit irgend möglich zu einem gemeinsamen Budget für den Übergangsbereich zusammenzuführen.

Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern verbessern

Das Berufsbild von Lehrerinnen und Lehrern hat sich erheblich gewandelt. Sie sind nicht nur mit anspruchsvollen pädagogischen Aufgaben, sondern auch mit gestiegenen gesellschaftlichen Anforderungen konfrontiert. Daher kommt ihrer Ausbildung großes Gewicht zu, denn sie legt den Grundstein für gute Schulen. Wir wollen, dass angehende Lehrerinnen und Lehrer durch Praxissemester frühzeitig einen Eindruck von ihrer künftigen herausfordernden Tätigkeit bekommen. So können sie besser entscheiden, ob der Lehrerberuf tatsächlich das Richtige für sie ist. Wir nehmen die Kritik an der - von der derzeitigen Landesregierung geplanten - Gestaltung des Praxissemesters ernst. Wir wollen mit den Universitäten, den Studienseminaren und den Schulen ein praxistaugliches Modell entwickeln. Für die Begleitung im Praxissemester und im Referendariat sind die Mentorinnen und Mentoren an den Ausbildungsschulen von entscheidender Bedeutung. Ihre Rolle werden wir stärken und sie entsprechend entlasten. Wir werden im Dialog mit

allen Beteiligten über die künftige Struktur der Lehrerbildung und die unterschiedliche Besoldung beraten. Die Studieninhalte müssen stärker auf die geänderte schulische Wirklichkeit ausgerichtet werden. Besonders der sich abzeichnende Wandel von der Halbtags- zur Ganztagschule, die zunehmenden Anforderungen an die Schule im Bereich der Erziehung und der Vermittlung von Sozialkompetenzen und der inklusive Unterricht machen Veränderungen notwendig. Dazu gehört auch, dass Lehrerinnen und Lehrer statt als Einzelkämpfer stärker in Teams zusammenarbeiten.

Lebensbegleitendes Lernen ermöglichen

Die Bereitschaft und die Möglichkeit, lebenslang zu lernen, und das Schaffen der dafür notwendigen Rahmenbedingungen sind heute wichtiger denn je. Eine gute Schulbildung, eine solide Erstausbildung und die Teilhabe am lebensbegleitenden Lernen bis ins Alter sind sowohl als Eintrittskarten in den Arbeitsmarkt als auch für die persönliche Weiterentwicklung von großer Bedeutung. Wir wollen eine Lernlandschaft für alle Generationen schaffen. Der Vernetzung von Volkshochschulen, freien Trägern, den beruflichen Schulen und den Schulen für Erwachsene kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Hierzu kann eine Weiterentwicklung der Hessencampus-Initiativen zu einer regionalen Bildungskoordination, -information und -beratung beitragen. Die Pluralität der Angebote und die Gebührenfreiheit staatlicher Bildungsabschlüsse sind zu erhalten. Die Möglichkeit, höhere Bildungsabschlüsse parallel zur beruflichen Tätigkeit nachzuholen, muss gestärkt werden. Die Lernenden werden in die Lage versetzt, ihre Bildungsbedarfe zu identifizieren, zu finanzieren und entsprechende Angebote zu finden. Wir sehen auch die Arbeitgeber in der Pflicht, sich verstärkt für die Qualifizierung und Fortbildung ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu engagieren. Eine nutzerfreundliche Informations- und Beratungsinfrastruktur ist die Voraussetzung für die individuell passende Wahl des Qualifikationsangebots. Die Lernangebote müssen auf die individuellen Bildungsbedürfnisse von Unternehmen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abgestimmt werden. Besonders Ältere, Ungelernte und Menschen mit Familienpflichten nehmen Weiterqualifizierungsangebote nur in geringem Maße in Anspruch. Hier gilt es, Anreize zu schaffen, die Rahmenbedingungen zur Nutzung von Fortbildungsangeboten zu verbessern und durch mehr Transparenz und einheitliche Qualitätsstandards Orientierung zu ermöglichen. Dies gilt auch für die von der Arbeitsverwaltung vermittelten Angebote.

Forschung und Hochschule: bessere Qualität, für mehr Studierende, in eigenständigen Hochschulen

Hessen will den Wechsel – hin zu Hochschulen, die sich von der Landesregierung wieder ernst genommen fühlen, in denen in anregender Atmosphäre gelernt, gelehrt und geforscht werden kann und allen Studierenden und Studieninteressierten bestmögliche Lernbedingungen geschaffen werden.

Die Hochschulen sind die Innovationsmotoren der Gesellschaft. Durch ihre Forschung erweitern sie unseren Horizont, machen gesellschaftliche Innovation und neue Produkte vielfach erst möglich. Sie liefern Antworten zur Lösung unserer drängenden sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Zukunftsfragen. Durch die Lehre eröffnen sie jungen Menschen Perspektiven und Aufstiegschancen in Wissenschaft und Arbeitswelt. Wir wollen, dass die hessischen Hochschulen diesen wichtigen Aufgaben für unser Gemeinwesen gerecht werden können. Die Qualität der Hochschulen entscheidet mit über die ökonomische Leistungsfähigkeit, Produktivität und Kreativität sowie die Beschäftigungsquote der gesamten Gesellschaft. Deshalb brauchen wir dringend mehr und besser ausgebildete Hochschulabsolventinnen und -absolventen. Dazu gehört aber auch unbedingt die Freiheit von Lehre und Forschung. Hochschule darf sich nicht in der Erfüllung bürokratischer Vorgaben erschöpfen. Das Ziel unserer Hochschulpolitik liegt darin, Lehrenden und Studierenden Freiräume zu geben, in denen Neues, Innovatives, Unkonformes gedacht und ausprobiert werden kann. Das ist die Grundlage sowohl technischen und ökonomischen Fortschritts wie gesellschaftlicher Reflexion.

15 Jahre Schwarz-Gelb haben dazu geführt, dass der Deutsche Hochschulverband Hessen inzwischen mehrfach zum Land mit der schlechtesten Wissenschaftsministerin Deutschlands erklärt hat. Die Hochschulen fühlen sich von der Landesregierung alleingelassen. Die Hörsäle platzen aus allen Nähten. Es fehlt an bezahlbarem Wohnraum für Studierende. In den kommenden Jahren wird die Zahl der Studierenden weiter steigen und damit die Probleme an den Hochschulstandorten weiter zunehmen. CDU und FDP sind erschöpft und verbraucht. Es ist Zeit für den Wechsel. Wir GRÜNE haben die Inhalte und Konzepte für diesen Wechsel.

Mehr Studienplätze, bessere Unterstützung, bezahlbarer Wohnraum

Die hessischen Hochschulen haben Höchstzahlen bei den Studierenden zu verzeichnen. Der von Bund und Ländern ausgehandelte Hochschulpakt 2020 reicht zur Schaffung neuer Studienplätze bei Weitem nicht aus. Seit Jahren sinken in Hessen die Ausgaben pro Studierendem. Wir GRÜNE wollen die Hochschulen ausreichend ausstatten, damit sie in Zukunft mehr Studierenden zu einer guten Bildung verhelfen können und somit unsere Gesellschaft bereichern.

Ein zentrales Ziel der GRÜNEN für die Hochschulen ist deren Öffnung für mehr Menschen. Bislang gibt es viele formelle und informelle Hürden, die den Zugang zur Hochschule begrenzen. Zu den Hürden gehört auch, dass innerhalb des Studiums zu viele Studierende scheitern. Diese Hürden wollen wir schrittweise abbauen. Dazu gehört

- die Einrichtung 10.000 zusätzlicher Studienplätze für Studienanfängerinnen und -anfänger;
- die Einrichtung zusätzlicher Studienplätze im Masterbereich;
- die Verbesserung der Unterstützungssysteme für Studierende;
- die Angebote des dualen Studiums weiterzuentwickeln;
- der Ausbau von Teilzeitstudiengängen;

- die Verbesserung der Studienberatung und Angebote des Probestudiums;
- der Ausbau der sozialen Infrastruktur an den Hochschulen, insbesondere mehr studentischer Wohnraum, Kinderbetreuung und Beratungsangebote; hierzu wollen wir ein Sofortprogramm zum Ausbau der Wohnheime auflegen und die Studierendenwerke mit günstigen Krediten und adäquaten Laufzeiten stärker unterstützen;
- dass sich die Hochschulen stärker der Familiensituation der Studierenden anpassen, unser Ziel ist die familienfreundliche Hochschule;
- die Verbesserung der Didaktikenkenntnisse als verpflichtendes Element für Hochschuldozenten;
- der Ausbau von E-Learning-Angeboten;
- dass Studiengebühren dauerhaft abgeschafft bleiben.

Demokratie und Autonomie

Wir wollen eine demokratische Organisation der Hochschulen. Daraus folgt für uns eine Stärkung aller durch die Statusgruppen gewählten Gremien und die Reduzierung des Einflusses der Hochschulräte auf eine beratende Funktion. Wir wollen die Studierendenschaft stärken. Die Studierenden sollen selbst stärker an der Entwicklung ihrer Hochschulen mitwirken können. Dazu fehlen bisher die Beteiligungsmöglichkeiten und Mitspracherecht. Die niedrige Wahlbeteiligung bei Wahlen zu den Studierendenparlamenten ist kein Zeichen für fehlendes Interesse sondern Zeichen für eine schwache Rolle der Studierendenparlamente.

Die Autonomie der hessischen Hochschulen werden wir beibehalten. Wir wollen sie weiterentwickeln und dabei bewerten, inwieweit die jetzigen Regelungen tatsächlich den Hochschulen eigene Entscheidungsspielräume gegeben haben. Weiter ausgebaut werden sollte beispielsweise die Bauautonomie der Hochschulen. Autonomie der Hochschulen bedeutet aber für uns nicht eine Fortführung der Laissez-faire-Haltung der Landesregierung. Eine Autonomie der Hochschulen funktioniert nur innerhalb politisch gesetzter Ziele und Leitplanken, die immer wieder neu ausgehandelt werden müssen.

Frauenförderung an den Hochschulen

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die Förderung von Frauen im Wissenschaftsbetrieb. Frauen studieren im Schnitt erfolgreicher als Männer. Dennoch gilt nach wie vor, dass potenzielle Wissenschaftlerinnen nach dem Abschluss des Studiums, spätestens nach der Promotion, aus dem Wissenschaftsbetrieb ausscheiden. GRÜNES Ziel ist die Erhöhung des Frauenanteils, langfristig streben wir eine paritätische Besetzung der Professuren an.

Bolognaprozess – Reform der Reform ist nötig

Den Bolognaprozess bewerten wir grundsätzlich positiv. Allerdings ist er in vielen Punkten falsch oder schlecht umgesetzt. Wir wollen eine Reform, um die eigentlichen Ziele der Bolognaform (Mobilität der Studierenden durch Anschlussfähigkeit und Vergleichbarkeit der Abschlüsse) zu erreichen. Fehlentwicklungen wie überbordender Prüfungsdruck auf die Studierenden, Einschränkung internationaler Mobilität, Einengung akademischer Freiräume, zu hohe Straffung des Studiums mit unrealistischen Regelstudienzeiten und fehlende Masterstudienplätze müssen beseitigt werden. Wir wollen daher einen Runden Tisch zur Bolognaform gemeinsam mit den autonomen Hochschulen einsetzen.

Hochschulfinanzierung – kein Leuchtturm ohne stabiles Fundament

Die hessischen Hochschulen leiden unter einem ruinösen Wettbewerb. Es gibt strukturelle Ungleichgewichte zwischen den Hochschulen. Eine politische Steuerung durch die Landesregierung anhand klarer und transparenter Kriterien und Ziele gibt es derzeit faktisch nicht. Wir wollen in einem gemeinsamen Prozess mit den Hochschulen die Finanzierung der Hochschulen auf eine gerechtere Basis stellen. Prinzip für uns ist dabei eine Rückführung der Erfolgsanteile auf ein verträgliches Maß zugunsten der Grundfinanzierung. Die auskömmliche Finanzierung der Hochschulbildung bedingt einer starken und dauerhaften Mitfinanzierung durch den Bund. Wir streben eine Aufhebung des Kooperationsverbotes an.

Forschung

Die Forschung an den hessischen Hochschulen wurde in der Vergangenheit durch das LOEWE-Programm gefördert. Dieses wollen wir beibehalten, es muss aber in seiner Ausgestaltung evaluiert werden. Für uns gilt das Prinzip „keine Exzellenz ohne Fundament“.

In Hessen gibt es eine Vielzahl von außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die wir weiter unterstützen wollen. Forschung muss sich aber auch vor der Gesellschaft rechtfertigen. Öffentliche Hochschulen müssen den Anspruch haben, bei ihrer Forschung auch aktuelle gesellschaftliche Probleme zu berücksichtigen. Wir setzen uns daher für die Implementierung von Zivilklauseln ein. Dieser Prozess sollte idealerweise – so wie an der TU Darmstadt geschehen – aus der demokratisch strukturierten Hochschule wachsen. Wir wollen diesen Prozess unterstützen und streben eine Verankerung im Hochschulgesetz an.

Eine Folge des Bolognaprozesses ist auch die formale Gleichstellung der Abschlüsse der Fachhochschulen und Universitäten. Durch geänderte gesetzliche Rahmenbedingungen und Urteile des Bundesverfassungsgerichts wurde zudem der Forschungsauftrag der Fachhochschulen in den vergangenen Jahren gestärkt. Die Fachhochschulen leisten hervorragende Arbeit beim Wissenstransfer zwischen Forschung und Wirtschaft. Dieser gestiegenen Verantwortung ist die Politik jedoch nicht gerecht geworden. Wir wollen die Forschung an den Fachhochschulen stärken. Insbesondere wollen wir ein Promotionskolleg der forschungsstarken Fachbereiche der Fachhochschulen einrichten, da das Konzept der kooperativen Promotion von Fachhochschulen und Universitäten gescheitert ist.

Modernisierung der Hochschulbauten

Ein großes Problem für die hessischen Hochschulen sind immer noch nicht ausreichende räumliche Kapazitäten beziehungsweise eine schlechte Bausubstanz. Die Einrichtungen des Landes im Bereich Hochschulen machen dabei die Hälfte des Energiebedarfs der hessischen Landesverwaltung aus. Unser Ziel ist es daher, das HEUREKA-Programm zum Hochschulbau weiterzuführen, dabei aber verstärkt die Sanierung der Hochschulbauten hin zu einem vertretbaren Energieaufwand in den Fokus zu stellen.

Faire Arbeitsbedingungen auch an den Hochschulen

Ein weiteres Problem an den hessischen Hochschulen sehen wir in der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Für uns gilt, Dauerarbeit muss in Dauerstellen geleistet werden. Qualifikationsstellen müssen so ausgestaltet sein, dass sich die Inhaberinnen und

Inhaber wirklich qualifizieren können. Die Hochschulen dürfen nicht wie bisher mit steigenden Personalkosten in Folge von Tariferhöhungen allein gelassen werden. Darüber hinaus müssen auch junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in sicheren Arbeitsverhältnissen arbeiten können. Daher wollen wir den Hochschulen durch eine Verstetigung der Mittelzuwendungen ermöglichen, die Praxis der Ketten- und Kurzzeitbefristungen zu beenden. Die Befristung von Qualifikationsstellen ist richtig, da sie jeder Generation von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Chancen sichert.

Innen und Recht: Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt – anständig regieren

Hessen will den Wechsel – hin zu einer Politik des Miteinanders, in der sich Bürgerinnen und Bürger mit der Politik auf Augenhöhe treffen und der Staat offen mit Informationen umgeht.

Demokratie lebt von Beteiligung und transparentem Handeln. Wir stehen für einen starken Dialog und eine gute Partnerschaft mit den Bürgerinnen und Bürgern. Modernes, anständiges Regieren lebt vom Vertrauen der Menschen in die Politik. Durch mehr Bürgerbeteiligung, transparente Informationen und nachvollziehbare Entscheidungen wollen wir verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen. Demokratie lebt von Freiheit und benötigt Sicherheit. Wir stehen für eine Innenpolitik, die Bürgerrechte stärkt und wirksam schützt. Wir werden zu einem fairen Umgang mit den Beschäftigten des Landes zurückkehren. Ohne motivierte und wertgeschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung nicht gelingen.

15 Jahre schwarz-gelbe Politik haben Hessen zur Beute von CDU und FDP werden lassen. Hemmungslos werden die eigenen Parteifreunde unangemessen befördert. Ein Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern findet nicht statt. Wirtschaftsinteressen stehen über dem Schutzbedürfnis der Menschen. Großprojekte werden rücksichtslos durchgepeitscht. Informationen werden zu elitärem Herrschaftswissen gemacht und sind Verschlussache. CDU und FDP sind erschöpft und verbraucht. Es ist Zeit für den Wechsel. Wir GRÜNE haben die Inhalte und Konzepte für diesen Wechsel.

Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger

Die Zeit des Durchregierens und der Politik von oben ist zu Ende. Politik wird nicht gestört, sondern bereichert, wenn sich Bürgerinnen und Bürger einmischen. Wir geben allen die Möglichkeit, sich frühzeitig zu beteiligen. Wir stehen für eine neue politische Kultur und werden im Dialog regieren. Wir stehen für eine Politik des Gehörtwerdens. Die repräsentative parlamentarische Demokratie auf Landes- und kommunaler Ebene bedarf der Ergänzung durch mehr Elemente direkter Demokratie. Wir wollen das Quorum für die Einleitung eines Volksbegehrens auf 1 Prozent der Stimmberechtigten und für die Durchführung auf höchstens 10 Prozent absenken. Die Zeit für die Werbung von Unterstützerinnen und Unterstützern wollen wir verlängern und die Unterschriftensammlung wesentlich erleichtern.

Kinder- und Jugendrechte verwirklichen

Den Interessen von Kindern und Jugendlichen muss mehr Gehör verschafft werden. Mit ihnen gemeinsam werden wir eine „Hessische Kindercharta“ entwickeln, die Rechte und Ansprüche von Kindern an die Landespolitik enthält.

Kinder- und Jugendparlamente sind wichtige Formen demokratischer Beteiligung. Sie sollen von den Schülerinnen und Schülern gewählt, ihre Entscheidungsbefugnisse müssen erhöht und ihnen sollen eigenverantwortliche Budgets und Antragsrechte in den jeweiligen Körperschaften gewährt werden. Wir brauchen neben den strukturellen Jugendparlamenten auch niedrigschwellige Formen der Jugendbeteiligung. Deshalb möchten wir sowohl projektbezogene Arbeitsgruppen, sogenannte Jugendforen, als auch Jugendhearings fördern.

Um Jugendlichen bei der Bildungspolitik Mitspracherecht zu verschaffen müssen Parlamente in ihrer Zusammensetzung die Gesellschaft widerspiegeln und Jugendliche an die Wahrnehmung ihrer demokratischen Mitverantwortung heranführen. Darum wollen wir das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre absenken und im Rahmen einer Verfassungsreform einen erneuten Volksentscheid zur Absenkung des passiven Wahlalters für den Landtag auf 18 Jahre vorbereiten.

Zudem setzen wir uns dafür ein, dass ein Medienprogramm eingerichtet wird, das von und speziell für Kinder und Jugendliche Themen der Hessischen Politik aufbereitet und altersgerecht vermittelt und die gleichzeitig als Plattform und Sprachrohr für die Wünsche und Forderungen von Kindern und Jugendlichen fungiert.

Bürgerschaftliches Engagement stärken

Einen besonderen Stellenwert hat für uns auch bürgerschaftliches Engagement. Bürgerschaftliches Engagement ist gesellschaftlicher Lernort und schafft politische wie soziale Integration. Es bereichert die Gesellschaft. Wir wollen die aktive Bürgergesellschaft deshalb fördern, weiterentwickeln und ihre Strukturen stärken. Elementar ist, dass der Kern des bürgerschaftlichen Engagements gewahrt wird: die Sinnhaftigkeit des Engagements, die Mitgestaltungsmöglichkeiten, die Freiwilligkeit, der Spielraum für neue Erfahrungen, die Qualifizierung durch und für das Engagement und die Anerkennung für die erbrachten Leistungen.

Schwule und Lesben: Sexuelle Vielfalt anerkennen und gleichstellen

Wir werden dafür sorgen, dass lesbische, schwule, bi-, trans- oder intersexuelle Menschen in Hessen willkommen sind. Die vollständige Anpassung des Landesrechts an das Lebenspartnerschaftsgesetz haben wir endlich erstritten. Jetzt rücken vor allem Maßnahmen in den Vordergrund, die nicht in erster Linie Rechtsangleichungen vornehmen, sondern die zivilgesellschaftlichen Kräfte stärken. Wir werden einen „Aktionsplan gegen Homophobie und für die Akzeptanz sexueller Vielfalt“ vorlegen. Dieser umfasst unter anderem Maßnahmen zur Unterstützung Jugendlicher und junger Erwachsener in Schule, Ausbildung und Studium während der schwierigen Phase des Coming-out, die angemessene Darstellung von sexueller Orientierung und queeren Lebensweisen in den hessischen Lehrplänen sowie die Stärkung der Programme zur Bekämpfung von Homophobie an Schulen und der Angebote im ländlichen Raum. Das bisherige Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweisen im Sozialministerium wird zu einer Landes-Koordinationsstelle für die Belange von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen weiterentwickelt und mit den anderen Gleichstellungsstellen des Landes eng verzahnt. Das Land Hessen wird der „Koalition gegen Diskriminierung“ beitreten und eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Schicksale der Opfer des § 175 in Hessen sowie die Geschichte lesbischer Lebensweisen veranlassen, begleiten sowie ihre Ergebnisse in angemessener Weise dokumentieren. Bundespolitisch wird sich eine Landesregierung unter unserer Beteiligung für die vollständige Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe (insbesondere im Einkommensteuer- und Adoptionsrecht), die Öffnung der Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare, um so auch Regenbogenfamilien endlich Rechtssicherheit zu gewähren sowie die Aufnahme des Kriteriums sexuelle Orientierung in Artikel 3 Grundgesetz einsetzen.

Hessen gegen Rechtsextremismus

Die Mordserie des rechtsterroristischen NSU hat gezeigt, dass es immer noch Menschen gibt, die weder vor Sprengstoffanschlägen noch vor Morden zurückschrecken, um ihr menschenverachtendes Weltbild durchzusetzen. Es waren nicht nur die Täterinnen und Täter, die gefährlich waren, sondern auch das Umfeld, von dem sie unterstützt wurden, und ihre rechtsextreme Ideologie, die gefährlich sind. Wir treten entschlossen gegen jede Form des Rechtsextremismus ein. Auch die von einzelnen konservativen Politikerinnen und Politikern regelmäßig praktizierte Anbiederung an den rechten Rand ist ein gefährlicher Irrweg und ebnet den Rechten den Weg. Die bereits erfolgreich laufenden Projekte gegen Rechtsextremismus werden wir fortführen und verstärkt zivilgesellschaftliche Projekte aus Bereichen der Pädagogik, Beratung und Aufklärung fördern. Gerade im Bereich der Prävention besteht für Hessen Ausbaubedarf. Neben der bewährten Arbeit des Beratungsnetzwerks braucht es dauerhaft angelegte Präventionsarbeit, die durch ein eigenes Landesprogramm „Demokratische Kultur“ abgesichert wird. Wir werden weiter mit vielen anderen engagierten Bürgerinnen und Bürgern für die Werte unserer freien, demokratischen und pluralistischen Gesellschaft kämpfen. Wesentliche Voraussetzungen für ihren Erhalt sind Aufrichtigkeit und Transparenz in der Politik und die echte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen. Der beste Schutz gegen braune Propaganda ist politische Bildung. Fremdenfeindlichkeit und antidemokratische Einstellungen finden sich bedauerlicherweise in allen Altersgruppen und Schichten der Gesellschaft. Die Stärkung der demokratischen Kultur ist daher fundamentaler Bestandteil des Kampfes gegen Rechtsextremismus.

Moderne Informationsgesellschaft und Datenschutz gehören zusammen

Ausufernde Datensammlungen durch Wirtschaft und Staat gefährden die informationelle Selbstbestimmung. Wir setzen uns dafür ein, dass Bürgerinnen und Bürger die Kontrolle über ihre persönlichen Daten behalten.

Für uns gilt: Deine Daten gehören dir! Wachsende technische Möglichkeiten für die Sammlung, Speicherung und Verarbeitung von Daten erfordern einen verstärkten und wirksamen Datenschutz. Längst hinkt der Datenschutz der technischen Entwicklung hinterher. Die fortschreitende Digitalisierung aller Lebensbereiche erfordert einen global wirksamen digitalen Grundrechtsschutz. Persönliche Daten dürfen nur mit ausdrücklicher Einwilligung weiter gegeben und die Zweckbindung muss eingehalten werden. Außerdem wollen wir den Hessischen Datenschutzbeauftragten auch zum Beauftragten für die Informationsfreiheit bestellen, wie dies schon im Bund und in anderen Bundesländern der Fall ist.

Ein Informationsfreiheitsgesetz für Hessen

Wir wollen endlich auch in Hessen ein umfassendes Informationsfreiheitsgesetz schaffen. Mit uns entsteht ein allgemeiner Anspruch auf Informationszugang der Bürgerinnen und Bürger gegenüber öffentlichen Stellen des Landes und der Kommunen und damit eine größere Transparenz öffentlichen Handelns.

Lobbyismus braucht Kontrolle

Damit unser Bundesland seinen Aufgaben nachkommen kann, ist es auf intakte Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Rechtsinstitutionen angewiesen. Diese müssen transparent sein und vorhandene Informationen grundsätzlich offenlegen. Die Grenzen zwischen Lobbyismus, Politik und Verwaltung müssen zu jeder Zeit eindeutig erkennbar sein. Zur Steigerung der Transparenz wird ein Lobbyregister angelegt, in dem alle

Interessenvertreter aufgeführt werden, die regelmäßig mit den Landtagsabgeordneten und der Landesregierung im Gespräch sind. Alle Nebeneinkünfte der Abgeordneten des Hessischen Landtags sowie die der hessischen Ministerinnen und Minister, Staatssekretärinnen und -sekretäre sind für die Bürgerinnen und Bürger transparent darzustellen. So werden eventuelle Abhängigkeitsverhältnisse der Mandatsträgerinnen und -träger jenseits des Wählerauftrags sichtbar. Regierungsmitglieder sollten nach dem Ausscheiden aus dem Amt nicht direkt in Wirtschaftsunternehmen und Organisationen wechseln, mit denen sie in ihrem bisherigen Amt intensiven Kontakt hatten. Zu groß ist die Gefahr der Interessenvermischung. Dem wollen wir mit einer Karenzzeit vorbeugen.

Sicherheit und Freiheit in Balance

Für die Stabilität jeder Demokratie sind Freiheit und Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger von zentraler Bedeutung. Diese zu gewährleisten gehört zu den zentralen Aufgaben des Staats. Absolute Sicherheit kann es aber nicht geben. Deshalb darf Sicherheit nicht zulasten der offenen, freien und demokratischen Gesellschaft gehen. Sicherheit lässt sich vor allem nicht durch den Abbau fundamentaler Freiheitsrechte erreichen. Die Balance von Freiheit und Sicherheit muss gewährleistet sein, deshalb lehnen wir GRÜNE unverhältnismäßige Eingriffsbefugnisse der Sicherheitsbehörden ab. Sicherheit umfasst auch präventive Maßnahmen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Armut, sozialer Ungleichheit und Perspektivlosigkeit. Gute Sozialpolitik ist die wirksamste Kriminalprävention. Die Polizei benötigt eine gute und rechtsstaatliche Führungskultur. Diese ist derzeit nicht ausreichend gegeben, wie etwa der Untersuchungsausschuss zur Polizeicheffaffäre dokumentiert hat.

Bei Ausbildung und der Nachwuchsförderung muss die Polizei die besten jungen Kräfte anwerben können. Dazu müssen Ausbildungs- und Karrierewege attraktiv gestaltet sein. Beamtinnen und Beamte mit Migrationshintergrund sind im hessischen Polizeidienst – aber auch in der Landesverwaltung insgesamt – unterrepräsentiert. Wir werben dafür, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund für eine Tätigkeit beim Land Hessen entscheiden.

Wir wollen die Bürgernähe der Polizei fördern. Qualifizierte Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte müssen auch außerhalb der Reviere als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in Nachbarschaften bereitstehen. Der freiwillige Polizeidienst in der bisherigen Form wird nicht fortgeführt. Polizeiarbeit ist eine Arbeit für Profis. Wir werden den freiwilligen Polizeidienst zu einem Präventionsdienst weiterentwickeln.

Polizeibeauftragte/r des Landtags

Die Polizei muss ein klar rechtsstaatliches Profil haben, um ihrer Verantwortung dem Staat und den Einwohnern gegenüber gerecht zu werden. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Polizei ist ein hohes Gut, zugleich haben Polizistinnen und Polizisten Schutz vor Diffamierung verdient. Bei Vorwürfen unrechtmäßiger Polizeiarbeit haben alle Beteiligten ein Interesse an rückhaltloser Aufklärung. Den einzelnen Polizistinnen und Polizisten muss eine unabhängige Ansprechpartnerin oder ein unabhängiger Ansprechpartner zur Verfügung stehen, an die sie sich bei Missständen wenden können.

Deshalb wollen wir die Position einer/eines Polizeibeauftragten beim Landtag einrichten. Sie oder er wird Opfer von Polizeiübergriffen über ihre Möglichkeiten informieren, beraten und gegebenenfalls bei weiteren Schritten unterstützen, kann zugleich aber dazu beitragen, ungerechtfertigte Anwürfe frühzeitig auszuräumen. Zudem soll die oder der

Polizeibeauftragte Bericht an den Landtag erstatten, Ausschüsse beraten und Gutachten sowie Stellungnahmen zu relevanten Gesetzen abgeben können. Den jahrzehntelangen Streit um verpflichtende Namensschilder für Polizistinnen und Polizisten wollen wir endlich lösen. Die Beamtinnen und Beamten sollen wählen dürfen, ob sie ein Namensschild oder eine individuelle Nummer tragen.

Verfassungsschutz: Kontrolle und Reform

Das Versagen der Sicherheitsbehörden und der Geheimdienste bei den Morden des rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) hat unsere Gesellschaft tief getroffen. Wir sind es den Opfern und den Hinterbliebenen schuldig, endlich alle Hintergründe aufzuklären und aus diesem Versagen die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Wir sprechen uns aus gegen jede Form von politisch oder ideologisch motivierter Gewalt.

Schon seit längerem ist klar: Der Verfassungsschutz muss grundlegend reformiert werden. Dies muss bereits bei der Ausbildung der Beamtinnen und Beamten beginnen. Wir brauchen eine spezielle Ausbildung für Verfassungsschützerinnen und -schützer. Analysefähigkeit und spezifische, berufsbedingte Qualifikationen sind zentrale Aspekte, die zu verbessern sind. Der Einsatz von V-Leuten muss klar reglementiert und kontrollierbar werden. Die föderale Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes muss gestärkt werden. Unzureichende Kommunikation und eine schlechte Vernetzung der verschiedenen Verfassungsschutzämter sind mit dafür verantwortlich, dass der NSU so lange unentdeckt blieb. Wir werden prüfen, ob gegebenenfalls Verfassungsschutzämter durch Staatsverträge zusammengelegt werden sollen.

Die Verfassungsschutzreform betrifft auch die Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle: Sie muss erheblich verbessert werden, etwa durch Akteneinsichtsrechte, den Anspruch auf Herausgabe von Akten und Dateien, durch die Möglichkeit, Mitarbeiter direkt zu befragen oder auch durch Zutrittsrechte zum Landesamt für Verfassungsschutz.

Leistungsstarke und moderne Justiz

Ein funktionierender Rechtsstaat ist ein hohes demokratisches Gut. Wir treten dafür ein, dass die hessische Justiz auf hohem Niveau eine effektive Rechtsprechung als bürgernahe Dienstleistung bietet. Die Justiz soll den Rechtsfrieden durch qualitativ hochwertige und zeitnahe Entscheidungen sichern. Hierfür braucht sie in ausreichendem Maße Personal. Die außergerichtliche Streitschlichtung und das Institut der gerichtsnahen Mediation bieten zusätzliche Möglichkeiten der Konfliktbewältigung. Wir wollen beides fördern.

Im Jugendvollzug muss die Erziehung der Jugendlichen im Vordergrund stehen. Außenkontakte zu Angehörigen und Bezugspersonen müssen erleichtert werden. Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sind entscheidend für eine erfolgreiche Resozialisierung im Jugendstrafvollzug. Der Jugendarrest muss mehr sein als bloßes Wegsperrern.

Hessen als Arbeitgeber

Das Land ist mit fast 150.000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber in Hessen. Wir sehen uns in einer besonderen Verantwortung, den hessischen Tarifbeschäftigten sowie den Beamtinnen und Beamten ein vorbildlicher Arbeitgeber zu sein. Der öffentliche Dienst wird sich zukünftig verstärkt in Konkurrenz zur Privatwirtschaft um qualifizierte Arbeitnehme-

rinnen und Arbeitnehmer bemühen müssen. Damit das Land Hessen auch künftig seine Attraktivität als Arbeitgeber behält, wollen wir den Beschäftigten weiterhin Vorteile bieten, die in vielen privaten Unternehmen so nicht üblich sind. Dazu gehört die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, anpassungsfähige Freistellungsregelungen oder flexible Teilzeitbeschäftigung. Das größte Pfund ist aber die hohe Arbeitsplatzsicherheit, die so von anderen Arbeitgebern nicht garantiert werden kann.

Wir wollen nicht gerechtfertigte Unterschiede zwischen Beamtinnen und Beamten auf der einen und Angestellten auf der anderen Seite abbauen. Die Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten in der Landesverwaltung wollen wir schrittweise reduzieren und an die Arbeitszeit der Angestellten anpassen. Konkret bedeutet das eine Reduzierung der Beamtenarbeitszeit auf eine 40-Stunden-Woche. Unser Ziel ist die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), um die tarifpolitische „Kleinstaaterei“ zu beenden. Wir streben an, Rückstellungen von Pensionen und Versorgungsansprüchen in voller Höhe in den Landeshaushalt einfließen zu lassen und somit nicht auf zukünftige Generationen zu verlagern.

Hessens Kommunen als Motor der gesellschaftlichen und ökologischen Erneuerung

Wir wollen die kommunalen Finanzen ins Lot bringen und so kommunale Selbstverwaltung in vielen Fällen überhaupt erst wieder ermöglichen. Wir treten für eine faire Reform des kommunalen Finanzausgleichs ein, die die Ballungsräume ebenso im Blick hat wie den ländlichen Raum. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommunen über genügend Einnahmen verfügen, um die ihnen übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Deshalb wollen wir auch eine qualifizierte Abschätzung der finanziellen Folgen neuer Gesetze für die Kommunen grundsätzlich durchführen. Die demokratische Steuerung und Kontrolle von kommunalen Unternehmen mit privatrechtlicher Organisationsform wollen wir stärken. Um die Wirtschaftsführung in diesen kommunalen Gesellschaften transparenter zu gestalten, sollen die Vergütungen aller Mitglieder der Gesellschaftsorgane künftig veröffentlicht werden.

Wir wollen bei der Nutzung des Internets die Kommunen stärken, um dort die wichtigsten Informationen für die Bürgerinnen und Bürger bereit zu stellen, und z.B. auch bei kommunalen Unternehmen größtmögliche Transparenz herzustellen.

Bürgerbeteiligung und demokratische Teilhabemöglichkeiten werden wir auch auf kommunaler Ebene ausbauen. Die Zustimmungsquoren beim Bürgerentscheid wollen wir je nach Größe der Kommune staffeln, sodass sie die Bürgerbeteiligung fördern und nicht verhindern. Mit dem Einwohnerantrag, einem kommunalen Petitionsrecht und mehr Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten im Internet fördern wir Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den kommunalen Parlamenten.

Wir verstehen die Kommunen als Motor der Energiewende und des Klimaschutzes. Deshalb wollen wir die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen endlich ohne Einschränkung für den Energiebereich öffnen. Neben der Energieversorgung müssen auch im Bereich der Breitbandtelekommunikation die starren Vorgaben gelockert werden.

Wir müssen Hessens Städte und Gemeinden dabei unterstützen, den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu erhalten, damit der demografische Wandel, die Förderung von Kindern und Jugendlichen und die Integration als kommunale Aufgabe erfolgreich gestaltet werden können.

Effiziente bürgernahe Verwaltung aufbauen

Handlungsfähige Regionen brauchen eine moderne Verwaltungsstruktur. Die Vielzahl der staatlichen Ebenen machen den Aufbau viel zu kompliziert. Das schadet gleichermaßen der Bürgernähe wie dem Wirtschaftsstandort Hessen. Daher werden wir Aufgaben kritisch überprüfen, Doppelstrukturen zum Beispiel zwischen Regierungspräsidien und Kommunen und Sonderverwaltungen abschaffen und für klare und übersichtliche Verwaltungsstrukturen sorgen. Die Landesverwaltung muss sich stärker als bisher als Partner der Kommunen verstehen und in den Regionen für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung sorgen.

In diesem Zusammenhang sind insbesondere die Zuständigkeiten der Regierungspräsidien zu überprüfen und ggf. zu verlagern. Die Ebene der Regierungspräsidien soll einer stärkeren parlamentarischen Kontrolle durch den Landtag unterzogen werden, indem ein Landtagsausschuss sich mit regionalentwicklungspolitischen Fragen in den Regionen Hessens und der Verwendung von Fördermitteln für die Regionalentwicklung beschäftigt. Die Privilegien und Aufgaben der Sonderstatusstädte werden wir überprüfen.

Die neue Landesregierung wird die kommunale Zusammenarbeit und den Zusammenschluss von kommunalen Gebietskörperschaften aktiv fördern. Im Rhein-Main-Gebiet gilt es, durch geeignete Gebietsreformen finanzielle Schief lagen der Kommunen auszugleichen. Da regionale Zusammenhänge auch über Landesgrenzen hinausreichen, werden wir im Rhein-Main-Gebiet, in Mittel- und Nordhessen die Kooperation mit unseren Nachbarn verstärken.

Die bereits existierende länderübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Region Rhein-Neckar wollen wir durch geeignete Vertretungsstrukturen stärken und demokratisieren.

Förderung des Sports für eine bewegte Gesellschaft

Wir wollen bessere Rahmenbedingungen für Breiten- und Spitzensport. Sie dienen der Integration und stärken die Gesundheitsprävention. Wir brauchen mehr Sportgelegenheiten für eine bewegungsfreundliche Umwelt. Dabei wollen wir die Prinzipien von Ökologie, Nachhaltigkeit und der demografischen Entwicklung beachten. Miteinander gewinnen und verlieren können und in Gemeinschaft Sport treiben sind wichtige Erfahrungen in allen Altersgruppen, die die Zivilgesellschaft und das bürgerliche Engagement festigen. Ehrenamtliches Engagement im Sport wollen wir fördern. Gerade angesichts der vielen Menschen, die sich ehrenamtlich für den Sport engagieren, wollen wir einen „sauberen“, dopingfreien und fairen Spitzensport.

Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr: ein sozial-ökologischer Aufbruch für Hessen

Hessen will den Wechsel – hin zu einer Wirtschaftspolitik, die sich stärker an den realen Bedürfnissen der Menschen ausrichtet und hin zu einer Verkehrspolitik, die das Klima schont, die verschiedenen Verkehrssysteme vereint und unnötigen Verkehr vermeidet.

Wirtschaft und Verkehr sind für die Menschen da. Wir wollen die hessische Wirtschaft wieder stärker an den Bedürfnissen der Menschen orientieren und mit dem Umweltschutz in Einklang bringen. So bleibt Hessen ein wirtschaftlich starkes Bundesland, das sich den Prinzipien der Nachhaltigkeit verpflichtet. Die Kraft der Ballungszentren wollen wir erhalten, den ländlichen Raum weiterentwickeln. Wir werden in Hessen die Verkehrswende in Angriff nehmen. Wir wollen Verkehr vermeiden, auf ökologische Transportmittel verlagern und den Lärmschutz verbessern.

15 Jahre schwarz-gelbe Politik haben Hessens Wirtschaft zurückfallen lassen. Im Vergleich mit unseren Nachbarbundesländern Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz profitiert Hessen am geringsten von der wirtschaftlichen Entwicklung. Den gesellschaftlichen Wandel in der Informationstechnologie hat Schwarz-Gelb verschlafen und setzt stattdessen auf Rezepte aus dem vorigen Jahrhundert. Verkehrspolitik bedeutet für CDU und FDP Beton. Investitionen in die Infrastruktur der Zukunft fehlen bis heute. CDU und FDP sind erschöpft und verbraucht. Es ist Zeit für den Wechsel. Wir GRÜNE haben die Inhalte und Konzepte für diesen Wechsel.

GRÜNE Wirtschaftspolitik

GRÜNE Wirtschaftspolitik erzeugt Wertschöpfung im eigentlichen Sinne, statt sich ausschließlich am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zu orientieren. Die traditionell starken hessischen Branchen wie den Finanzsektor oder die Chemie- und Pharmaindustrie unterstützen wir bei den notwendigen Umstrukturierungen, damit sie ihre Wettbewerbsfähigkeit langfristig erhalten können. Daneben sollen Zukunftsbranchen wie die Gesundheitswirtschaft, die Kreativwirtschaft oder die Informationstechnologie verstärkt gefördert werden. Wir wollen Unternehmen bestmögliche Rahmenbedingungen verschaffen, um sich die neuen Märkte der Ressourceneffizienz und der erneuerbaren Energien erschließen zu können.

Fachkräfte – Hessen besticht durch Qualität

Hessens wirtschaftliche Entwicklung wird entscheidend von seinen gut ausgebildeten Fachkräften bestimmt. Nötig sind Investitionen in den Bildungsstandort. Frauenförderung ist ein Erfolgsfaktor jeder betrieblichen Personalpolitik. Zuwanderung und Vielfalt werden die Unternehmenskulturen hessischer Unternehmen prägen und dynamisch weiterentwickeln. In der Kinderbetreuung, dem Gesundheitswesen, bei den Serviceleistungen für ältere und pflegebedürftige Menschen und in weiteren Bereichen kann die wachsende Nachfrage nur durch ein größeres lokales und regionales Angebot befriedigt werden.

GRÜNE Industriepolitik: Leitbild im 21. Jahrhundert

Umwelttechnik ist die Leitindustrie des 21. Jahrhunderts. So gehört zum Beispiel Hessens Industrie zu den Treibern des weltweiten Strukturwandels hin zu mehr Energie- und Materialeffizienz. Wir werden optimale Bedingungen für Unternehmen schaffen, die

Ressourceneffizienz und Leistungsfähigkeit verbinden. Wir wollen in Hessen für qualitatives Wachstum sorgen – im Export, bei der Wertschöpfung und den Arbeitsplätzen.

Wir bekennen uns ausdrücklich zum Chemiestandort Hessen. Knapp 60.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in Chemie- und Pharmaunternehmen. Sie helfen dabei, Gebäude zu dämmen, Solarstrom zu erzeugen, saubere Autos zu bauen und die Abhängigkeit von Mineralöl zu reduzieren. Konfliktfelder zwischen GRÜNEN und Chemieindustrie bestehen weiterhin, zum Beispiel bei den Zulassungsverfahren für neue Chemikalien oder Arzneistoffe, der Energiepolitik oder der Agrogentechnik. Die chemische Industrie muss besonders darauf achten, dass Anwohnerinnen und Anwohner in der Nähe ihrer Produktionsanlagen nicht beeinträchtigt werden. Wir werden dennoch eine verlässliche Partnerin der traditionell starken hessischen Chemie sein und sie bei den notwendigen Entwicklungsprozessen unterstützen.

Opel und VW sowie ihre zahlreichen mittelständischen Zulieferfirmen sind bedeutende industrielle Arbeitgeber in Hessen. Wir wollen diese Arbeitsplätze erhalten und die Automobilindustrie gemeinsam mit den Herstellern zukunftsfähig ausrichten. Es reicht jedoch nicht aus, den Verbrennungsmotor gegen einen Elektromotor auszutauschen: Die Industrie muss zu einer Senkung des Energieverbrauchs im gesamten Verkehrssektor und zu intelligenten Mobilitätskonzepten beitragen, die alle Verkehrsmittel verknüpfen.

Handwerk hat GRÜNEN Boden

Mit GRÜNEN Ideen schwarze Zahlen schreiben – das gilt ganz besonders für das Handwerk in Zeiten der Energiewende. Von der Förderung der erneuerbaren Energien, von der Wärmedämmung bei Gebäuden, vom Einsatz von Energiespartetechnologien in Privathaushalten und im Gewerbe profitieren Handwerksbetriebe in besonderem Maße. Das schafft Wertschöpfung in der Region und damit Arbeitsplätze und macht uns unabhängiger von teuren und zunehmend unsicheren Rohstoffimporten. Das Potenzial ist bei Weitem noch nicht ausgeschöpft: Die energetische Sanierung von Altbauten, Austausch alter Heizungen gegen neue und sparsame, der Bau von Nahwärmenetzen und viele andere Maßnahmen schaffen für viele Jahre Perspektiven für das Handwerk. Allerdings müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Dafür werden wir mit der konsequenten Förderung von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung sorgen. Wir wollen ein Zertifizierungssystem für Qualifizierung von Handwerkern in Energieberatung auf den Weg bringen, damit Verbraucherinnen und Verbraucher wissen, an wen sie sich vertrauensvoll wenden können.

Kreativwirtschaft: Chance für Hessen

Hessen ist geprägt durch einen Mix von Kultur, Weltoffenheit, Wissenschaft und Wirtschaft. Das ist eine große Chance. Bereits jetzt arbeiten in der hessischen Kultur- und Kreativwirtschaft rund 110.000 Menschen. Wir werden kreative Vielfalt gezielter, flexibler und unbürokratischer unterstützen. Hessen braucht eine Stabsstelle Kreativwirtschaft in der Landesregierung und eine gezielte Förderung neuer Unternehmen und junger Kreativer.

Finanzplatz Frankfurt

Die Finanzwirtschaft ist nicht nur ein wichtiger Standortfaktor für Hessen, sondern ein wesentlicher Dienstleister für die deutsche, europäische und internationale Wirtschaft. Die Stärkung des Finanzplatzes Frankfurt muss sich auf seine qualitative Leistungsfähigkeit

fokussieren. Es ist der falsche Weg, Attraktivität durch geringe Regulierungsstandards gewinnen zu wollen. Wir wollen einen funktionierenden und nachhaltig strukturierten Finanzmarkt. Der hohe Investitionsbedarf des sozial-ökologischen Strukturwandels und der Energiewende bedarf solider und innovativer Finanzinstitutionen. Wir setzen uns deshalb für den Aufbau eines Green-Finance-Clusters am Finanzplatz Frankfurt ein. Notwendig ist eine strategische Allianz der öffentlichen Hand, der Sparkassen, Genossenschafts- und Investmentbanken, der Deutschen Börse, der öffentlichen Kreditinstitutionen, Förderbanken, Investoren, Privatanleger und der Unternehmen in GRÜNEN Leitindustrien.

GRÜNE Marktwirtschaft braucht Gründerinnen und Gründer

Die unternehmerische Umsetzung neuer Ideen ist ein wichtiger Schritt hin zu einer GRÜNEN Marktwirtschaft. Durch Unternehmensgründungen können neue Märkte entstehen, neue Unternehmen befördern den Wettbewerb und damit Innovationen. Wir wollen den Zugang zu Förderkrediten und zur Arbeitskräftequalifizierung vereinfachen und Netzwerke zwischen Schulen, Hochschulen und Unternehmen unterstützen. Regionale Gründungszentren können an bestehende Institutionen angegliedert werden und die verschiedenen Angebote für Gründerinnen und Gründer bündeln. Flexibel nutzbare Büroräume, Tagungsräume und Beratungsstellen werden hier zu einer guten Gründungsinfrastruktur zusammengeführt. Das unterstützt besonders auch Frauen und andere, bisher wenig an Unternehmensgründungen beteiligte Bevölkerungsgruppen.

Digitale Spaltung überwinden

Ländliche Regionen mit unzureichenden Internetzugängen leiden unter einem erheblichen Standortnachteil. Sie fallen gegenüber den gut versorgten Ballungsräumen immer weiter zurück. Nur 10 Prozent der Haushalte in den ländlichen Gebieten besitzen Zugang zum Hochgeschwindigkeitsdatennetz mit einer Übertragungsgeschwindigkeit von mindestens 50 Mbit/s. Auch in den halbstädtisch geprägten Gebieten haben nur rund 35 Prozent der Haushalte einen schnellen Internetzugang. Wir sehen die Anpassung und Entwicklung der digitalen Infrastruktur in Hessen als eine wichtige Aufgabe an. Die Kommunen werden bei dieser wichtigen Aufgabe derzeit unnötig behindert. Die Landkreise außerhalb der Ballungsräume brauchen freie Hand, um für eine zukunftsfähige Breitbandinfrastruktur zu sorgen. Die Kommunen müssen sich hier wirtschaftlich frei betätigen können und benötigen hinreichende Investitions- und Planungssicherheit.

Nachhaltige Beschaffungsstrategie des Landes und der Kommunen

Wir werden eine nachhaltige Beschaffungsstrategie für Hessen entwickeln und umsetzen. Produkte und Dienstleistungen, die von öffentlichen Stellen gekauft werden, sollen ökologisch nachhaltig sein und unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen entstehen. Das Fair Trade-Siegel und vergleichbare Gütesiegel sind in die Beschaffungsentscheidungen einzubeziehen. Wirtschaftsunternehmen, die selbst oder durch ihre Zulieferer in anderen Ländern gegen soziale und ökologische Standards verstoßen, werden in Hessen von öffentlichen Ausschreibungen und Förderungen ausgeschlossen. Wir treten für ein ökologisches und soziales Vergaberecht ein. Die öffentliche Ausschreibung von Aufträgen muss wieder zum Standardverfahren beim Land und den Kommunen werden. Alle Unternehmen, die für die öffentliche Hand arbeiten, sollen an Tarifverträge gebunden werden und einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde zahlen. Zur Umsetzung dieser Ziele wird ein Aktionsplan für nachhaltige Beschaffung erarbeitet.

Bei digitalen Produkten, Software und wissenschaftlichen Ergebnissen im Auftrag der öffentlichen Hand streben wir freie und offene Standards und Lizenzen an.

Wirtschaftsförderung neu gestalten

Die Wirtschafts- und Standortförderung des Landes muss in effizienteren Strukturen neu gestaltet werden. Die anhaltenden Konzeptionsfehler der HessenAgentur müssen beseitigt werden. Der Wirtschaftsförderung muss ermöglicht werden, kreativ tätig zu sein und eigene Schwerpunkte zu setzen. Wir wollen nachhaltigen Tourismus fördern und ihn aus seinem Schattendasein befreien. Die Wirtschaftsförderung soll einen neuen Förderschwerpunkt „Leitbranche Umwelttechnik und Ressourceneffizienz“ erhalten.

Wohlstandsbegriff nachhaltig begreifen

Wir GRÜNEN beteiligen uns an der Diskussion über den Wohlstandsbegriff, der das Wohlergehen der Menschen immer noch verkürzt an Maßzahlen wie dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) orientiert. Der Zustand der Umwelt, die Gerechtigkeit der Gesellschaft oder die Bildung der Bürgerinnen und Bürger werden dabei ignoriert. Wir werden die gesellschaftliche Diskussion über das Thema aktiv vorantreiben. Ein erstes Ziel ist es, Alternativen zum BIP zu entwickeln und zu berechnen.

Mehr erreichen mit nachhaltiger Mobilität

Die Energiewende sowie der Erhalt unserer Umwelt und lebenswerter Räume kann nur mit einer Verkehrswende gelingen. Mobilität hat eine Schlüsselfunktion für soziale Teilhabe. Wir wollen eine echte Verkehrswende. Dabei setzen wir auf die drei V: Verkehr vermeiden, Verkehr verlagern und Verkehr verbessern.

Die Menschen sind in ihrem Mobilitätsverhalten weiter als die derzeitige Politik. Die Fahrgastzahlen bei Bussen und Bahnen steigen. Immer mehr Menschen fahren Rad und nutzen die Carsharing-Angebote. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, um durch intelligente Mobilitätskonzepte die Lebensqualität der Menschen zu steigern und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in Hessen zu sichern. Ohne ein Umdenken in der Verkehrspolitik kann auch wirksamer Klimaschutz nicht gelingen. Noch immer steigt der CO²-Ausstoß durch den Verkehrssektor statt zu sinken. GRÜNE Verkehrspolitik findet mit Beteiligung der Menschen und zu ihrem Vorteil statt, nicht über ihre Köpfe hinweg.

Gemeinsam mit den Menschen in Hessen wollen wir einen Mobilitätsmasterplan entwickeln, der alle Verkehrsarten berücksichtigt und verbindliche Ziele definiert. Für das Mobilitätsmanagement werden wir ein Zertifikat für Mobilitätsberaterinnen und Mobilitätsberater schaffen und zügig ein flächendeckendes Beraternetzwerk aufbauen. So können Schulen oder Betriebe auf freiwilliger Basis beraten werden und beispielsweise Verkehrsspitzen durch flexiblere Schulanfangszeiten oder Schichtveränderungen entzerrt werden. Die öffentlichen Verwaltungen, insbesondere die Landesverwaltung, werden unter unserer Beteiligung die nötige Vorbildfunktion einnehmen, beispielsweise durch Jobticket-Angebote, Umstellung des eigenen Fuhrparks auf effizientere Fahrzeuge bis hin zur Bereitstellung von Dienstfahrrädern. Das Wissenschaftszentrum „House of Logistics and Mobility“ soll nachhaltige Mobilität als Hauptaufgabe in den Fokus nehmen. Gütertransporte haben für uns Grüne eine große wirtschafts- und verkehrspolitische Bedeutung. Damit die prognostizierten Zuwächse nicht nur auf der Straße stattfinden, wollen wir neben der Stärkung von regionalen Wirtschaftskreisläufen den so genannten

kombinierten Verkehr, d.h. die Verknüpfung von LKW und Schiene, fördern und das Gleisanschlussprogramm für Unternehmen wieder einführen. Zusammen mit Städten und Gemeinden wollen wir die Entwicklung von Citylogistik-Konzepten und klimafreundlichen Verteilkonzepten zur Belieferung von Haushalten und Kleingewerbetreibende durch das stark wachsende Paketaufkommen voranbringen. Die bestehende LKW-Maut wollen wir auf alle Straßen in Hessen für alle Fahrzeuge über 3,5t ausdehnen. Den Modellversuch mit Lang-Lkw wollen wir beenden.

Fuß- und Radverkehr garantieren vielen Menschen ihre selbstbestimmte Mobilität. Die hauptsächlich kommunale Arbeit in diesem Bereich wollen wir durch die Einrichtung eines Kompetenznetzwerks Nahmobilität des Landes und der Kommunen, effiziente Förderung, gute Qualitätsstandards sowie entsprechende organisatorische Schwerpunkte in der Landesverwaltung fördern und ausbauen. Kommunale Pilotversuche für innovative Lösungen im Verkehr wie Begegnungszonen (Shared Space) werden wir auf Landesebene aufgeschlossen begleiten und unterstützen.

Rund ein Viertel aller Wege werden zu Fuß zurückgelegt. Wir wollen den Fußverkehr durch ausreichend breite und barrierefreie Bewegungsräume und sichere Querungsstellen weiter stärken. Den Radverkehrsanteil wollen wir bis 2020 auf mindestens 15% der zurückgelegten Wege erhöhen. Wir wollen mindestens 10% der Haushaltsmittel des Landesstraßenbau und der Verkehrsfördermittel für den Bau von Radverkehrsanlagen bereitstellen. Damit werden wir bis 2018 ein zusammenhängendes überörtliches und ganzjährig nutzbares Radverkehrsnetz aufbauen, darunter mindestens 100 km Radschnellwege. Damit schaffen wir die Basis für den Durchbruch der eMobilität, wo sie wirklich Sinn machen: Beim Fahrrad. Den Aufbau von Fahrradverleihsystemen auch mit Elektrofahrrädern und Spezialfahrrädern wie Lasträdern werden wir als wesentliche Stärkung der intermodalen Mobilität fördern.

Bus- und Bahnnetz sichern und ausbauen

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist Bestandteil der Daseinsvorsorge. Der Unterfinanzierung des ÖPNV wollen wir unter anderem mit einer Kofinanzierung aus Landesmitteln entgegenwirken und über neue Finanzierungsformen nachdenken. Wir GRÜNE setzen uns außerdem für eine uneingeschränkte Fortführung der ÖPNV-Finanzierungsbeteiligung durch den Bund nach 2019 ein, die sich zudem an den steigenden Kosten orientieren muss. Ohne diese Bundesmittel ist ein funktionierendes ÖPNV-Netz akut gefährdet.

Wir stellen die Weichen für einen fahrgastfreundlichen, zuverlässigen und barrierefreien ÖPNV. Wir setzen uns ein für einfache Tarife, für ein landesweites Schülerticket, für die kostenfreie Fahrradmitnahme und den Ausbau der Fahrgastrechte. Bei der Weiterentwicklung und Förderung des ÖPNV wollen wir einen besonderen Schwerpunkt auf Effizienzsteigerungen durch gute Anschlüsse im Hessentakt, ÖPNV-Beschleunigung, mehr Platz in vollen Zügen, leisere und sparsamere Fahrzeuge und verkehrsmittelübergreifende barrierefreie Verknüpfungspunkte wie Bahnhöfe und Haltestellen legen.

Wir setzen uns für den Ausbau der S-Bahn zwischen Frankfurt und Friedberg, die Regionaltangente West, die nordmainische S-Bahn und den Ausbau und die Beschleunigung der Fernverkehrsverbindungen Frankfurt–Fulda sowie Frankfurt–Mannheim ein. Statt Milliarden Euro für Stuttgart 21 sinnlos in der Erde zu vergraben, gäbe es in Hessen genug Sinnvolles zu tun.

Um gerade auch im ländlichen Raum mobiler zu sein, setzen wir auf die Bahn, Regiotrams und Expressbusse als Rückgrat des öffentlichen Verkehrs. Durch die Förderung von Bürgerbusinitiativen, organisierten Mitfahrgelegenheiten und anderen nachfrageorientierten Bedienformen sowie die Gewährleistung eines Taxiangebots wird auch die Erreichbarkeit in der Fläche sichergestellt. Dies schließt den Erhalt und die Modernisierung bestehender Schienenverkehrswege ein. Lokale Initiativen zur Wiederaufnahme von Verkehr auf stillgelegten Streckenteilen finden unsere Unterstützung. Dies gilt auch für Bestrebungen lokaler Aufgabenträger im Nahverkehr, sich am Schienennetz in ihrer Region zu beteiligen bzw. es zu übernehmen. Aber auch eine gute Anbindung an die Ballungszentren muss durch schnelle Bahnverbindungen gewährleistet bleiben.

Autos gemeinsam effektiver nutzen

Autos sind vielfach für die Mobilität unverzichtbar, aber sie müssen umweltfreundlicher und effizienter genutzt werden. Die gemeinsame Nutzung von Pkw (Carsharing) wollen wir durch ein Grundangebot im ländlichen Raum unterstützen. Beim Straßenbau werden wir die Ausbaustandards überprüfen und vorrangig in den Erhalt der Infrastruktur investieren. Der Neubau von Straßen kommt nur noch in Ausnahmefällen infrage, wenn der Bestandserhalt gesichert und die Nachhaltigkeit des Verkehrs damit gesteigert wird. Wir halten Bauprojekte wie die A44, die A49 und die B87n weiterhin für falsch.

Wir wollen die Blockade bei der Einführung von Umweltzonen endlich aufheben und Kommunen bei der Einrichtung unterstützen. Innerhalb geschlossener Ortschaften wollen wir Kommunen ermöglichen, die Regelgeschwindigkeit ganz oder teilweise auf 30 km/h festzulegen. Daneben ist ein Tempolimit von höchstens 120 km/h für Pkw und höchstens 100 km/h für Transporter bis 3,5 Tonnen Gesamtgewicht auf allen Autobahnen überfällig. So leisten wir einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz, für mehr Verkehrssicherheit und weniger Verkehrstote und -verletzte. In Gebieten mit besonderer Luft-, aber auch Lärmbelastung kann die Höchstgeschwindigkeit auch weiter reduziert werden, das gilt zum Beispiel für Autobahnabschnitte in unmittelbarer Nähe von Wohngebieten.

Ehrliche Preise, nachhaltige Politik

Verkehr wird auf die unterschiedlichsten Arten subventioniert; häufig ausgerechnet dort, wo besonders viel negative Folgen erzeugt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Preise die Wahrheit sagen und Mobilität bezahlbar bleibt. Wir wollen, dass die Verursacher und nicht die Gesellschaft die Kosten für Infrastruktur und Umweltschäden, Lärm, etc. tragen. Der Flugverkehr gehört zu den größten Klimakillern. Deshalb wollen wir Alternativen zum Flugzeug stärken, insbesondere den Bahnverkehr innerhalb Deutschlands und Europas. Wir lehnen jegliche Subventionierung des Flugverkehrs ab und setzen uns dafür ein, dass auf Kerosin endlich eine Mineralölsteuer erhoben wird. Den Neubau des Flugplatzes Kassel-Calden konnten wir nicht verhindern, obwohl von Anfang an klar war, dass er ein Millionengrab ist. Deshalb wird es mit uns keine dauerhafte Defizitfinanzierung durch das Land geben; wir wollen nicht noch mehr Steuergeld hierfür aus dem Fenster werfen. Die Anteile des Landes Hessen am Flughafen Hahn in Rheinland-Pfalz wollen wir veräußern.

Frankfurter Flughafen: Bevölkerung schützen

Der Flughafen Frankfurt hat eine große wirtschaftliche Bedeutung weit über das Rhein-Main-Gebiet hinaus. Der Flughafen liegt allerdings auch in einer der am dichtesten

besiedelten Regionen Europas. Deshalb darf er nach unserer festen Überzeugung nicht weiter auf größtmögliche Expansion setzen. Gerade die Bewohnerinnen und Bewohner des Rhein-Main-Gebietes sind darauf angewiesen, dass es in Zukunft eine Landesregierung gibt, die nicht willfährig den Lobbyisten der Luftverkehrswirtschaft nach dem Mund redet, sondern den berechtigten Interessen der betroffenen Menschen gerecht wird. Der Bau der Nordwestbahn war, ist und bleibt ein schwerwiegender Fehler, den CDU, SPD und FDP gemeinsam begangen haben. Diesen Fehler und damit die Nordwestbahn können wir nicht einfach wieder ungeschehen machen. Aber es ist klar, dass die Grenzen der Belastung des Rhein-Main-Gebietes mit Lärm und Schadstoffen auf Kosten von Gesundheit, Umwelt und Lebensqualität durch den Bau der Nordwestbahn endgültig überschritten worden sind. So, wie es jetzt ist, kann es nicht bleiben.

Zum Schutz und zur Entlastung der Bevölkerung fordern wir deshalb

- den Verzicht auf den Bau des Terminal 3 sowie eine rechtsverbindliche Vereinbarung zwischen Bevölkerung, Land und Betreiber gegen einen weiteren Ausbau am Flughafen Frankfurt Main (keine weitere Start- und Landebahn);
- ein absolutes Nachtflugverbot von 22:00 bis 6:00 Uhr;
- die Einführung von definierten Lärmobergrenzen;
- eine Deckelung der Zahl der Flugbewegungen, und Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Schiene, um die Belastung nicht immer weiter ansteigen zu lassen;
- eine Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Festlegung von Flugrouten und Flugverfahren;
- wirksame Maßnahmen zur Verhinderung von Schadensfällen (z.B. durch Wirbelschleppen);
- einen dauerhaften Lastenausgleich für vom Fluglärm betroffene Kommunen;
- Die Einführung bzw. weitere Spreizung lärmabhängiger Start- und Landegebühren;
- Überprüfung und ggf. Ausweitung der Lärmschutzzonen auf Basis aktueller Messwerte nicht erst nach 5 Jahren.

Straßen- und Schienenlärm reduzieren

Wir setzen uns für einen besseren Lärmschutz an Landesstraßen ein. Dafür sollen Landesmittel im Rahmen der Infrastrukturerhaltung genutzt werden. Um die Menschen im Mittelrheintal vor dem zunehmenden Schienengüterverkehrslärm zu schützen, fordern wir die schnellstmögliche Umrüstung auf leise Güterzüge, lärmabhängige Trassengebühren, Tempolimits in der Nacht für laute Güterzüge sowie eine Förderung des aktiven Schallschutzes an den Fahrwegen. Wir wollen außerdem eine Alternativtrasse, Tempolimits in der Nacht für laute Güterzüge und weitere kurz- und mittelfristige Maßnahmen prüfen lassen, um die Menschen und das UNESCO-Welterbe vom Lärm langfristig zu entlasten. Da das Thema Lärm verkehrsmittelübergreifend die Menschen in Hessen zunehmend belastet, wollen wir die Stelle einer/eines Lärmschutzbeauftragten schaffen. Dieser soll Städte und Gemeinden bei der Aufstellung von Lärmaktionsplänen unterstützen, rechtliche Möglichkeiten für lärm mindernde Maßnahmen im Verkehr aufzeigen und einen jährlichen Bericht verfassen, in dem über den Fortschritt der Umsetzung beim Lärmschutz informiert wird.

Gefahrgut: Mehr Kontrollen für mehr Sicherheit

Hessen hat sich in den vergangenen Jahren zu einer Logistikkreuzung entwickelt, auf der auch viele gefährliche Stoffe umgeschlagen werden. Dabei geht manchmal leider Zeit

vor Sicherheit. Wir werden uns für einen besseren Gesundheitsschutz von Beschäftigten und für einen besseren Schutz der Bevölkerung vor Gefahrzutunfällen stark machen.

Hierzu wollen wir die Häufigkeit von Gefahrzutkontrollen erhöhen und diese besser koordinieren - sowohl beim Warenumschlag als auch auf sämtlichen Verkehrswegen in Hessen.

Soziales, Wohnen, Gesundheit: für ein gerechtes Hessen, für Teilhabe für alle

Hessen will den Wechsel – hin zu einer sozialen Politik, die die Teilhabe aller Menschen in einer inklusiven Gesellschaft ermöglicht.

Wir wollen in Hessen Chancengerechtigkeit unabhängig von der sozialen Herkunft ermöglichen und Diskriminierung überall bekämpfen. Wir stehen für bezahlbaren Wohnraum für alle. Durch ein starkes Netz an Präventionsangeboten wollen wir die Hessinnen und Hessen vor sozialen Schieflagen schützen. Gerechtigkeit, Diskriminierungsfreiheit und Prävention sind für uns die drei Säulen einer ermöglichenden Sozialpolitik.

15 Jahre schwarz-gelbe Politik haben die Kluft zwischen arm und reich größer werden lassen. CDU und FDP haben die Menschen aus dem Blick verloren und planen die Sozialpolitik über die Köpfe der Institutionen und Betroffenen hinweg. Antworten auf den demografischen Wandel sind CDU und FDP schuldig geblieben. CDU und FDP sind erschöpft und verbraucht. Es ist Zeit für den Wechsel. Wir GRÜNE haben die Inhalte und Konzepte für diesen Wechsel.

Vertrag für den sozialen Zusammenhalt

Mit den Akteuren der Sozialpolitik wollen wir einen neuen Vertrag für sozialen Zusammenhalt abschließen und mit einem erhöhten Sozialbudget die freiwilligen Leistungen des Landes verbindlich festschreiben. Träger der sozialen Einrichtungen benötigen Planungssicherheit. Wir werden die soziale Infrastruktur im Dialog zukunftsfest ausrichten.

Armut verhindern

Die Entstehung von Armut zu bekämpfen ist ein zentrales Handlungsfeld unserer Sozialpolitik. Denn Armut verhindert echte soziale Teilhabe und grenzt Menschen aus. Wir werden die Sozialberichterstattung verbessern und als ein Instrument der Armutsprävention und -bekämpfung einsetzen. Die Familienkarte des Landes wollen wir zu einer Teilhabekarte ausgestalten, um Kindern und Jugendlichen die Teilhabe am sozialen, sportlichen und kulturellen Leben zu ermöglichen.

Die Gemeinwesenarbeit in benachteiligten Quartieren werden wir durch bessere Koordination und Kooperation stärken. Dem Programm „Soziale Stadt“ werden wir dabei neuen Schub durch eine interministerielle Vernetzung verleihen und dadurch eine Förderung nichtinvestiver Maßnahmen ermöglichen. Die Angebote der Schuldnerberatung wollen wir als einen wirksamen Bestandteil von Armutsvermeidung stärker unterstützen.

Mindestlohn und aktive Arbeitsmarktpolitik

„Gute Arbeit“ ist für Menschen wichtig. Dazu gehören ein flächendeckender Mindestlohn, gute Arbeitsbedingungen und die wirksame Überprüfung des betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes durch die zuständigen Ämter. Wir wollen darüber hinaus eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die sich den Herausforderungen eines sich wandelnden Arbeitsmarktes stellt und zielgerichtet eine Steuerungsfunktion übernimmt. Dazu werden wir die landespolitischen Programme und Instrumente bündeln und zielgenauer einsetzen.

GRÜNE Arbeitsmarktpolitik finanziert Arbeit statt Arbeitslosigkeit. Wir werden einen „Sozialen Arbeitsmarkt“ in Hessen etablieren und bieten langzeitarbeitslosen Menschen eine Erwerbsperspektive in einer freiwilligen, dauerhaft öffentlich geförderten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.

Wohnen muss bezahlbar sein

Die Sicherung von bezahlbarem Wohnraum ist zentraler Bestandteil unserer Wohnungspolitik. Dabei werden wir die Vielzahl unterschiedlicher Lebensformen und die sich daraus ergebende Ausdifferenzierung der Wohnbedarfe angemessen berücksichtigen. Die Landesmittel für die Wohnraumförderung werden wir dazu nutzen, um preis- und belegungsgebundene Wohnungsbestände zu erhalten und zu erweitern. Unser Ziel ist es, dass sich auch Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkommen angemessenen Wohnraum leisten können. Dazu wollen wir das Wohnraumförderungsgesetz novellieren. Durch die Wiedereinführung der Fehlsubventionierungsabgabe (Fehlbelegungsabgabe) wollen wir die finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen für den Bau und Erhalt von preisgünstigem Wohnraum stärken. Die Bundesmittel für Wohnungsbau sind in Hessen grundsätzlich zweckgebunden einzusetzen.

Das Wohnraumzweckentfremdungsverbot soll den Kommunen wieder als Option eröffnet werden. Damit erhalten sie unter anderem die Möglichkeit, gegen Wohnungsleerstand vorzugehen. Ebenso werden durch die Bundesgesetzgebung geschaffene Möglichkeiten genutzt, den Mietanstieg zu begrenzen (Kappungsgrenze für Mieterhöhungen). Die Kündigungssperrfrist für den Käufer einer Mietwohnung wird von fünf wieder auf zehn Jahre verlängert. Dort, wo es möglich ist, sollen die Kommunen einen Genehmigungsvorbehalt bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erhalten. Durch die Mobilisierung von Flächen für den Bau von bezahlbarem Wohnraum werden wir den Wohnungsmarkt in den Wachstumsregionen in Hessen entlasten und nachhaltig preisdämpfende Wirkungen erzielen. Der Grundsatz "Innenentwicklung vor Außenentwicklung" sowie kommunale Wohnraumversorgungskonzepte sind dabei Voraussetzungen für die Ausweisung zusätzlicher Flächen.

Mit uns wird es keinen Ausverkauf öffentlicher Wohnungsunternehmen geben. Sie sind – gemeinsam mit den Genossenschaften – ein unverzichtbares Instrument hessischer Wohnungspolitik und müssen in ihren Anstrengungen für Klimaschutz, energieeffizientes Bauen und beim Einsatz regenerativer Energien sowie in der Anpassung an den demografischen Wandel umfassend gestärkt werden.

Die Kommunen in der Stadtentwicklung unterstützen

Es gibt zahlreiche Programme, für die der Bund Fördermittel zur Verfügung stellt und die den Kommunen eine wichtige Hilfestellung zur Lösung ihrer städtebaulichen Probleme bieten. Wir werden durch eine angemessene Kofinanzierung dafür sorgen, dass diese Fördermittel künftig auch in Hessen abgerufen werden können. Die Kommunen dürfen mit ihren Problemen nicht alleine gelassen werden. Die Nassauische Heimstätte/Wohnstadt muss ein zentraler Partner des Landes und seiner Kommunen bei der Wahrnehmung öffentlicher Interessen in der Stadt- und Landesentwicklung bleiben. Viele für die Kommunen wichtige Umnutzungsprojekte im Bestand (z. B. die Umwandlung von Büroflächen in Kitas) sowie Bauprojekte jenseits des Mainstreams (z. B. Gebäude in Holzbauweise) scheitern derzeit an den im Vergleich anderen Bundesländern stellenweise sehr rigiden Vorgaben der Hessischen Bauordnung. Wir werden sorgfältig und praxisnah

prüfen, inwieweit diese Vorgaben so geändert werden können, dass eine Realisierung solcher Projekte künftig erleichtert wird.

Gesundheit als Daseinsvorsorge

Eine gute Gesundheitsversorgung ist für uns ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Im Mittelpunkt stehen der Mensch und sein soziales Umfeld in einer integrierten Versorgung, bei der alle ambulanten und stationären Leistungsanbieter zusammenarbeiten.

Gesundheitsförderung stärkt Wissen, Kompetenzen und die Fähigkeit zur Eigenverantwortung. Der öffentliche Gesundheitsdienst soll sich deshalb verstärkt um Maßnahmen der Gesundheitsförderung kümmern. So sollen Unternehmen und öffentliche Institutionen (unter anderem Kindergärten, Schulen, Pflegeheime) Orte werden, die gesundes Leben erleichtern und das Entstehen von Krankheiten, zum Beispiel durch Stress, Überlastung, schlechte Arbeitsbedingungen, vermeiden.

Familienzentren vor Ort sollen Familien nicht nur in ihren Erziehungskompetenzen, sondern auch in ihren Alltagskompetenzen stärken und zu einem bewussten Umgang mit Gesundheit und gesunder Ernährung mit hochwertigen, regionalen Lebensmitteln beitragen.

Den Öffentlichen Gesundheitsdienst wollen wir zum Haus der Gesundheit in Landkreis und Stadt aufwerten. Quartiersbezogene Angebote der Gesundheitsförderung und der Pflege wollen wir unterstützen. Die Verbraucherrechte von Patientinnen und Patienten werden wir durch mehr Kooperation mit den Verbraucherzentralen stärken. Selbsthilfeorganisationen haben für uns einen hohen Stellenwert.

Besonders im ländlichen Raum und in sozial benachteiligten Stadtvierteln ist ein gutes, integriertes Versorgungssystem mit starken kommunalen Krankenhäusern und einer innovativen hausärztlichen Versorgung überfällig. Es wird Aufgabe des Öffentlichen Gesundheitsdienstes sein, diese Kooperation in Gesundheitskonferenzen zu organisieren.

Kommunale Krankenhäuser wollen wir wegen ihrer umfassenden sozialen Aufgaben erhalten. Die Krankenhausplanung wollen wir mit Hilfe eines Versorgungsatlas transparenter gestalten. Die staatliche Investitionsförderung knüpfen wir an Versorgungsbedarfe sowie ökologische und soziale Ziele.

In der Suchthilfepolitik setzen wir auf mehr Prävention, Aufklärung und Beratung durch Stärkung des vorhandenen Hilfeangebots. Es ist wichtig, Jugendlichen einen verantwortungsbewussten Umgang mit Alkohol zu vermitteln. Zudem wollen wir Kommunen die Möglichkeit geben, Drogengebrauchern vor Schäden durch verunreinigte oder überdosierte Drogen zu schützen. Dazu soll ein Modellprojekt für Drug-checking zur chemischen Analyse der Substanzen initiiert werden. Die Regelungen zum Umgang mit Cannabis für den Eigenbedarf werden wir überprüfen. Wir werden ein Psychisch-Kranken-Hilfegesetz vorlegen, das für Menschen mit psychischen Erkrankungen nicht nur die Unterbringung und Rechtssicherheit für sie, sondern auch konkrete Hilfen und die Aufgaben eines Landespsychiatriebeirates und einer Besuchs- und Beschwerdekommision regelt.

Der Umweltmedizin wollen wir in unserer Gesundheitspolitik einen bedeutenden Platz einräumen, da die Belastung der Bevölkerung durch Verkehrslärm und Emissionen immer

mehr zunimmt. Das Monitoring der gesundheitlichen Gefahren wollen wir ausbauen und die Erkenntnisse in politisches Handeln zugunsten der Gesundheit der Menschen einfließen lassen.

Universitätsklinikum Gießen-Marburg

Die Privatisierung des Uniklinikums Gießen-Marburg (UKGM) und das jahrelange schwarz-gelbe Ignorieren der Entwicklung vor Ort hat negative Auswirkungen auf die Region, die Beschäftigten und die Lehre und Forschung. Den Lehr- und Forschungsstandort Mittelhessen - an beiden Standorten, in Gießen und Marburg - wollen wir erhalten und stärken. Um dies zu erreichen, wollen wir als Land wieder mehr Einfluss auf die Entwicklungen am UKGM nehmen und uns für ein transparentes Konzept zur Personalentwicklung gemeinsam mit den Beschäftigten einsetzen. Die Inbetriebnahme der Partikeltherapie hat für uns eine besondere Bedeutung.

Menschen mit Behinderung: selbstbestimmt statt ausgegrenzt

Menschen mit Behinderung haben das Recht auf gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Ihr Anspruch auf umfassende Inklusion entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention muss umgesetzt werden. Barrierefreie Gemeinwesen, Strukturen und Angebote sind hierfür ebenso notwendig wie bedarfsgerechte Unterstützungsleistungen. Dabei werden wir die Lebenssituation von behinderten Frauen besonders berücksichtigen. Wir werden das Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderung so ändern, dass es den Anforderungen an gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe entspricht.

Die Verwendung der Gebärdensprache und anderer Kommunikationshilfen wie barrierefreie Internetseiten sind selbstverständliche Voraussetzung für Teilhabe und müssen deshalb weiter gefördert und ausgebaut werden.

Alle Hilfen für Menschen mit Behinderung wollen wir am individuellen Bedarf ausrichten. Sie sollen so lange wie möglich in ihren gewohnten Umgebungen bleiben können. Für uns gilt die Maxime „ambulant vor stationär“ auch für Menschen mit hohem Hilfebedarf oder für älter werdende Menschen mit Behinderung. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den Kommunen, Angeboten in den Quartieren und dem Landeswohlfahrtsverband ist für dieses Ziel Voraussetzung. Wir werden Barrieren auf dem Arbeitsmarkt abbauen und durch Alternativen zur Beschäftigung in Werkstätten tatsächliche Wahlfreiheit für Menschen mit Behinderung ermöglichen.

Wir werden die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung und ihre Finanzierung aus einer Hand organisieren, personenzentriert weiterentwickeln und den schrittweisen Abbau stationärer Plätze zugunsten ambulanter Unterstützungsformen fortsetzen. Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass Menschen mit Behinderungen ihre Rechtsansprüche auf Teilhabe wohnortnah realisieren können. Die Angebote der Frühförderung werden wir ausweiten und verbessern. Die Inklusion von Kindern mit Behinderung in Kindertagesstätten, Kinderhorten, Schulen sowie außerschulischen Betreuungseinrichtungen wollen wir schrittweise angehen und bis 2020 erreicht haben.

In Würde alt werden – für eine neue Kultur des Alterns

Wir wollen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern den demografischen Wandel gestalten. Da die Entwicklung des demografischen Wandels regional unterschiedlich

verläuft, werden unterschiedliche Konzepte benötigt. Denn die Rahmenbedingungen für Selbstbestimmung und soziale Teilhabe müssen dort vorhanden sein, wo die Menschen leben und bis ins hohe Alter leben wollen. Wir werden für Hessen die Entwicklung von Quartierskonzepten unterstützen, die eine Versorgungssicherheit im Wohnumfeld auch für junge Familien mit Kindern, für ältere und für mobilitätseingeschränkte Menschen gewährleisten. Auf dem Weg dahin werden wir die genossenschaftlichen Ideen einer sozialen, solidarischen Ökonomie vor allem in den Kommunen stärken. Wir wollen den geförderten Wohnungsbau erhalten, auch um vielfältige, bezahlbare Wohnformen in der Quartiersplanung zu ermöglichen.

Dabei müssen sich die besonderen Bedürfnisse der älteren Generationen umfassend in einem „Masterplan altengerechtes Quartier“ widerspiegeln. Dies geht von verlässlichen, niedrigschwelligen Angebots- und Versorgungsstrukturen in den Bereichen Ernährung, Gesundheit, Wohnen, Verkehr und Ehrenamt bis hin zu ambulanten und teilstationären Wohn- und Betreuungseinrichtungen für demenzkranke Menschen.

Wir wollen nicht nur die Probleme, sondern auch die Potenziale einer älter werdenden Gesellschaft in den Blick nehmen. Deshalb setzen wir auf die Kenntnisse und Fähigkeiten älterer Menschen und darauf, dass sie sich gerne am familiären und gesellschaftlichen Leben beteiligen und es mitgestalten. Unser Ziel bleibt es, dass alle Menschen ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben bis ins hohe Alter führen können.

Die Bedeutung guter Pflege wird in den nächsten Jahren stark zunehmen. Deshalb gilt es, den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten. Wir wollen daher die Alten- und Krankenpflegeausbildung zusammenführen und das Berufsbild Pflege organisatorisch auf Augenhöhe mit anderen Gesundheitsberufen etablieren. Deshalb setzen wir uns für eine hessische Pflegekammer ein. Eine Reform des Betreuungs- und Pflegegesetzes muss Rahmenbedingungen dafür schaffen, gute Pflege zu Hause und in Einrichtungen entsprechend der persönlichen Bedürfnisse der zu Pflegenden sicherzustellen. Vor allem aber gilt es, junge Menschen für die Pflegeberufe zu gewinnen.

Integration und Europa in der Einen Welt: ein starkes, weltoffenes und vielfältiges Hessen

Hessen will den Wechsel – hin zu einer toleranten und weltoffenen Politik, die die Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt, und die Chancen der Vielfalt und der europäischen Gemeinschaft anerkennt und stärkt.

Hessen liegt im Zentrum Europas und der Europäischen Union. Zuwanderung ist seit Jahrzehnten für Hessen selbstverständliche Normalität. Wir treten ein für ein diskriminierungsfreies Hessen. Unabhängig von Geschlecht, Alter, Weltanschauung und ethnischer Herkunft, psychischer oder körperlicher Einschränkung sowie sexueller Identität und Orientierung kämpfen wir für das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe.

15 Jahre schwarz-gelbe Politik haben nicht zu einer Willkommenskultur geführt. Gesellschaftlich und kulturell hat die hessische Landesregierung immer wieder Integration behindert. Im Wahlkampf greift Schwarz-Gelb regelmäßig auf Ressentiments gegen Migrantinnen und Migranten zurück. Die Europäische Union wird als Sündenbock herangezogen, anstatt die Chancen einer europäischen Einigung zu würdigen und zu befördern. CDU und FDP sind erschöpft und verbraucht. Es ist Zeit für den Wechsel. Wir GRÜNE haben die Inhalte und Konzepte für diesen Wechsel.

Integration ist staatliche Aufgabe

Migration ist Realität im modernen und vielfältigen Hessen. Zunehmend sprechen Menschen von ihrer transnationalen und –kulturellen Identität. Diese Vielfalt erachten wir als Bereicherung für Hessen. Leitlinien unserer Integrationspolitik sind deshalb: Vielfalt als Bereicherung, Teilhabe für Alle und Integration als Aufgabe zu verstehen. Herausforderungen bei der Aufgabe Integration wollen wir nicht weg reden, sondern wirksam an den Ursachen ansetzen. In der großen Mehrheit der Fälle geht es nicht um kulturelle Konflikte, sondern um Bildungs- und Statusunterschiede von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.

Bildung, Ausbildung und Arbeit

Wichtige Handlungsfelder der Integrationspolitik sind Bildung, Ausbildung und Arbeit. Wir wollen, dass Schulen durchlässiger werden und sich an den Bedürfnissen der Kinder mit Migrationshintergrund orientieren - nicht umgekehrt. Dafür wollen wir erreichen, dass Erziehungskräfte und Lehrkräfte aller Fächer mehr interkulturelle Kompetenzen erwerben. In Schulen mit hohem Migrationsanteil muss Deutsch didaktisch auch als Zweitsprache vermittelt werden. Auch die duale Ausbildung muss auf internationale Füße gestellt werden, zum Beispiel durch anerkannte Praktika im Ausland. Unternehmensgründungen von Migrantinnen und Migranten und die Ermöglichung von Berufsausbildung in solchen Unternehmen brauchen eine spezifische Förderung. Zivilgesellschaftliche Akteure wie zum Beispiel Vereine, Verbände und Migrantenselbstorganisationen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung einer vielfältigen Gesellschaft. Die interkulturelle Öffnung dieser Arbeit gilt es ebenfalls zu unterstützen und zu stärken. Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ist eine wichtige Errungenschaft sowohl für Hessen als auch für die Migrantinnen und Migranten. Jedoch muss die Anerkennung beschleunigt und erleichtert werden. Wir werden spezifische Weiterbildungsangebote, etwa zum Erwerb fachspezifischer Sprachkenntnisse, einrichten.

Wir wollen den öffentlichen Dienst stärker für interkulturelle Perspektiven öffnen. Dazu gehört es, mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund für das Land Hessen zu gewinnen. Wir wollen verstärkt interkulturelle Fortbildung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes anbieten und den wertschätzenden Umgang auch mit Migrantinnen und Migranten in den Ämtern und Behörden zum guten Standard machen.

Gesellschaftliche Teilhabe, religiöse Vielfalt und Weltanschauungen

Der Umgang mit religiöser Vielfalt einerseits und der Einforderung der allgemeinen Grund- und Menschenrechte andererseits gehören zu den Herausforderungen unserer Gesellschaft. Insbesondere die Trennung von Staat und Religion, die Gleichbehandlung aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften durch den Staat und die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frau und Mann sind für uns nicht verhandelbar. Nur im aktiven Dialog zwischen den Beteiligten können Fragen der Religion, Ethik und der Lebensgestaltung im Interesse eines guten Zusammenlebens gelöst werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, die Einbürgerung zu erleichtern. Wir treten dafür ein, Mehrstaatigkeit zuzulassen und somit die Optionspflicht abzuschaffen, damit auch hier lebende Menschen mit mehreren Staatsangehörigkeiten am politischen Geschehen teilhaben können. Sollte das Bundesverfassungsgericht dem Antrag des Landes Bremen nachkommen und das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger doch ohne Grundgesetzänderung möglich machen, werden wir diese Form der politischen Partizipation in Hessen einführen.

Integrationspolitik ist eine staatliche und kommunale Pflichtaufgabe. Dies möchten wir in einem Integrations- und Teilhabegesetz formulieren. Hessen braucht einen verbindlichen Integrationsplan mit klaren Zielen. Über die Ergebnisse und die Fortschreibung dieses Plans wollen wir in einer jährlichen Integrationskonferenz beraten.

Asyl- und Flüchtlingspolitik: Humanität statt Härte

Humanität statt Härte – das ist unser Grundsatz im Umgang mit Flüchtlingen. Allen Menschen, die nach Deutschland kommen – Migrantinnen und Migranten wie Flüchtlingen – wollen wir von Anfang ihres Aufenthalts an Informationsangebote auch in der jeweiligen Muttersprache machen, die es ihnen erleichtern, sich hier zurechtzufinden. Um eine schnelle Integration zu begünstigen, setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, Asylsuchenden und Geduldeten schneller eine Ausbildungs- und Arbeitserlaubnis zu ermöglichen. Standards bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen wollen wir in einem modernen Landesaufnahmegesetz regeln. Wir treten dafür ein, Abschiebungen und asylrechtliche Entscheidungen anhand humanitärer und menschenrechtlicher Kriterien abzuwägen, so dass inhumane Abschiebungen gestoppt werden. Die Hürden in der aktuellen Härtefallkommission sind zu hoch. Wir wollen das Zwei-Drittel-Quorum abschaffen und einen Härtefallfonds einführen, der Unterstützung in besonders schwierigen Situationen gewährt.

Diskriminierungsfreies Hessen

Erfolgreiche Integration kann nur in einer diskriminierungsfreien Gesellschaft gelingen. Wir wollen Antidiskriminierungsstellen in Hessen einrichten, um schnell und unbürokratisch Rat und Hilfe zu gewährleisten. Ein wirksamer Opferschutz ist notwendig.

Sinti und Roma in Hessen

Sinti und Roma gehören seit Jahrhunderten zur Kultur und Gesellschaft unseres Landes und Europas. Sie sind eine anerkannte nationale Minderheit der Bundesrepublik Deutschland. Die EU hat 2011 eine nationale Strategie zur Integration von Roma bis 2020 entwickelt und fordert nationale Aktionspläne. Denn Ausgrenzung und Antiziganismus sind immer noch existent und europaweit nicht überwunden. Daher müssen neue Wege der Wertschätzung und Integration beschritten werden. Insbesondere streben wir Vereinbarungen zwischen den staatlichen und kommunalen Institutionen einerseits und den anerkannten Organisationen dieser Volksgruppen andererseits an, um konkrete Verbesserungen der menschenrechtlichen und wirtschaftlichen Situation in Hessen zu erreichen und Antiziganismus zu überwinden. Darüber hinaus sind Aktivitäten auf europäischer Ebene erforderlich, um die Ausgangslage in einigen europäischen Herkunftsländern substanziell zu verbessern.

Hessen in Europa

Europa ist mehr als Staatsschulden- und Währungskrise, Europa ist seit über 60 Jahren Garant von Frieden und Wohlstand. Deutschland und Hessen profitieren immens von der Europäischen Union und der gemeinsamen Währung. Im Jahr 2011 gingen 60 Prozent deutscher Exporte in andere EU-Staaten. Die verstärkte Zusammenarbeit, Kooperation und Überwindung der Krise muss auch Ziel der hessischen Europapolitik sein. Wir GRÜNE stehen zur europäischen Integration und für den europäischen Gedanken. Durch den Vertrag von Lissabon ist die Beteiligung der Bundesländer an Gesetzgebungsprozessen festgeschrieben. Diese Möglichkeiten der Beteiligung wollen wir aktiv nutzen, um nachhaltige Klimapolitik zu betreiben, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen sowie Beteiligung, Transparenz, Bürger- und Verbraucherrechte zu stärken. Wir wollen die Zusammenarbeit des hessischen Landtags mit dem Europaparlament durch ein Rederecht der Europaparlamentarier im hessischen Europaausschuss stärken.

In den Jahren 2007 bis 2013 sind insgesamt 450 Millionen Euro aus europäischen Strukturfonds nach Hessen geflossen. Wir wollen die neue Förderperiode ab 2014 nutzen, um diese Mittel stärker für nachhaltige und ökologisch orientierte Maßnahmen einzusetzen.

Europäische Idee mit Leben füllen

Europa muss eine Institution zum Anfassen werden. Dazu gehört die Einbindung der Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Europaangelegenheiten. Die Europäische Bürgerinitiative als besondere Form von Teilhabe und direkter Demokratie werden wir aktiv unterstützen.

Europa ist auch das Projekt der jungen Generation. Wir werden die Förderung von Jugendaustauschprogrammen, Städtepartnerschaften und Europaschulen ausbauen und die Teilhabe vieler unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen ermöglichen.

Wir legen einen deutlichen Schwerpunkt auf Transparenz und Bürgernähe. Die Landesvertretung in Brüssel soll ein offenes Haus für die hessischen Bürgerinnen und Bürger sein. Wir begrüßen ausdrücklich die Idee des Mehr-Regionen-Hauses, die Ausdruck der Europaidee ist.

Staatsschulden- und Währungskrise

Hessen muss als wichtiger Finanzstandort daran mitwirken, dass Transparenz und Stabilität der Finanzmärkte erhöht werden und die Schuldenkrise neben den zu berücksichtigenden Wirtschaftsinteressen auch unter sozial- und gesellschaftspolitischen Aspekten bewertet wird. Wir GRÜNE begrüßen in diesem Zusammenhang die Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer.

Hessen in der Einen Welt

Unser Leitbild nachhaltiger Entwicklung und einer gerechten Welt beruht auf einem Denken für heutige und zukünftige Generationen, dem Schutz von Klima, Umwelt und Ressourcen und der Reduzierung von Armut überall. Unser Lebensstil hier wirkt sich auch in anderen Teilen der Welt aus. Jede und jeder Einzelne trägt Verantwortung.

Wir wollen die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ nutzen, um Umweltbildung, aber auch Werte wie Gerechtigkeit, Fairness und Toleranz, Gleichberechtigung der Geschlechter und Akzeptanz von Vielfalt in Kindergärten, Schulen, Hochschulen zu verankern. Daher wollen wir entsprechende Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote ausbauen. Internationale Kontakte von Kindern und Jugendlichen werden wir fördern.

Wirtschaftliche Freiheit und soziale Verantwortung gehören auch global zusammen. Wir werden uns für eine entsprechende Änderung des Tariftreue- und Vergabegesetzes einsetzen. Wirtschaftsunternehmen, die in anderen Ländern gegen soziale oder ökologische Standards verstoßen oder der Korruption überführt wurden, werden in Hessen von öffentlichen Ausschreibungen und Förderungen ausgeschlossen.

Die Arbeit und die Vernetzung von Eine-Welt-Initiativen fördert persönliches Engagement, gegenseitiges Verständnis und solidarisches Miteinander. Deshalb wollen wir mit dem developmentpolitischen Netzwerk Hessen (EPN) stärker kooperieren.

Die Kompetenzen von Frauen aus aller Welt bei der Prävention von Krisen, dem Eintreten für Menschenrechte und beim Aufbau demokratischer Strukturen wollen wir durch ein Zentrum transnationaler Dialog, Forschung und Lehre stärken. Dazu werden wir besonders eng mit in Hessen angesiedelten Organisationen und Universitäten zusammenarbeiten.

Kultur und Medien: für ein kreatives und vielfältiges Hessen

Hessen will den Wechsel – hin zu einer vielfältigen Kulturlandschaft, die den Menschen offenstehen und in denen die Vielfalt Hessens sichtbar wird.

Kunst und Kultur machen einen einzigartigen Ort gesellschaftlicher Selbstverständigung aus, schaffen Räume jenseits kommerzieller Verwertungslogik und ermöglichen auch eine Kommunikation verschiedener Milieus und Traditionen. Zu ihnen gehört ein weites Spektrum von Ausdrucksformen, das von soziokulturellen Projekten bis hin zur klassischen Hochkultur reicht, von der Pflege lokalen Brauchtums bis zur Sammlung und Präsentation des Kulturerbes in Museen, von der Jugendkultur bis zu Design und Mode. Wir stehen für eine Kulturpolitik, in der sich etablierte Institutionen und neue Initiativen und kulturelle Ausdrucksformen gegenseitig befruchten. Wir stehen für eine Kulturpolitik, die Angebote für alle Bürgerinnen und Bürger macht und dabei ein besonderes Augenmerk auf Kinder und Jugendliche richtet. Denn Kunst und Kultur leben vom offenen Zugang, von Austausch und Kommunikation.

15 Jahre schwarz-gelbe Politik haben dazu geführt, dass Eliteprojekte gefördert werden, während die wichtige Arbeit soziokultureller Projekte vernachlässigt wird. Die schwarz-gelbe Landesregierung reduziert Kultur auf ihren wirtschaftlichen Nutzen und vergisst darüber, wie wichtig eine lebendige Kunst für eine kreative und tolerante Gesellschaft ist. CDU und FDP sind erschöpft und verbraucht. Es ist Zeit für den Wechsel. Wir GRÜNE haben die Inhalte und Konzepte für diesen Wechsel.

Kulturelle Vielfalt

Erst durch die Kultur bilden Menschen ein Verständnis für ihre Umwelt. Kultur ist gleichermaßen Ausdruck und Antrieb von gesellschaftlichen Wandlungsprozessen. Das betrifft die Frage, wie wir unsere Fähigkeiten nutzen wollen, um die Natur zu gestalten, aber auch die Frage, von welchen Wertmaßstäben unser Zusammenleben geprägt ist. Kultur fördert Toleranz. Kultur entsteht dort, wo sie frei und unabhängig ist. Daher ist das Ziel unserer Kulturpolitik, den Freiraum der Kunst zu verteidigen und allen Hessinnen und Hessen die gleichen Chancen zu ermöglichen, an Kunst und Kultur teilzunehmen. Wir sind überzeugt, dass der Zugang zu vielfältigen Kulturangeboten grundlegend dafür ist, dass sich Kreativität entwickeln kann. Kreativität wiederum ist ein Schlüssel zur Zukunft, da sie Innovation hervorbringt und dadurch Motor des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels ist.

Lust auf Kultur wecken

Wir wollen vor allem Kinder und Jugendliche in Hessen für Kunst und Kultur begeistern. Die vorhandenen Strukturen der kulturellen Bildung reichen dazu nicht aus. Angebote fehlen vor allem im ländlichen Raum. Zudem haben Kinder aus ärmeren Familien nur einen eingeschränkten Zugang zu kulturellen Einrichtungen. Deshalb wollen wir unter Beteiligung von Kommunen und Kultureinrichtungen das Landesprogramm „Kulturrucksack“ auf den Weg bringen. Dabei orientieren wir uns an dem erfolgreichen Vorbild in Nordrhein-Westfalen. Mit dem Kulturrucksack wollen wir möglichst alle Kinder und Jugendlichen in Hessen erreichen, die beginnen, sich selbstständig kulturell zu betätigen. Frühe kulturelle Bildung soll mit Kooperationspartnern aus dem musisch-ästhetischen Bereich in Kindergarten und Grundschule verstärkt werden. Unser Ziel ist es, dass möglichst viele Kinder und Jugendliche von den zahlreichen bestehenden Projekten und Initiativen profitieren können. Darüber hinaus wird mit dem Programm das Entstehen neuer Initiativen gefördert.

Die Kooperation von Schulen und Kultureinrichtungen wollen wir ausbauen. Kunst und Kultur sollen stärker in den Unterricht eingebunden werden. Davon profitieren die Schülerinnen und Schüler in allen Schulformen und in der Nachmittagsbetreuung gleichermaßen.

Formen der Jugendkultur betrachten wir gegenüber der traditionellen Kultur als gleichwertig. Wir wollen nötige Bedingungen dafür bei der Gestaltung urbaner Lebensräume mitdenken und bürokratische Hemmnisse abbauen.

Soziokultur – Begegnung ermöglichen – Vielfalt schaffen

Soziokultur ist ein fester Bestandteil der deutschen Kulturlandschaft. In Hessen gibt es jährlich über 4.000 soziokulturelle Veranstaltungen aus den Bereichen Theater, Musik, Literatur, Film bis hin zu bildender Kunst. Hier wird Vielfalt, Toleranz, Kreativität und Demokratie gelebt und erlebbar gemacht. In soziokulturellen Zentren finden auch die wichtige freie Theaterszene und die Off-Kultur einen Raum. Dieser mangelt es immer noch an Spielstätten. Die Zentren laden dazu ein, zu experimentieren und auszuprobieren, und werden so häufig „Geburtsstätte“ von neuen Ideen. Trotzdem ist dieser Bereich der Kultur chronisch unterfinanziert. Deshalb wollen wir die Förderung der soziokulturellen Arbeit verdoppeln. Gemeinsam mit den Verbänden und den Kommunen werden wir an einem Runden Tisch zukünftige Perspektiven für die Soziokultur in Hessen entwickeln.

GRÜNER Masterplan Kultur

Wir wollen, dass die Regionen in Hessen durch Kultur stärker zusammenwachsen. Hierzu leistet der „Kulturfonds Frankfurt RheinMain“, den wir weiterentwickeln wollen, bereits einen Beitrag. Ähnliche Modelle können wir uns auch für Nord- und Mittelhessen vorstellen. Unabhängig davon wollen wir die Kulturausgaben in Hessen gerecht finanzieren. Hier soll es eine faire Verteilung zwischen dem Land, den Sitzstädten der großen Museen und Theater sowie den Umlandgemeinden geben. Die Förderung aus dem Landeshaushalt für Kultur erfolgt bisher höchst unterschiedlich und wird den vorhandenen Strukturen nicht mehr gerecht. Kultureinrichtungen haben eine Bedeutung, die weit über die Grenzen der jeweiligen Städte hinaus in die Region reicht. Dies soll sich stärker in der Finanzierung der Theater und Museen widerspiegeln.

Wir wollen, dass alle bisher finanzierten Theater und Museen künftig jeweils zu einem Drittel aus Haushaltsmitteln des Landes, dem kommunalen Finanzausgleich und den jeweiligen kommunalen Haushalten finanziert werden. Um auch für den Sonderfall Frankfurt zu einer gerechteren Finanzierung zu kommen, schlagen wir vor, dass Frankfurt finanziell so behandelt wird wie die Sitzstädte der Staatstheater und Landesmuseen. Unser Ziel ist es, mit einem Masterplan Kultur die Gesamtplanung der Kulturentwicklung in Hessen voranzubringen.

Um die weltweit berühmteste Kunstaustellung documenta auch in den Zeiten zwischen den Ausstellungen im Fokus der Wahrnehmung zu behalten, wollen wir das documenta Archiv in Kassel dabei unterstützen, sich zu einem kunstwissenschaftlich forschenden documenta Institut weiterzuentwickeln

Hessens Clubszene erhalten

Viele junge und jung gebliebene Menschen zieht es am Wochenende raus zum Feiern. Hessen hat hier eine Clubszene, die für jeden Musikgeschmack etwas zu bieten hat. Wir

GRÜNE setzen uns für den Erhalt dieser vielfältigen Clubkultur ein. Daher muss eine GEMA-Tarifreform so gestaltet sein, dass zahlreiche, vor allem kleinere Tanzlokale, aber auch Einzelkünstler wie zum Beispiel DJs keine Existenzängste haben müssen. Ebenso brauchen die Clubbetreiber Klarheit, wann getanzt werden darf und wann nicht. Das generelle Tanzverbot an Sonn- und Feiertagen entspricht nicht mehr der Lebenswirklichkeit. Deshalb wollen wir das Feiertagsgesetz im Dialog mit den Glaubensgemeinschaften überarbeiten. Wir wollen, dass alle Religionen ihre Feiertage ungestört und in würdigem Rahmen begehen können. Darüber hinaus streben wir eine neue Verständigung über den Schutz der stillen Feiertage (Karfreitag, Volkstrauertag und Totensonntag) und ihre gesellschaftliche Bedeutung auch für nicht gläubige Menschen sowie Menschen anderer Glaubensrichtungen an.

Lebens- und Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende verbessern

Wichtig für eine lebendige Kunst- und Kulturszene sind aber auch die Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende, die oft in prekären materiellen Verhältnissen leben. Deshalb setzen wir uns für die Erhaltung preisgünstiger Arbeitsräume für Kulturschaffende ein. Auch unsere Politik für bezahlbaren Wohnraum in Großstädten steht im Kontext unserer Bemühungen, gute Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende zu ermöglichen. Staatliche geförderte Kultureinrichtungen wollen wir dazu anhalten, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Praktikantinnen und Praktikanten fair zu bezahlen.

Erinnerung wachhalten

Indem wir die Geschichte unseres Landes kennen, werden wir darin gestärkt, unsere Zukunft zu gestalten. Wir werden die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus wachhalten. Daher werden wir Vereine, Verbände sowie private und schulische Initiativen bei ihrer unersetzlichen Arbeit fördern und unterstützen. Die heutige Generation soll die Möglichkeit besitzen, die Ursachen der Verbrechen in der deutschen Geschichte zu verstehen und dadurch auch für Bedrohungen unserer jetzigen Demokratie sensibilisiert werden.

Denkmalschutz

Wir wollen dem Denkmalschutz in Hessen wieder zu mehr Durchsetzungskraft verhelfen und hierfür Mittel im Landeshaushalt sichern. Deshalb müssen die einschlägigen Gesetze und Verwaltungsvorschriften so geändert werden, dass das Landesdenkmalamt und die unteren Denkmalbehörden bei augenscheinlicher Gefährdung von Kulturdenkmalen schneller und wirksamer eingreifen können, um deren Substanzerhalt sicherzustellen. Auch müssen der Landesdenkmalbeirat – und analog die Denkmalbeiräte – verwaltungstechnisch wieder an das zuständige Ministerium angebunden und besser ausgestattet werden.

Filmland Hessen stärken

Hessen hat die Chance, zu einem kulturell und wirtschaftlich prosperierenden Film- und Medienstandort zu werden. Die bestehenden Förderangebote im Bereich Film und Medien müssen dafür weiterentwickelt werden. Bei diesem Vorhaben orientieren wir uns an den erfolgreichen Strukturen anderer Bundesländer. Dazu wollen wir eine Film und Medien GmbH gründen, die alle kulturellen und wirtschaftlichen Förderungen und Aktivitäten in diesem Bereich bündelt und staatsunabhängig umsetzt. Die Vergabe von Fördermitteln wollen wir besser an die bestehenden Strukturen in Bund und Ländern anpassen und für den Aufbau der Film und Medien GmbH zusätzliche Landesmittel zur Verfügung stellen. Kulturell orientierte Kinos sowie Filmfestivals überall in Hessen, in den Städten und auf dem Land,

sind für eine lebendige Filmkultur unerlässlich. Wir wollen sie stärken und ihre Rolle als Kulturträger aufwerten. Teuren, von der Kulturbürokratie geplanten Großveranstaltungen im Film- und Medienbereich stehen wir skeptisch gegenüber. Wir werden sie auf den Prüfstand stellen und ihre Mittel gegebenenfalls zur Stärkung der vielfältigen filmkulturellen Initiativen und Institutionen einsetzen.

Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk fortentwickeln

Wir bekennen uns zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk und treten für dessen festgeschriebene Bestands- und Entwicklungsgarantie ein. Wir wollen gewährleisten, dass beitragsfinanzierte Sender ihr vielfältiges Programmangebot unabhängig von Quoten und kommerziellen Interessen gestalten können. Die Tendenz des öffentlichen-rechtlichen Rundfunks zu einer Uniformierung seines Programms und der Ausdünnung politischer, gesellschaftlicher und kultureller Inhalte betrachten wir mit Sorge. Den Herausforderungen des Medienwandels muss sich der Hessische Rundfunk aktiv stellen. Als „dritte Säule“ neben Hörfunk und Fernsehen gehört dazu auch ein werbefreies öffentlich-rechtliches, zeitlich unbegrenztes und möglichst umfassendes Angebot im Internet.

Die Aufsicht über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk muss künftig staatsferner und moderner gestaltet werden. Daher treten wir für eine Reform der Kontroll- und Aufsichtsgremien ein, mit dem Ziel, die relevanten gesellschaftlichen Gruppen besser abzubilden.

Digitales Hessen: Netzpolitik für alle

Das Internet und der digitale Wandel spielen in vielen Politikfeldern eine zunehmend wichtiger werdende Rolle. Handlungsbedarf besteht vor allem bei den Themen Netzneutralität, Green-IT, mobile Internetnutzung und Datenschutz sowie Netzsperrern. Speziell die risikobehafteten Gebiete wie der Datenschutz und die intransparenten Geschäftsbedingungen im Onlinehandel sowie netzspezifische Kriminalität wollen wir angehen. Netzpolitik ist daher eine Querschnittsaufgabe und braucht in Hessen nicht nur kompetente Ansprechpartner, sondern auch eine institutionelle Bündelung, um ihr ressortübergreifend mehr Gewicht zu verleihen. Wir wollen „den digitalen Wandel grün gestalten“, indem wir die bürgerlichen Freiheitsrechte sowie den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen zum Maßstab für die Entwicklung neuer und die Anpassung bestehender Regeln machen.

Schnelles Internet in jedem Ort

Der Zugang zu schnellem Internet ist von zentraler Bedeutung für eine moderne Informationsgesellschaft, für neue demokratische Beteiligungsmöglichkeiten und notwendiger Bestandteil der allgemeinen Daseinsvorsorge. Alle Hessinnen und Hessen brauchen Zugang zum schnellen Internet (siehe auch Kapitel „Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr“). Wir setzen uns dafür ein, dass Netzbetreiber zu einer diskriminierungsfreien Übertragung von Daten verpflichtet werden, die keinen Inhaltenanbieter bevorzugt. Die Öffnung öffentlicher und privater WLAN-Netzwerke wollen wir rechtssicher ermöglichen.

Medienkompetenz stärken

Die Teilhabe an den gesellschaftlichen Prozessen des digitalen Zeitalters setzt das Wissen um den Umgang mit ihren Werkzeugen voraus. Wir betrachten daher Medienkompetenz als eine Schlüsselqualifikation. Kompetenzen müssen neben den klassischen Feldern auch für

neue und digitale Medien vermittelt werden. Neben den rein technischen Fähigkeiten zählen wir dazu auch, dass Chancen und Risiken von internetbasierten Anwendungen vermittelt werden. Im Bereich des Jugendmedienschutzes setzen wir uns deshalb für eine stärkere Trennung der Schutzbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen ein. Jugendmedienschutz muss Schutzräume für Kinder schaffen, Jugendliche ausreichend kompetent machen und regelmäßig an neue Entwicklungen angepasst werden. Internetsperren sind nicht der richtige Weg, um kriminellem Treiben im Internet Einhalt zu gebieten. Unsere Lösung lautet daher „Löschen statt Sperren“. Einen besonders wichtigen Beitrag zur Vermittlung von Medienbildung liefern Bürgermedien, wie etwa die nichtkommerziellen Lokalradios und die „Medienprojektzentren Offener Kanal“. Diese Form der medienpädagogisch begleiteten Projektarbeit mit dem Ziel der Vermittlung von Medienkompetenz an vorrangig Kinder und Jugendliche wollen wir weiter stärken.

Wir setzen uns für ein Urheberrecht ein, das auch im digitalen Zeitalter die Rechte des Schöpfers am Werk bewahrt. Dabei wollen wir Werknutzungen und Vergütungsmechanismen zeitgemäß anpassen.

Wir wollen eine Open-Government-Initiative starten, die sich an den Leitzielen von Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit ausrichtet. Sie hat die kosten- und diskriminierungsfreie Bereitstellung öffentlicher Daten und Informationen ebenso zum Gegenstand wie neue und erweiterte digitale Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen an öffentlichen Entscheidungsprozessen.

Hier sehen wir auch beim Landtag noch enormen Nachholbedarf. Der Livestream der Plenarsitzungen muss um weitere Informationen zur Sitzung ergänzt werden. Die Einführung der Onlinepetition und weiterer Beteiligungsmöglichkeiten ist überfällig.

Frauen und Männer: mehr Geschlechtergerechtigkeit in Hessen

Hessen will den Wechsel – hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit und zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Geschlechtergerechtigkeit ist ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Teilhabe an Politik und Gesellschaft. Hessen profitiert von der Kreativität und der Kompetenz von Frauen. Wir wollen gleiche Verwirklichungschancen von Frauen und Männern!

15 Jahre schwarz-gelbe Politik hat die Gleichstellung von Männern und Frauen konsequent ignoriert oder sogar blockiert. CDU und FDP träumen von veralteten Rollenbildern, fördern das sinnlose Betreuungsgeld und verschlafen den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze. CDU und FDP sind erschöpft und verbraucht. Es ist Zeit für den Wechsel. Wir GRÜNE haben die Inhalte und Konzepte für diesen Wechsel.

Geeignete Startbedingungen für selbstbestimmte Entscheidungen

Wir wollen durch eine geschlechtergerechte Politik die Grundlagen dafür schaffen, dass persönliche, selbstbestimmte Entscheidungen von Mädchen und Frauen, aber auch Jungen und Männern in allen Situationen im Lebensverlauf möglich sind. Wir treten Benachteiligung und Diskriminierung entschlossen entgegen. Mit uns wird Geschlechtergerechtigkeit bereits in der frühkindlichen Bildung zum Prinzip pädagogischen Handelns werden. Wir wollen die Genderkompetenz der Pädagoginnen und Pädagogen und Erzieherinnen und Erzieher verbessern und zum Bestandteil der Ausbildung machen. Frauen und Männer müssen ihre Entscheidungen unabhängig von Geschlechterklischees treffen können. Wir wollen durch individuelle Qualifizierung Mädchen und Frauen vielfältige Chancen bei der Ausbildungs- und Berufswahl ermöglichen.

Vereinbarkeit von verschiedenen Lebensentwürfen und Arbeit

Frauen wollen ihr Leben selbst bestimmen. Eine eigenständige Existenzsicherung in allen Lebensphasen ist ein wichtiger Schlüssel dazu. Ebenso muss gleichwertige Arbeit von Männern und Frauen gleich bezahlt werden. Wir wollen, dass sowohl Frauen als auch Männer eine Balance zwischen Arbeit und Leben finden können. Dafür müssen wir gemeinsam mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretung eine neue Arbeitskultur schaffen, in der Existenzsicherung und lebensphasenorientierte, flexible Arbeitszeitmodelle möglich sind. Wir wollen ein flächendeckendes Angebot hochwertiger und verlässlicher Betreuungsangebote für Kinder bis 10 Jahre, Ganztagschulen und gute Tagespflege für pflegebedürftige Angehörige. So kann Familienleben auch ohne Unterbrechung der Erwerbstätigkeit möglich sein. Eltern und pflegenden Angehörigen wird eine tatsächliche Wahlfreiheit möglich.

Wir setzen uns dafür ein, dass Partnerschaften und Familien in all ihren Formen akzeptiert und getragen werden. Tradierte Rollenbilder müssen überwunden werden. Familien-, Haus-, gemeinnützige und Erwerbsarbeit sind für uns gleichwertig. Der Wiedereinstieg in das Berufsleben soll durch Qualifizierungsmaßnahmen und berufliche Wiedereinstiegsprogramme jederzeit ermöglicht werden.

Frauen gehen in Führung

Wir fordern eine gesetzliche Quote für Führungsebenen und ein Gleichstellungsgesetz für die Wirtschaft. Kleine und mittlere Unternehmen sollen bei der Umsetzung besonders unterstützt werden. Unser Ziel ist es, dass Entscheidungsgremien auf allen Ebenen möglichst schnell geschlechterparitätisch besetzt werden.

Wir wollen den öffentlichen Dienst in Hessen zum Vorbild machen. Deshalb müssen gerade hier Maßnahmen für mehr Geschlechtergerechtigkeit umgesetzt werden. Gender-Mainstreaming wollen wir einfacher und effektiver gestalten. Im Landeshaushalt wollen wir Gender-Budgeting einführen, um öffentliche Mittel geschlechtergerecht zu verteilen.

Ein Beispiel dafür sind die Forschung und Lehre an unseren Hochschulen und Universitäten. Wir wollen den Frauenanteil an Professuren von heute rund 22 Prozent auf die Hälfte steigern. Sowohl in akademischen Spitzenpositionen, als auch in der Forschung wollen wir den Anteil von Frauen erhöhen. Mittelzuweisungen an die Hochschulen sollen deutlich stärker an Erfolge bei der Frauenförderung geknüpft werden.

Die bisherigen Frauenförderpläne, die das Hessische Gleichberechtigungsgesetz (HGIG) vorsieht, sind zu unverbindlich. Mit einer Reform des HGIG wollen wir Verbindlichkeit in der Umsetzung der Frauenförderpläne für die hessischen Verwaltungen festschreiben. Dabei streben wir eine Frauenquote von 50 Prozent für Führungspositionen im öffentlichen Dienst an. Sanktionen und das Klagerecht für Frauenbeauftragte sollen ebenfalls im Hessischen Gleichberechtigungsgesetz verankert werden. Über eine aktive Frauenförderung, Anpassung von Rahmenbedingungen und Vergabeverfahren öffentlicher Aufträge soll in der Folge auch in der freien Wirtschaft eine nachhaltige Gleichberechtigung realisiert werden.

Frauen mit Behinderung

Die besonderen Anliegen von Frauen mit Behinderung werden wir bei der Umsetzung der UN-Behindertenkonvention gerade bei der Inklusion in Ausbildung und Wirtschaft berücksichtigen. Frauen mit Behinderung sollen von uns eine besondere Unterstützung erfahren, denn sie sind überdurchschnittlich oft Opfer sexueller Gewalt in Alltag und Pflege.

Frauen unterwegs und hier zu Hause

Frauen mit Migrationshintergrund sind häufiger aufgrund ihres Geschlechts und zum Teil tradiert Rollenbilder in ihrer Herkunftsgesellschaft benachteiligt. Damit Frauen und Mädchen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte besser unterstützt werden, braucht es ein faires Aufenthaltsrecht, Beratungsstrukturen und Schutzprogramme. Wir werden ein eigenes Integrationsprogramm auflegen, um die Teilhabe von Frauen mit Migrationshintergrund in unserer Gesellschaft zu erleichtern.

Sicherheit und Schutz vor Gewalt

Das Gefühl der Sicherheit an allen Orten ist Voraussetzung für eine selbstbestimmte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben. Das muss in allen Lebensbereichen stärker berücksichtigt werden. Häuslicher Gewalt wollen wir durch Präventionsarbeit und ein engmaschiges Netz von Hilfsangeboten und Zufluchtsmöglichkeiten entgegenreten. Niederschwellige und wohnortnahe Diagnosemöglichkeiten von körperlicher und sexualisierter Gewalt sollen die Verfolgung von Straftaten erleichtern.

Haushalt: solide Finanzpolitik für Hessen

Hessen will den Wechsel – hin zu einer soliden Finanzpolitik ohne immer mehr Schulden, die sparsam mit dem Geld der Steuerzahler umgeht und dafür sorgt, dass alle gemäß ihrer Leistungsfähigkeit ihren Beitrag für unser Gemeinwesen leisten.

Auch im Bereich der Haushalts- und Finanzpolitik ist Nachhaltigkeit das Gebot der Stunde. Zukünftige Generationen verlangen zu Recht, dass wir sie nicht mit Schulden überlasten. Ein Abbau der Neuverschuldung und eine zukunftsorientierte Haushaltspolitik sind gleichzeitig möglich. Die von uns unterstützte Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung wollen wir durch einen Dreiklang aus Einsparungen, Effizienzsteigerungen und auch Einnahmeerhöhungen umsetzen. Durch Umschichten im Haushalt und Subventionsabbau wollen wir neue finanzielle Spielräume eröffnen. Starke Schultern müssen dabei mehr tragen als schwache. In diesem Sinne werden wir uns auch im Bundesrat für die Änderung der entsprechenden Gesetze einsetzen.

15 Jahre Schwarz-Gelb haben die Finanzen Hessens ruiniert. Die Hälfte aller Schulden in der Geschichte des Landes wurden in der Amtszeit von Schwarz-Gelb aufgehäuft. Wir sind jetzt bei einem Verschuldungsstand von knapp 42 Milliarden Euro. Bei der Neuverschuldung pro Einwohner ist Hessen bundesweit eines der Länder mit der höchsten Zunahme. Ähnlich düster sieht es bei der Verschuldung der Kommunen aus. Andere Bundesländer haben ausgeglichene Haushalte oder sogar Schulden abgebaut. Schwarz-Gelb in Hessen hat das Geld mit vollen Händen ausgegeben und zusätzlich noch Landesvermögen verscherbelt. Das ist eine Hypothek, die kommende Generationen schwer belasten wird. CDU und FDP sind erschöpft und verbraucht. Es ist Zeit für den Wechsel. Wir GRÜNE haben die Inhalte und Konzepte für diesen Wechsel.

Gerechte Steuerpolitik

Staatliche Leistungen und Aufgaben bedürfen einer angemessenen und gerechten Finanzierung durch alle in der Gesellschaft. Steuerpolitik ist deshalb immer auch eine Aussage dazu, wie gerecht es in der Gesellschaft zugeht. Wir wollen die unteren Einkommen durch die Anhebung des Grundfreibetrages entlasten und den Spitzensteuersatz auf 49 Prozent erhöhen. Mit einer Vermögensabgabe für Millionäre wollen wir die Schulden aus der Finanzkrise abbauen und mit der Besteuerung großer Erbschaften mehr Investitionen in Bildung ermöglichen. Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Wir werden Steuerhinterziehung und Steuerstraftaten konsequent bekämpfen. Steuerabkommen mit anderen Ländern, die kriminelle Steuerhinterzieher besserstellen als die ehrlichen Steuerzahler, lehnen wir ab.

Reform des Länderfinanzausgleichs

Wir wollen einen solidarischen Länderfinanzausgleich, der die strukturschwachen Regionen angemessen unterstützt, ohne die Geberländer über Gebühr zu belasten. Die Verfassungsklage gegen den Länderfinanzausgleich kann den notwendigen Handlungsdruck für Veränderungen gegenüber den Nehmerländern erhöhen. Dafür muss sie gut und solide gemacht und mehr als ein Wahlkampfmanöver sein. Wir wollen ein einfaches, überschaubares und dadurch gerechteres Ausgleichssystem schaffen. Ein entsprechendes Konzept haben wir gemeinsam mit anderen Landtagsfraktionen vorgelegt. Eigene Anstrengungen der Länder, ihre Steuereinnahmen zu erhöhen, müssen sich für sie lohnen und dürfen nicht sofort im Finanzausgleich verschwinden. Die fiskalische

Eigenverantwortlichkeit der Länder wird auf diese Weise erhöht und die Basis ihrer Steuereinnahmen verbreitert.

Kommunaler Finanzausgleich und kommunale Abgaben

Wir werden zu einer fairen Partnerschaft zwischen Land und Kommunen zurückkehren. Beide brauchen genügend Einnahmen, um ihre Aufgaben für unser Gemeinwesen erfüllen zu können. Die Finanzlage von Landes- und kommunaler Ebene ist dramatisch, die Verschuldung exorbitant hoch. Mit einem einfachen Umverteilen von der einen Ebene auf die andere ist es nicht getan. Es ist eben so, dass der eine nackte Mensch dem anderen nicht in die Tasche greifen kann. Wir brauchen eine grundlegende Reform des kommunalen Finanzausgleichs. Der Kuchen des kommunalen Finanzausgleichs ist sowohl zu klein als auch die einzelnen Stücke ungleich verteilt. Es ist sowohl die Finanzverteilung zwischen Land und Kommune neu zu regeln als auch die Verteilung zwischen den Kommunen.

Die von Schwarz-Gelb abgeschafften kommunalen Instrumente zur Einnahmeverbesserung und Steuerung wie die Fehlbelegungsabgabe oder die Stellplatzabläse wollen wir den Kommunen wieder zur Verfügung stellen.

Nachhaltige und geschlechtergerechte Haushaltspolitik

Nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik ist mehr als sparen. Daher werden wir die Investitionen in die Zukunft vor allem in den Schwerpunkten Umwelt, Bildung und Soziales spürbar erhöhen und ihnen Priorität einräumen. Eine intakte Umwelt und exzellente Bildung sind das wichtigste Kapital, das wir der nächsten Generation übergeben können.

Der Landeshaushalt ist im Hinblick auf seine Auswirkungen auf die Gleichstellung von Männern und Frauen zu überprüfen und neu auszurichten. Den Ansatz des Gender-Budgetings werden wir schrittweise auf den gesamten Haushalt ausdehnen.